



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

20. Jahrgang / Heft 3/4

März-April 1965

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Nach der 4. Tagung des Zentralkomitees	2
Die Lehren aus dem zweiten Weltkrieg	8
Die betrieblichen Streikaktionen und ihre Lehren	12
Für feste Solidarität mit den ausländischen Arbeitern	16
Der Marxismus — kein Dogma, sondern Anleitung zum Handeln	20
Zu den schulpolitischen Forderungen der KPD	26
Neue Aufgaben und Lösungswege im Bildungssystem der DDR	31
Vor 30 Jahren an der Saar	35
Junge Genossen fragen: „Was ist staatsmonopolistischer Kapitalismus?“	40
Aus den Erfahrungen der Partei: Massenarbeit fordert Verbesserung unserer Arbeit mit den Kadern	42
Tatsachen aus der DDR	43
Aus den sozialistischen Ländern	44
Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland (Thesen)	46

Nach der 4. Tagung des Zentralkomitees

VON ERICH GLÜCKAUF,

Mitglied des Politbüros des ZK der KPD

I.

Die Materialien der 4. Tagung des Zentralkomitees, insbesondere die Rede des Genossen Max Reimann, befinden sich in den Parteiorganisationen. Die Genossinnen und Genossen machen sich mit ihnen vertraut und ziehen daraus die Schlußfolgerungen für ihre Arbeit. Dabei gibt es eine Reihe neuer, interessanter Überlegungen. Nicht wenige Mitglieder und Funktionäre der Partei treffen die richtige Feststellung, daß die 4. ZK-Tagung ihrer Problematik und Bedeutung nach die wichtigste Tagung nach dem Parteitag 1963 war. Sie kommen zu dieser Feststellung vor allem darum, weil auf der 4. ZK-Tagung die Grundfragen unserer nationalen Politik sehr eingehend ausgearbeitet wurden, wobei der untrennbare Zusammenhang zwischen dem Kampf um wirtschaftliche und soziale Sicherheit, um Demokratie und friedliche Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes überzeugend dargelegt wurde. Es gibt aber auch Genossen, denen diese Verflechtung zwischen den ökonomischen und demokratischen Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes mit dem nationalen Problem noch nicht bewußt ist und die darum bis heute noch immer die Frage aufwerfen, wo denn der Schwerpunkt unserer politischen und organisatorischen Arbeit liegen müsse.

Inzwischen haben sich in der Bundesrepublik Ereignisse vollzogen, die die Problematik der 4. ZK-Tagung und die sich daraus entwickelnden Aufgaben noch überzeugender und dringender machen. Der Hassel/Trettner-Plan eines Atomminengürtels von Lübeck bis Hof, die wahnwitzige Rezeptur Erhards, daß die Bundesrepublik Atomwaffen brauche „wie ein Kranker die Medizin“, die Aufforderung des Justizministers Bucher, sich daran zu gewöhnen, mit Nazimördern zusammenzuleben und schließlich die von Vizekanzler Mende ausgeplauderte Konzeption eines verdeckten Bürgerkrieges — all das formt sich zu einem plastischen Bild der Maßlosigkeit und der Abenteuerlichkeit des in der Bundesrepublik herausgebildeten Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ob in Regierung, Wirtschaft oder Armee, alle Fäden laufen in wenigen Händen zu-

sammen. Sie werden gezogen von der Monopololigarchie, von den Milliarden Flick, Abs, Thyssen, Quandt u. a. Die Riesenkonzerne, allen voran IG Farben und Siemens, liiert mit den Mammutbanken, beherrschen auch die Staatsmaschinerie einschließlich ihrer Propaganda-Instrumente.

Diese Kräfte haben auch die höchste parlamentarische Institution der Bundesrepublik, den Bundestag, immer mehr entmachtet und die Führer der in diesem Parlament vertretenen Parteien – das zeigt das Wahlabkommen – auf die Politik und die Interessen der großen Monopole gleichgeschaltet. Das betrifft, von geringen Nuancen abgesehen, die gesamte Außen-, Wehr- und Wirtschaftspolitik. Und was die Innenpolitik anbelangt, so dokumentiert ihr gemeinsames Eintreten für die Notstandsgesetze nichts anderes als ihr Ziel, das staatsmonopolistische Herrschaftssystem zu sichern und die nächsten Schritte der Aggressionspolitik nach außen und der Militarisierung des Lebens im Innern vorzubereiten. Symptomatisch dafür ist die Gier nach einer atomaren Streitmacht, die in den Worten des Generalinspektors der Bundeswehr, Trettnner, zum Ausdruck kommt: „Woher sie kommt und welchen Namen sie trägt ist dabei völlig egal.“ („Kölnische Rundschau“, 19. 12. 1964)

Jetzt ist für jeden höchste Zeit zu erkennen: die westdeutsche Monopolbourgeoisie und deren Erhard-Regierung irren nicht „planlos“ umher, wie das von einigen sozialdemokratischen Führern behauptet wird. Sie haben einen Plan, sie verfügen über eine Konzeption, deren einzelne Varianten darauf beruhen, mit militärischer Stärke, mit Atomwaffen (Verfügungsgewalt wie Besitz), gepaart mit ökonomischer Erpressung und gesteigerter

psychologischer Kriegsführung, die DDR in ihren Machtbereich einzuverleiben, um dadurch einen neuen Ausgangspunkt für weitere Aggressionsziele zu bekommen. Diese Konzeption beinhaltet die Entwicklung neuer Formen einer militaristischen Diktatur ebenso wie die wachsende soziale Ungerechtigkeit, die empörende Vermögensungleichheit, das Maßhalten für die arbeitenden Menschen und den beschämenden Notstand auf den Gebieten der Kultur und der Bildung. Man kann das eine nicht vom anderen trennen, man kann die Ursache für das eine nicht verstehen, wenn man nicht die Zusammenhänge, die Verflechtung des einen mit dem anderen erkennt.

Zusammengenommen: Die Herrschaft der 94 Multimillionäre und Milliardenäre ist ein nationales Unglück. Ihre Atomkriegspolitik beschwört eine nationale Katastrophe ohnegleichen herauf. Diese Kräfte sind zugleich die Totengräber der Demokratie, die Barrieren gegen jeden sozialen Fortschritt.

Einige Genossen stellen die Frage, wie stark und wie gefestigt eigentlich das staatsmonopolkapitalistische System in der Bundesrepublik sei und ob es überhaupt eine Möglichkeit gebe, die abenteuerlichen Militaristen und Revanchisten an der Durchführung ihrer atomaren Kriegspläne zu hindern. Natürlich ist es erforderlich, die militärische und ökonomische Kraft der herrschenden monopolkapitalistischen Kräfte real einzuschätzen und die ganze Gefährlichkeit ihrer Revanchepläne zu begreifen. Aber ebenso real muß man auch sehen, daß sowohl die Widersprüche, die dem herrschenden System innewohnen, als auch die Widersprüche, die es mit seiner Revanchepolitik hervorruft, immer stärker in Erscheinung treten.

II.

Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 19. bis 20. Januar 1965 in Warschau wurde die Feststellung getroffen:

„Die grundlegende Entwicklungstendenz der internationalen Ereignisse in der gegenwärtigen Etappe besteht im Anwachsen der Kräfte,

die für die Erhaltung und Festigung des Friedens eintreten. Ständig wächst die Macht der sozialistischen Länder, die konsequent eine Friedenspolitik betreiben. Die kommunistischen Parteien und die Volksmassen der Staaten Europas und anderer Länder treten entschieden für die Gesundung der internationalen Lage ein. Die unabhängigen

Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas tragen aktiv zur Festigung des Friedens bei.“

Eine solche Entwicklung paßt natürlich den westdeutschen kalten Kriegern am allerwenigsten. Sie fürchten ein „Auftauen“ des kalten Krieges und damit ein Dahinschwinden ihrer Hoffnungen auf Atomwaffen und auf „Rückgewinnung des Ostens“. Da bisher die MLF noch nicht zustande gekommen ist und die eigene Atomwaffenproduktion in den Anfängen steckt, entwickelten sie den Plan eines Atomminengürtels längs der Ostgrenze der Bundesrepublik. Dieser Plan, der ein Kernstück der „Vorwärtsstrategie“ ist, beruht im wesentlichen auf folgenden Absichten:

1. jede Möglichkeit der Verständigung zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu unterbinden – was gleichbedeutend ist mit der Abschreibung der Wiedervereinigung Deutschlands;
2. die Lage in Europa zu verschärfen;
3. die USA und andere NATO-Staaten in die abenteuerlichen Revanchepäne hineinzuziehen.

Die Erhard, Hassel und Trettner versuchen die Existenz der Atomminenpläne abzustreiten bzw. dieselben als Sandkastenspiele hinzustellen. Die Frage ist nur: Wer läßt sich irreführen. Was die Warschauer Vertragsstaaten anbetrifft, so haben diese mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht:

„Jeder Versuch, die Erfüllung westdeutscher Revancheforderungen mit Kernwaffen durchzusetzen, muß aber das deutsche Volk selbst in allergrößte Gefahr bringen, denn er würde unvermeidlich zu einem Atomkrieg führen, in dessen Ergebnis Deutschland nicht wiedervereinigt, sondern zur Atomwüste würde.“

Die Warschauer Vertragsstaaten haben darum auch deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie genötigt seien, die erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu treffen. Das besagt, die im Warschauer Vertrag vereinten Streitkräfte der sozialistischen Staaten verfügen über die Mittel, die alle Erpressungs- und Eroberungspläne der Hassel und

Trettner, die diese im Auftrag der großen Monopole und der Erhard-Regierung ausarbeiten, aussichtslos machen. Niemand, der friedliche Absichten hegt, kann das als Drohung auffassen. Was die Warschauer Vertragspartner zum Ausdruck bringen, ist eine ernste Mahnung an die militaristischen Abenteurer, Vernunft anzunehmen und nicht erneut das Kräfteverhältnis falsch einzuschätzen. Andererseits bringen die sozialistischen Staaten der westdeutschen Bevölkerung eindringlich ihren unbeugsamen Willen zum Frieden zum Ausdruck. Hierüber heißt es im Kom-muniqué:

„Das Hauptziel der Außenpolitik der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ist die Sicherung friedlicher Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in ihren Ländern und die Befreiung der Menschheit von der Gefahr eines atomaren Weltkrieges durch die vereinten Anstrengungen aller friedliebender Völker.“

Diesen Worten entsprechen auch die Taten. Auf der Warschauer Konferenz wurde deutlich, daß jetzt eine neue, höhere Etappe des Kampfes um die Sicherheit aller europäischen Völker, um die Erhaltung des Friedens in Europa eingeleitet wurde. Die Vorschläge, eine Konferenz der europäischen Staaten einzuberufen, um Maßnahmen zu erörtern, die die kollektive Sicherheit in Europa gewährleisten, und einen Nichtangriffspakt zwischen den NATO-Staaten und den Staaten des Warschauer Vertrages abzuschließen, entsprechen den Interessen aller europäischen Völker in West und Ost, aber insbesondere den Lebensinteressen der westdeutschen Bevölkerung. Es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß die Warschauer Vertragsstaaten sich voll und ganz hinter die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik stellen und die Forderung nach Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung, sowie nach Abrüstung und Verständigung unterstützen.

Die westdeutschen Revanchepolitiker stoßen also bereits an der Elbe auf einen nicht zu brechenden Widerstand. Damit wird klargestellt, daß sich die westdeutsche Arbeiterklasse, die ge-

samte Bevölkerung, die Frieden und Sicherheit will, keinen besseren Verbündeten wünschen kann als die mächtigen sozialistischen Staaten, die auch ihre militärische Überlegenheit dazu nutzen, den Friedenskampf aller Völker zu beflügeln und diesem Kampf die reale Perspektive des Erfolges zu geben. Wenn die westdeutsche Bevölkerung, in erster Linie die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, erkennt, welch mächtige Verbündete sie

in der Sowjetunion, in der Deutschen Demokratischen Republik, in allen sozialistischen Staaten im Kampf für ihre eigenen nationalen Lebensinteressen besitzt, wenn sie sich freimacht vom Antikommunismus, dieser „Grundtorheit unserer Epoche“ (Thomas Mann), dann wird sie ihre eigene Kraft im Kampf gegen die Atomrüstung, für Abrüstung und Verständigung in vollem Ausmaß wirksam machen können.

III.

In jüngster Zeit nimmt der Widerstand gegen die Bonner Atomkriegspolitik auch in England, Skandinavien, Frankreich, Italien und anderen westeuropäischen und außereuropäischen Ländern zu. Zugleich wächst – sogar in den NATO-Ländern – die Autorität der DDR, vor allem wegen ihrer konsequenten Friedenspolitik und ihrer großartigen sozialistischen Aufbauleistungen. Ob mit oder ohne Hallstein-Doktrin, die Erhard-Regierung selbst ist durch ihre Revanchepolitik der Schrittmacher für das sinkende Ansehen der Bundesrepublik und die wachsende Autorität der DDR bei allen an Frieden und Sicherheit interessierten Völkern. Es ist unausweichlich, daß diese Entwicklung weiter zu einer potentiellen Schwächung der imperialistischen Kreise und deren atomarer Revanchepolitik führt.

Die entscheidende Frage konzentriert sich darum auf die Entwicklung in der Bundesrepublik selbst. Die äußeren Bedingungen zur Sicherung des Friedens sind günstiger geworden. Doch niemand kann uns und unserer ganzen Bevölkerung die schwere Aufgabe abnehmen, durch eine breite Widerstandsbewegung den wahnwitzigen Marsch der Revanchepolitiker in einen Atomkrieg aufzuhalten.

Aus dieser Erkenntnis heraus wurden auf der 4. ZK-Tagung die Aufgaben des nationalen Kampfes und damit der nationalen Perspektive in den Mittelpunkt gerückt und der antinationalen Politik der kleinen, aber herrschenden Clique des Monopolkapitals und deren Erhard-Regierung auf allen Gebieten eine nationale und demokratische Alternative des Volkes entgegengesetzt. Nachdem im Interesse der Wiederherstellung der Macht

des Monopolkapitals im Westen Deutschlands, der alte Separatist Adenauer, aktiv unterstützt von den USA-Imperialisten, Deutschland spaltete, nachdem es den Monopolkapitalisten, den Verantwortlichen an zwei Weltkriegen gelungen war, mit den alten Hitler-Generälen eine neue Armee aufzubauen, nachdem nun die Erhard-Regierung nach Atomwaffen greift, hat die 4. ZK-Tagung durch Genossen Max Reimann die Frage nach dem Inhalt jeder verantwortlichen nationalen Politik folgendermaßen beantwortet: Das Wesen der nationalen Frage besteht darin, zu verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht, der ein atomarer Vernichtungskrieg werden würde.

Es ist also für alle Genossen erforderlich, das 4. ZK-Plenum unter diesem entscheidenden Gesichtspunkt für die Tätigkeit unserer Partei gründlich zu studieren. Die Erhard-Regierung, unterstützt von Leuten wie Wehner und Erler, erklärt, daß die Wiedervereinigung gegenwärtig der Kern der nationalen Frage sei und folgert daraus, daß erst Wiedervereinigung sein müsse und dann Entspannung und Frieden. Das ist ein übler Trick. Das heißt, die Wahrheit auf den Kopf stellen. Eine Wiedervereinigung kann nur erfolgen im Zuge einer Politik der Sicherung des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung, vor allem in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Das ist die wichtigste Lehre der Nachkriegsperiode. Wer die Wiedervereinigung will, muß mithelfen, solch eine Politik durchzusetzen. Wenn irgendwo die Lage grundlegend verändert werden muß, dann in der Bundesrepublik. Mit der

Wiederaufrüstung, mit dem Griff nach Atomwaffen, mit den Atomminenplänen, mit der im Zeichen des Antikommunismus geführten Revanchepolitik wird die Wiedervereinigung Deutschlands verhindert, entfernen wir uns immer mehr von der Lösung der nationalen Frage und entfernen uns zugleich von den Hoffnungen und Forderungen der Mehrheit der Bevölkerung nach einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat.

So wird sichtbar, daß die Alternative in der nationalen Frage, die die Kom-

munistische Partei Deutschlands vorschlägt, zugleich die Alternative für die Erfüllung der demokratischen, sozialen und kulturellen Forderungen des Volkes beinhaltet. Wenn alle unsere Genossen dies verstehen, dann werden sie auch begreifen, warum Genosse Max Reimann an die gesamte Partei die Forderung stellte: Wir müssen eine Wende in der politischen Massenarbeit vollziehen und jedes Ereignis unter dem Gesichtspunkt unserer nationalen Friedenspolitik behandeln.

IV.

Nun haben Genossen gefragt, wie soll man das verstehen mit der „Wende“? Heißt das etwa, daß die früher gefaßten Beschlüsse überholt seien? — Nein, so begründen wir die Notwendigkeit der Wende nicht. Das wäre unrichtig. Die Wende in der politischen Massenarbeit bezieht sich vornehmlich auf zwei Punkte:

1. Dadurch, daß die Bonner Revanchepolitiker nach Atomwaffen greifen, Atomminenpläne verfolgen und mit der „Vorwärtsstrategie“ einen verdeckten „Bürgerkrieg“ und Atomkrieg vorbereiten, ist in Europa und insbesondere für die westdeutsche Bevölkerung eine neue Lage entstanden. Diese Lage macht es erforderlich, daß die KPD mit aller Entschiedenheit, die Grundfragen einer nationalen Politik vor der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung aufrollt. Es geht um den einheitlichen Massenkampf zur Veränderung der Lage in der Bundesrepublik. Hierzu entwickelte die 4. ZK-Tagung die nationale und demokratische Alternative zur antinationalen Politik der großen Monopole und ihrer Erhard-Regierung.

2. Die Entwicklung der politischen Massenarbeit muß so erfolgen, daß alle Leitungen, alle Mitglieder und Funktionäre der Partei sich darauf orientieren, vor den Massen aufzutreten, in den Gewerkschaften und den Betrieben, in Versammlungen und auf Foren. Die Maxime der Parteiarbeit muß lauten: Jede vorhandene Möglichkeit zum Auftreten suchen und nutzen! Jede Möglichkeit zu Aussprachen mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern wahrnehmen. Auf neue

und vielseitige Weise müssen die Kommunisten als die einigende Kraft der friedliebenden und demokratischen Menschen zur Organisierung des einheitlichen Widerstandes gegen jede Form der Atomrüstung, gegen Revancheforderungen aller Art, für Entspannung und Abrüstung überall in Erscheinung treten. Die große Losung von Karl Liebknecht „Der Feind steht im eigenen Land“ muß jeden Genossen beflügeln, mutig aufzutreten und die auf der 4. ZK-Tagung entwickelten Grundforderungen der nationalen Politik unserer Partei entschieden zu verfechten.

Es ist die Frage gestellt worden, ob eine solche Wende in der Parteiarbeit nicht zu einer Vernachlässigung des Kampfes um soziale und demokratische Tagesforderungen führen könne. Unsere Antwort lautet: Im Gegenteil. Die Partei wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen den sozial-reaktionären Kurs und unterstützt die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften ebenso wie alle Forderungen auf Verbesserung des Bildungswesens. Die Partei ist für eine grundlegende Steuerreform und für eine Form der Vermögensbildung zugunsten der Werktätigen und des Mittelstandes, vor allem durch die Verminderung der Rüstungslasten, durch eine aktive Lohnpolitik und durch die Umverteilung der Vermögen zu Lasten der Multimillionäre und Milliarden.

Auf der 4. ZK-Tagung sind im Referat des Genossen Max Reimann zahlreiche konstruktive Vorschläge für eine wirksame Wirtschafts- und

Sozialpolitik, für das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und für ein Zusammengehen aller antimonopolistischen Kräfte unterbreitet worden. Es wurde das Schulprogramm der Partei angenommen, das gegenüber den Schulprogrammen aller übrigen Parteien den großen Vorteil besitzt, auch das Bildungsideal, das Bildungsziel für die westdeutsche Jugend zu entwickeln. In ihren sozialpolitischen Vorschlägen geht unsere Partei davon aus, daß man eine Mark nicht zweimal

ausgeben kann. Entweder man gibt sie aus für die wahnwitzige Atomrüstung oder man gibt sie aus für soziale und Bildungszwecke. So stellen wir im täglichen Leben den Zusammenhang her zwischen den unmittelbar materiellen Interessen der werktätigen Menschen und den großen nationalen Schicksalsfragen, vor denen die gesamte Bevölkerung steht und die sie gemeinsam im Interesse des Friedens, der Demokratie, der nationalen Zukunft lösen muß.

V.

Auf der 4. ZK-Tagung wurden die Grundfragen unseres nationalen Kampfes in Verbindung mit dem Wahlkampf zum Bundestag 1965 gestellt. Wir wollen der Arbeiterklasse, der gesamten Bevölkerung begründen, warum wir für eine Niederlage der CDU/CSU sind. Aber die CDU/CSU, die Partei des Monopolkapitals, schlagen, das heißt, ihre Politik schlagen. Das geht aber nur, wenn die Arbeiter, die Gewerkschaften, die breitesten Volksmassen die kommenden Monate vor allem dazu nutzen, um mit ihren eigenen, selbständigen Forderungen aufzutreten und mit aller Konsequenz und in größter Einheitlichkeit dafür zu kämpfen. Anlaß hierfür gibt es mehr als genug. Für Millionen Arbeiter und Angestellte sind die Tarife gekündigt, die Betriebsrätewahlen finden statt, der Ostermarsch steht vor der Tür, der 1. Mai als Kampftag gegen Atomrüstung, für Frieden, Abrüstung und Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten naht. Es kommt der 8. Mai, der 20. Jahrestag der Niederlage Hitler-Deutschlands. Die Vorbereitung und Durchführung dieses Tages als Tag der Besinnung, der Lehren und der Schlußfolgerungen gibt uns die große Möglichkeit zur Mobilisierung breiter Volksmassen gegen die großen Monopole, gegen die Erhard-Regierung, gegen die Verjährung der Naziverbrechen und für eine nationale Alternative des Volkes.

Die Führer der Bonner Parteien haben ein Abkommen geschlossen, das leider auch die Unterschrift des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, trägt, wonach sie sich verpflichten, keinen Streit in den „großen nationalen Fragen“ zu führen. Dieses Wahl-

abkommen soll sichern, daß keine Alternative zur Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik der Erhard-Regierung in Erscheinung tritt. Darum haben sich auch die Bonner Parteien, einschließlich der SPD, geeinigt, im Wahlkampf Revanchismus und Chauvinismus hochzupeitschen in der Hoffnung, dadurch die Vernunft und Verantwortung niederzuwalzen und das Entstehen einer geeinten Widerstandsfront zu verhindern.

Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, diesen Plan zu durchkreuzen. Darum enthüllen wir die Tatsachen der Kriegsvorbereitung und setzen uns offensiv auseinander mit dem falschen nationalen Pathos, mit den offenen Lügen und der Demagogie der Revanchepolitiker. Je stärker die Arbeiter, die Gewerkschafter, die friedliebenden Menschen mit ihren eigenen Forderungen auftreten, um so eher besteht die Möglichkeit, der CDU/CSU eine Niederlage beizubringen, und vorzubereiten, daß jede kommende Regierung unter dem verstärkten Druck der Forderungen der Arbeiter, der Gewerkschaften, der breiten Volksmassen steht.

Die auf der 4. ZK-Tagung entwickelte Politik ermöglicht es, in all unseren Parteileitungen, in den Betriebsgruppen und Wohnparteiorganisationen ein neues, allseitig schöpferisches politisches Leben zu entwickeln. Wenn wir die Wende auf die legale Massenarbeit mit der Darlegung unserer nationalen Alternative durchführen, dann sammeln wir neue Erfahrungen, können stets die Wirksamkeit unserer Argumente überprüfen und lernen dabei durch den Austausch

der Erfahrungen. Wir werden feststellen, daß die Arbeiter, die Gewerkschafter, die Sozialdemokraten uns immer mehr das Ohr schenken, wenn wir es verstehen, im Kampf um die täglichen Forderungen mit ihnen zusammenzuwirken, aber dabei auch beharrlich und geduldig die vorwärtsweisende nationale Politik unserer

Partei darzulegen. Das ist zugleich der Kampf um unsere Legalität.

Es wäre gut, wenn zu diesen Fragen zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der Partei in „Freies Volk“ und „Wissen und Tat“ Stellung nehmen und dabei über ihre eigenen Erfahrungen bei der Realisierung der Beschlüsse der 4. ZK-Tagung berichten.

Die Lehren aus dem zweiten Weltkrieg und der Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus

VON RUDI KARSTEN

Als das Oberkommando der Nazi-Wehrmacht am 8. Mai 1945 bedingungslos kapitulierte, begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte des deutschen Volkes. Der vom Hitler-Regime und seinen schwerindustriellen Hintermännern entfesselte Zweite Weltkrieg war zu Ende, der faschistische deutsche Imperialismus und Militarismus war militärisch vernichtend geschlagen.

Diese Niederlage war das Ergebnis der abenteuerlichen und verbrecherischen Revanchepolitik, das Resultat der Aggression, des barbarischen Ausrottungs- und Versklavungskrieges, den das Nazi-Regime geführt hatte, um seine Weltherrschaftspläne zu verwirklichen. Der wahnwitzige Versuch, ganz Europa und Teile Afrikas und Asiens der Herrschaft der raubgierigen deutschen Hochfinanz und der Rüstungskonzerne zu unterwerfen, die sozialistische Sowjetunion zu vernichten und die östlichen Nachbarvölker zu versklaven und auszurotten, endete

so, wie er enden mußte: mit der Zerschlagung des Hitler-Regimes, mit dem vollständigen militärischen Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten.

Zwanzig Jahre danach wird der 8. Mai 1945 in der großbürgerlichen Presse der Bundesrepublik als „Tag der nationalen Katastrophe“ hingestellt. Eine Katastrophe war der 8. Mai nur für den deutschen Imperialismus und Militarismus, für sein faschistisches Regime. Für die deutsche Arbeiterklasse, für das deutsche Volk dagegen bedeutete der Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten die Befreiung vom Joch der faschistischen Barbarei, von Bombennächten und Massensterben, von Krieg und Tod, von Opfern und Leiden; er bot die Chance der nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat, für den die Besten unseres Volkes unter Einsatz ihres Lebens unermüdlich gekämpft hatten.

Die KPD wies den Weg zur demokratischen Erneuerung

Die Führer des imperialistischen Deutschland haben ihre abenteuerliche, auf Raub und Eroberung ausgehende Aggressionspolitik stets als Wahrnehmung nationaler Interessen und Belange ausgegeben. In Wirklichkeit aber ist diese Politik, die unser Volk im Verlauf einer einzigen Generation in den Abgrund zweier Weltkriege gestürzt hat, mit den Lebens-

interessen unseres Volkes unvereinbar. Im Interesse unserer Nation handelten allein die antifaschistischen Widerstandskämpfer, handelten die Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und bürgerlichen Demokraten, die das faschistische Gewaltregime und seine aggressive Revanchepolitik trotz des blutigen Terrors bekämpften. Die nationalen Lebensinteressen unse-

res Volkes verfocht vor allem die stärkste und konsequenteste Kraft des antifaschistischen Widerstandes, die KPD, die auf den Parteikonferenzen von Brüssel (1935) und Bern (1939) ein klares Programm zur Rettung der Nation ausarbeitete, die Arbeiterklasse und alle Gegner des Hitler-Regimes zum gemeinsamen Kampf gegen die Verderber der Nation und den drohenden Krieg aufrief und nach der Befreiung vom Faschismus dem deutschen Volk in ihrem historischen Aufruf vom 11. 6. 1945 den Weg zu einem echten Neubeginn wies.

Im Aufruf der KPD vom 11. 6. 1945 wurden alle Grundfragen einer friedlichen und demokratischen Erneuerung Deutschlands in einer für die Arbeiterklasse, für die beiden Arbeiterparteien sowie für alle ehrlichen antifaschistischen Kräfte des Bürgertums annehmbaren Form aufgeworfen und die Lehren aus der unseligen Vergangenheit, aus Faschismus und Krieg gezogen.

Faschismus, Krieg und Niederlage lehrten, daß Deutschland nur als friedliche Nation leben und gedeihen kann. Nachdem im Verlaufe eines Vierteljahrhunderts von deutschem Boden zwei verheerende Weltkriege ausgegangen waren, mußte endlich ein Schlußstrich unter die verhängnisvolle Vergangenheit, unter die Politik der Imperialistischen Aggression, der Revanche und des antikomunistischen Kreuzzuges gezogen und der Weg des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts beschritten werden.

Das deutsche Volk mußte die Verantwortlichen für die Kriegskatastrophe, die Schuldigen an zwei Weltkriegen, zur Rechenschaft ziehen und bestrafen. Die Schuldigen waren aber nicht nur die Führer der Naziartei oder gar Hitler allein. Hinter Hitler und dem Generalstab standen die aggressivsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals, die Magnaten der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, die Konzerngewaltigen der IG Farben, standen Flick, Abs, Schacht, Krupp, Thyssen, Röchling, Quandt und Stinnes. Sie hatten die Naziartei finanziert und zur Macht gebracht. Sie

waren die wirklichen Träger des Faschismus; das Hitler-Regime war ihr Werkzeug, geschaffen, um die Arbeiterbewegung im Blut zu ersticken, alle bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten zu beseitigen und den Aggressionskrieg herbeizuführen. In ihren Händen lag die Macht, die Führung der Nation. Sie trugen die Verantwortung; sie sind die wirklich Schuldigen am Faschismus und am zweiten Weltkrieg.

Darum durfte das deutsche Volk keinerlei Nachsicht mit den imperialistischen und militaristischen Verderbern Deutschlands üben. Wenn die Nation nach den furchtbaren Opfern und Leiden den Weg einer friedlichen und demokratischen Entwicklung einschlagen wollte, wenn von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen sollte, dann mußten die Hauptschuldigen an zwei Weltkriegen ökonomisch und politisch entmachtet werden, dann mußte die Arbeiterklasse gemeinsam mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften unseres Volkes die Geschicke der Nation in ihre Hände nehmen, die Konzernherren enteignen, ihre Betriebe in Volkseigentum überführen und eine antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Ordnung schaffen, in der der Wille des Volkes bestimmend und der Friede, die Freundschaft zur Sowjetunion und gutnachbarliche Beziehungen zu allen anderen Völkern oberstes Lebensgesetz sind.

Diese für das Schicksal der Nation entscheidenden Aufgaben konnten nur gelöst werden, wenn die deutsche Arbeiterklasse ihre verhängnisvolle Spaltung überwand, die es unmöglich gemacht hatte, dem Faschismus den Weg zu versperren. Die Einheit der Arbeiterklasse und der Arbeiterparteien mußte zum Kraftzentrum einer breiten antifaschistisch-demokratischen Front aller jener Kräfte werden, die aufrichtig bereit waren, für ein antifaschistisches, friedliebendes Deutschland und eine vom Volk getragene Demokratie einzutreten.

Der im Aufruf vom 11. 6. 1945 gewiesene Weg der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entsprach den Lebensinteressen des ganzen deut-

schen Volkes, den Erwartungen der Nachbarvölker und den in Potsdam proklamierten Grundsätzen und Zie-

len der Alliierten. Es war der Weg des gesellschaftlichen Fortschritts in unserer Zeit.

Die DDR — Vorbild und Beispiel der Nation

Die in der Bundesrepublik herrschenden Kreise scheuen kein Mittel, um die DDR, den ersten deutschen Staat der Arbeiter und Bauern zu diskreditieren und zu verleumdern. Aber all das Geschrei, alle Lügen und Verleumdungen können nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß von den beiden heute bestehenden deutschen Staaten nur die DDR jenen Weg beschritten hat, der dem Grundanliegen der Nation in unserer Zeit entspricht. In der DDR wurden die Lehren aus Faschismus und Krieg beherzigt. Dort wurde die Spaltung der Arbeiterklasse überwunden. Dort vollzog sich die notwendige Erneuerung der Nation im Geiste des Friedens, der Demokratie, des Humanismus und der Völkereundschaft. Geführt von der SED hat die Arbeiterklasse, im Bündnis mit der Bauernschaft und anderen Teilen der Bevölkerung, die Geschicke des Volkes in die eigenen Hände genommen, die verderbliche Macht der Todfeinde unserer Nation, der imperialistischen und militaristischen Verderber Deutschlands vollständig beseitigt und eine von der Zustimmung und der Mitarbeit aller friedliebenden Kräfte getragene antifaschistisch-demokratische Ordnung geschaffen. Nachdem die deutsche Großbourgeoisie Westdeutschland aus dem deutschen Nationalverband herausgerissen, und damit die Nation gespalten hatte, entstand auf deutschem Boden ein wahrhafter Friedensstaat, der fest mit

der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern verbündet ist, unbeirrbar für die friedliche Koexistenz, für gutnachbarliche Beziehungen zu allen Völkern und unablässig für die Verständigung und Annäherung, für Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten eintritt.

Diese Entwicklung konnte sich vollziehen, weil mit der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und dem Zusammenschluß von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage der fortgeschrittensten Weltanschauung — des Marxismus-Leninismus — hergestellt wurde. Das befähigte die Arbeiterklasse, ihr jahrzehntelanges Ringen um die politische Macht zu vollenden und ihre geschichtliche Rolle als Schöpferin der neuen, sozialistischen Gesellschaft in einem Teil Deutschlands zu erfüllen.

Die geschichtliche und nationale Bedeutung dieser Entwicklung besteht vor allem darin: Die DDR hat unwiderlegbar bewiesen, daß die Lebensfragen unserer Nation ohne Krieg gelöst werden können, daß das deutsche Volk ohne Militarismus und antikommunistische Kreuzzugspropaganda friedlich leben und gedeihen kann. So ist die DDR Vorbild, Beispiel und Zukunft der ganzen deutschen Nation.

Restauration des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland

Die Bonner Machthaber leugnen und bestreiten jede innere Verwandtschaft ihres Regimes und ihrer Politik mit dem Faschismus; sie bezeichnen ihren Staat und ihre Wirtschaftsordnung als einen neuen, „freiheitlich-demokratischen“ Staat und als eine neue, „freiheitlich-soziale“ Wirtschaftsordnung. Was aber hat sich eigentlich grundlegend geändert? Ist die Vergangenheit bei uns wirklich bewältigt worden? „Die Entwicklung in der Bundesrepublik“, so heißt es im DGB-Grundsatzprogramm, „hat zu einer Wieder-

herstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt.“ Dieselben Kräfte des Monopolkapitals, die im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der Nazizeit die Macht hatten, die Herren der Deutschen Bank, der IG Farben, der AEG und des Siemens-Konzerns, Flick, Röchling, Thyssen, Quandt usw. — sie alle sind in Westdeutschland wieder da, größer und mächtiger als zuvor. Gestützt auf die westlichen Besatzungsmächte und die Spaltungspolitik der rechten SPD-Führer gelang es ihnen,

ihre Herrschaft unter Mißachtung des Volkswillens wiederherzustellen. In Fortsetzung ihrer antinationalen Politik spalteten sie Deutschland und gründeten die Bundesrepublik um den Weg der Revanche, der Aufrüstung, des antikomunistischen Kreuzzuges zu beschreiten.

Die gesamte Entwicklung Westdeutschlands seit 1945 beweist unwiderlegbar, daß die herrschenden Kreise der Bundesrepublik, daß der deutsche Imperialismus und Militarismus der erbitterte Gegner jeder friedlichen und demokratischen Entwicklung unserer Nation ist. Statt Frieden und Demokratie — Revanchepolitik, Atomrüstung, Annexionsbestrebungen gegenüber der DDR und Drohungen mit dem Bürgerkrieg, Forderungen nach Revision der Oder-Neiße-Grenze, Notstandsgesetze und Verjähmung der Nazi-verbrechen. Statt Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten — Ablehnung jeglicher Verhandlungen mit der Regierung der DDR und Verschärfung des kalten Krieges in Deutschland. Statt eines eigenen Beitrages zur Entspannung und Abrüstung — Streben nach Kernwaffen, nach Beschleunigung des atomaren

Wettrüstens und nach Atomminen. So wird bei uns von denselben Kräften, die schon im Nazireich die Politik bestimmten, ein neuer Krieg vorbereitet und die Gefahr des atomaren Selbstmords für die Nation heraufbeschworen.

Diese Entwicklung war nur deshalb möglich, weil die rechten SPD-Führer gegen den Willen der Mehrheit der Sozialdemokraten, verblendet vom Antikomunismus, die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse verhinderten und die Politik der Spaltung der Arbeiterbewegung fortsetzten. Darum ist die Hauptlehre aus der gesamten Entwicklung Westdeutschlands das gemeinsame Handeln, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten im Kampf gegen die verderbliche Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus. Die Erfahrungen der Entwicklung in der DDR lehren, daß die einheitlich handelnde Arbeiterklasse in der Lage ist, die unserer Nation drohende tödliche Gefahr abzuwenden und eine Wende zu einer Politik des Friedens, der Demokratie, des sozialen Wohlstands und des gesellschaftlichen Fortschritts herbeizuführen.

Für die herrschenden Kreise der Bundesrepublik ist die Auseinandersetzung mit den Lehren der Vergangenheit nicht nur unbequem, sondern in hohem Grade gefährlich. Sie fürchten mit Recht, daß die Arbeiterklasse, daß die werktätigen Massen aus einer solchen Auseinandersetzung die richtigen Schlußfolgerungen ziehen. Deshalb erzeugen und fördern sie die Auffassung, man solle die Vergangenheit ruhen lassen. So möchten sie die Erkenntnis verhindern, daß das, was 1945 als grundlegende nationale und demokratische Aufgabe vor unserem ganzen Volke stand, bisher nur in der DDR bewältigt wurde, in Westdeutschland dagegen noch heute und dringender denn je auf der Tagesordnung steht.

*) „Wissen und Tat“, Nr. 1/2 — 1963, S. 7.

Gerade deshalb sollte der 20. Jahrestag der Zerschlagung des Faschismus zum Anlaß genommen werden, die Auseinandersetzung mit Faschismus, Krieg und Nachkriegsentwicklung zu führen. Es gilt, die entscheidenden Lehren aus den letzten Jahrzehnten deutscher Geschichte in die Bevölkerung, vor allem in die Arbeiterklasse, hineinzutragen. Genosse Max Reimann hat die Aufgabe auf der 4. ZK-Tagung in die Worte gefaßt: „Die Lehren aus der Geschichte, die Interessen der deutschen Nation gebieten es, mit der Macht der ewig Gestrigen Schluß zu machen, durch die Bändigung und Überwindung des Imperialismus und Revanchismus Garantien dafür zu schaffen, daß von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht.“*)

Die betrieblichen Streikaktionen und ihre Lehren

VON ALEXANDER MELING

In den vergangenen Monaten haben in zahlreichen Betrieben der Bundesrepublik betriebliche Streikaktionen stattgefunden. Viele dieser Kämpfe werden gar nicht bekannt, andere im Entstehen begriffene werden wiederum deshalb nicht durchgeführt, weil allein durch die Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter erfüllten bzw. ihre reaktionären Maßnahmen rückgängig machten.

Während auf der einen Seite die statistisch erfaßten und von den Gewerkschaften ausgerufenen Streiks im Gegensatz zu den anderen kapitalistischen Staaten Westeuropas außergewöhnlich niedrig sind – 1963 bildet mit dem Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg eine Ausnahme, obwohl auch in diesem Jahre die Streiktage weit hinter vergleichbaren Ländern zurückblieben –, erhöhte sich die Zahl der betrieblichen Kampfaktionen.

An diesen Streikaktionen beteiligten sich oft Tausende Kollegen, wobei die Länge des Streiks sehr verschieden ist, von wenigen Minuten bis zu mehrtägigen Arbeitsniederlegungen.

Die betrieblichen Streikaktionen sind ein Ausdruck der sich verschärfenden Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit. Diese Kämpfe sind auch ein Ausdruck bestimmter Klassenkenntnisse und der Einsicht, daß „das ganze Wirtschaftssystem . . . rückständig, überholt, gegen die Arbeiterschaft gerichtet“ ist.¹⁾ In den Betrieben wächst die Unzufriedenheit mit der sozialen Lage, über die Ungerechtigkeit der Eigentumsbildung und Vermögensverteilung, über den schreienden Gegensatz zwischen dem parasitären Konsum der Monopolkapitalisten und ihren Maßhalteparolen.

Die Streiks zeigen, daß die besonders von Erhard, aber auch vom Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden,

Leber, vertretene These, daß der Klassenkampf verschwunden sei, keinesfalls zutrifft. Sie beweisen vielmehr, daß die Klassengegensätze in den Betrieben, dort wo Kapital und Arbeit sich unmittelbar gegenüberstehen, nicht mit Sozialpartnerschaftstheorien übertüncht werden können und offen ausgetragen werden, weil die Konzernherren ihre Profite auf Kosten der Belegschaft noch schneller erhöhen wollen. So fanden im vorigen Jahr zahlreiche Streiks in Stahlwerken statt. Wer einen Blick in die Statistiken wirft, der kann feststellen, daß im ersten Halbjahr 1964 in der eisenverarbeitenden Industrie die Produktion um 17,8 Prozent stieg, dieses erhöhte Produktionsergebnis aber von 2 Prozent weniger Arbeitern erzeugt wurde. Während der Konjunkturabschwächung der letzten Jahre verringerten die Stahlkonzerne rigoros die Belegschaften vor allem in den Warmbetrieben. Mit dem Konjunkturaufschwung 1964 setzte in den Betrieben eine ungeheure Antreiberei ein, die Arbeitshetze wuchs maßlos, während der Lohn stagnierte und teilweise sogar rückläufig war. In den Walzwerken wurde die Arbeitszeit verlängert und Sonntagsschichtenverfahren. In den Stahlwerken, die voll kontinuierlich arbeiten und wo keine Übersichten und Überstunden angesetzt werden können, machte sich die Antreiberei besonders kraß bemerkbar. Hinzu kommen noch die Preissteigerungen und Mieterhöhungen, die bei einzelnen Arbeitern und Arbeitergruppen zum Sinken der Reallöhne führten. Die Streiks waren die Reaktion der Arbeiter gegen solche untragbaren Verhältnisse.

In den betrieblichen Streikaktionen wenden sich die Arbeiter und Angestellten gegen die Verletzung der Menschenwürde durch kleinliche Schikanen, gegen die Versuche der Unternehmer, tarifvertraglich geregelte Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen nicht effektiv wirksam werden zu lassen bzw. durch Akkordsenkungen Lohnerhöhungen weitgehend zunichte zu machen. Mit ihren

¹⁾ Wiedemann, Melitta. Zwanglose Gespräche. Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln, Nr. 5/1964, S. 189/190.

Aktionen wenden sich die Arbeiter und Angestellten gegen alle Versuche den Lohn und erkämpfte Sozialleistungen wie z. B. die Weihnachtsg Gratifikationen und Jahresprämien zu kürzen oder ganz abzubauen, gegen den Herrn-im-Hause-Standpunkt und den Kasernenhofen.

In den betrieblichen Kämpfen wen-

den sich die Arbeiter und Angestellten gegen die Einführung neuer Ausbeutungsmethoden und gegen die Versuche, selbst die spärlichen im BVG enthaltenen Rechte der Betriebsräte mit Füßen zu treten. Die betrieblichen Streiks sind im wesentlichen Abwehrkämpfe, die in der Regel spontan ausbrechen.

Einige Erfahrungen der Kämpfe

In der Kieler Howaldtwerft streikten 1600 Bordschweißer einen Tag gegen die Senkung des Akkordrichtsatzes. 6000 Arbeiter der Voith-Werke in Heidenheim streikten mehrere Stunden, weil ihnen der Jahresbonus gekürzt wurde, sie aber durch einen fotokopierten Gehaltsstreifen eines leitenden Angestellten erfuhren, daß er eine Gewinnbeteiligung von 9600 DM erhalten hatte. In der Heinrichshütte Hattingen streikten vom 5. bis 10. Mai 1964 bis zu 4000 Arbeiter gegen die Versuche, die fällige vierprozentige Lohnerhöhung nicht zu gewähren. Im Werk Sindelfingen der Daimler-Benz AG streikten 400 Rangierer 2 Stunden, weil ihr Stundenlohn 50 bis 60 Pfennige geringer war als bei Ford und dem Volkswagen-Werk. In der Südbremsen AG München führten 3000 Belegschaftsmitglieder einen dreistündigen Proteststreik durch, da die Direktion die Frühstückspause nicht mehr bezahlen wollte. In den Dürrkopp-Werken Bielefeld erzwangen 300 Arbeiter die Wiedereinstellung eines gemäßregelten Kollegen.

Die betrieblichen Kämpfe sind heute meist nur von kurzer Dauer. Oft genügt es schon, wenn die Arbeiter und Angestellten ihre Kampfbereitschaft sichtbar machen, um zum Erfolg zu kommen. Die Kämpfe erfassen oft nur Betriebsabteilungen, haben aber positive Auswirkungen für den gesamten Betrieb.

Die betrieblichen Streiks sind eine Besonderheit der Entwicklung in der Bundesrepublik. In anderen kapitalistischen Ländern herrschen organisierte Massenkämpfe vor. Die betrieblichen Streiks offenbaren daher mit aller Deutlichkeit eine Schwäche der westdeutschen Arbeiterbewegung. Sie zeigen zugleich aber auch die potentiellen Kräfte der Arbeiterbewegung.

Die betrieblichen Streikaktionen

finden vorwiegend in Großbetrieben statt und bieten die Möglichkeit, in den Bastionen des Monopolkapitals die Positionen der Arbeiterklasse zu stärken. Die betrieblichen Streikaktionen sind vielfach auch ein Ausdruck dafür, daß es den Unternehmern gelang, die Gewerkschaften weitgehend aus dem Betrieb hinauszudrängen und sie oft auch vom betrieblichen Geschehen fernzuhalten. Die betrieblichen Lohnfindungsmethoden, die betrieblichen Sozialleistungen, die effektiv gezahlten Löhne und ähnliches sind in der Regel nicht tarifvertraglich gesichert, sondern allenfalls auf der Grundlage einer Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Unternehmern geregelt. Für die Unternehmerwillkür ergeben sich hier günstige Möglichkeiten. Die Effektivlöhne in der Metallindustrie liegen bis zu 30 Prozent über den Tariflöhnen. Die Unternehmerverbände weigern sich mit Entschiedenheit, die Effektivlöhne und andere Sozialleistungen zu tariflieren. Nach jeder Tariflohnerhöhung müssen die Arbeiter im Betrieb dafür kämpfen, daß diese auch effektiv wirksam wird. Die Unternehmer nehmen jede Tariflohnerhöhung zum Anlaß, um zu versuchen, die Arbeitsbedingungen im Betrieb zu verschlechtern. Das Streben der Unternehmer ist darauf gerichtet, die Rolle der Gewerkschaften in den Augen der Arbeiter und Angestellten abzuwerten und den Gewerkschaften die Möglichkeit zu nehmen, im Betrieb wirksam zu werden.

Auch die Betriebsräte fühlen sich oft noch nicht genügend als Vertreter der Interessen der Arbeiter und Angestellten. Sie sind oft der Auffassung, daß es notwendig sei, ihre Funktion von einer sozialpartnerschaftlichen Position aus auszuüben.

Wer bricht eigentlich den im Artikel 49 des Betriebsverfassungsgesetzes geforderten Betriebsfrieden? Wer macht wilde Aktionen, wird wort- und vertragsbrüchig, die Direktion oder die sich verteidigenden Arbeiter? Vor dieser Frage stehen auch viele Betriebsräte, die sich in den betrieblichen Aktionen passiv oder sogar ablehnend verhielten oder gar versuchten, die Belegschaften von Aktionen abzuhalten. Statt als gewählte Vertreter der Belegschaft von „gebundenen Händen“ zu reden, sich vor dem Artikel 49 BVG zu fürchten oder gar sich dahinter zu verstecken, sollten sie mit diesem Artikel angreifen und die wirklichen Störer des Betriebsfriedens, die Vergifter des Betriebsklimas, die nimmersatten Profitmacher vor der gesamten Belegschaft bloßstellen. Betriebsräte sind weder Vermittler noch Schlichter zwischen Belegschaft und Direktion, sondern ausschließlich Interessenvertreter der Belegschaft. Das fordert die Gewerkschaft und das erwartet die Belegschaft von ihnen. Und das sollte auch bei der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen das Hauptkriterium sein. Die Gewerkschaften und Betriebsräte sollten nicht länger dulden, daß kämpfende Arbeiter diffamiert und im Gegensatz zu ihrer Gewerkschaft gebracht werden. Wer nach Abschluß eines Lohnabkommens willkürlich betriebliche Leistungen abzubauen versucht, um tarifliche Vereinbarungen nicht effektiv werden zu lassen, der stört selbst die Friedenspflicht. Solche Konzernherren sollten die ganze Kraft der Gewerkschaft zu spüren bekommen und zwar im Betrieb selbst.

Wenn die Unternehmer große Anstrengungen machen, um die Gewerkschaften aus dem Betrieb zu drängen und sie als „betriebsfremde Elemente“ abzustempeln, dann sollten alle Kolleginnen und Kollegen solchen Ver-

suchen einen entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Denn in dem Maße, wie die Gewerkschaft die betrieblichen Aktionen selbst führt, zumindest aber als gerechtfertigt fördert oder billigt, erhöht sich die Schlagkraft dieser betrieblichen Aktionen. Dabei fällt den gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpern eine große Aufgabe zu, die — gestützt auf das Vertrauen der gewerkschaftlichen Mitglieder und der Arbeiter und Angestellten im Betrieb — die betrieblichen Aktionen leiten müssen. Entscheidend ist, daß auch bei betrieblichen Kämpfen die Arbeiter und Angestellten spüren, daß die Gewerkschaft auf ihrer Seite steht und sie moralisch unterstützt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, in allen Betrieben die gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper zu stärken bzw. aufzubauen, alle Möglichkeiten, die das BVG bietet, voll auszuschöpfen und zugleich für eine Änderung des BVG einzutreten und eine größere Mitbestimmung über Tarifverträge anzustreben und zugleich das Tarifgeschehen auf betrieblicher Ebene in den Griff zu bekommen. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Gewerkschaften, sich in den Betrieben stark um die betrieblichen Probleme der Arbeiter und Angestellten zu kümmern.

Die wachsende Zahl der betrieblichen Aktionen zeigt aber auch, wie dringend es ist, die von verschiedenen Gewerkschaften bereits propagierte betriebsnahe Tarifpolitik zu verwirklichen. Sie hat eine besondere Bedeutung für die Großbetriebe mit überdurchschnittlicher Arbeitsproduktivität und -intensität, um dort auf der Grundlage bezirklicher oder zentraler Tarifverträge zu Zusatztarifverträgen zu kommen, die eine Tarifierung der betrieblichen Effektivlöhne und Sozialleistungen zum Ziel haben.

Schlußfolgerungen für unsere Partei

Unsere Partei hat den betrieblichen Kämpfen bisher eine ungenügende Bedeutung beigemessen. Es gibt nicht wenig Beispiele, in denen Betriebsgruppen und Kreisleitungen von

betrieblichen Streikämpfen über- rascht wurden und oft erst nach Tagen von diesen Streikämpfen erfuhren, nachdem diese z. T. schon beendet waren. Es gibt nur wenige betriebliche

Streikaktionen, die von den Betriebsgruppen voll unterstützt wurden. Günstigenfalls schaltete sich bei länger anhaltenden Streiks die Betriebsgruppe bzw. -leitung nachträglich ein. In den meisten Fällen wurden die betrieblichen Streikaktionen nur registriert.

Die Genossen einer Betriebsgruppe eines Großbetriebes haben erfolgreich praktiziert, wie eine betriebliche Aktion organisiert und geleitet werden muß. Sie haben weder gewartet noch abseits gestanden, bis die Empörung der Belegschaft sich spontan in einen Streik entlud. Sie hatten stets das Ohr bei der Belegschaft und arbeiteten als gute Gewerkschafter. In diesem Betrieb wurden die betrieblichen Aktionen vom gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper geleitet. So konnten in diesem Betrieb alle antigewerkschaftlichen Tendenzen erfolgreich zurückgewiesen, der Kampf tausender Arbeiter und Angestellte mit Erfolg beendet und zugleich das Ansehen unserer Partei erhöht werden.

Es ist unserer Partei bisher noch nicht genügend gelungen, die politischen Aufgaben mit den Erscheinungen in den Großbetrieben zu verbinden. Die betrieblichen Streikaktionen können, wenn die Partei es versteht, Arbeiter und Angestellte in den Betrieben zu einem bewußt organisierten Handeln bringen, eine wichtige Stufe auf den über den Rahmen eines Betriebes hinausgehenden Massenaktionen sein. Dazu ist erforderlich, daß die Parteiorganisation und die -Leitung auf allen Ebenen die betriebliche Situation genau analysieren, die konkreten Ausbeutungsformen, die „kleinen Dinge“ des täglichen Lebens aufmerksam verfolgen

und die betrieblichen Ereignisse mit der politischen und wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik verbinden. Dazu gehört, daß jeder Kommunist ein vorbildlicher Gewerkschafter ist.

Den betrieblichen Kämpfen ein Höchstmaß von Organisiertheit zu geben ist unmöglich ohne gut arbeitende Betriebsgruppen unserer Partei. Die Betriebsgruppen müssen eine planmäßige mündliche und schriftliche Aufklärung betreiben, die die Ausbeutung enthüllt und die engen Zusammenhänge zwischen der Ökonomie und der Politik darlegt. Insbesondere gilt es deutlich zu machen, daß die Arbeiter nur im entschlossenen Kampf ihre Lebenslage verbessern können. Eine große Hilfe ist hier die regelmäßig erscheinende Betriebszeitung. Es gilt zu erreichen, daß die ausländischen Gastarbeiter in die gemeinsame Kampffront einbezogen werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß zwischen Gastarbeitern und deutschen Arbeitern ein Keil getrieben wird.

Aufgabe aller unserer Parteiorganisationen ist es, alle Möglichkeiten zu nutzen, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu erhöhen und das sozialistische Bewußtsein in die Belegschaft zu tragen. Das ist eine entscheidende Voraussetzung, um die spontan ausbrechenden betrieblichen Kämpfe zu bewußt organisierten gewerkschaftlichen Kämpfen um die Durchsetzung der gewerkschaftlichen und betrieblichen Forderungen werden zu lassen. In allen betrieblichen Aktionen zeichnen sich parteilose Arbeiter und Angestellte durch Mut und Umsicht besonders aus. Sie gilt es zugleich als Mitglieder für unsere Partei zu gewinnen.

Der 8. Mai 1965, 20. Jahrestag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und der Beendigung des zweiten Weltkrieges, darf nicht den Freibrief für Kriegsverbrecher und Nazimörder bringen. Dieser Tag muß nach den Ostermärschen und dem 1. Mai zu einem neuen Höhepunkt des Kampfes gegen Faschismus und Krieg, gegen atomare Aufrüstung, für eine Politik des Friedens und der Demokratie werden.

(Max Reimann auf der 4. ZK-Tagung)

Für feste Solidarität mit den ausländischen Arbeitern

VON A. SCHMIDT

Die Bundesrepublik hat das stärkste Wachstum bei der Beschäftigung ausländischer Arbeiter aufzuweisen. Mehr als eine Million arbeiten heute in den industriellen Ballungszentren unseres Landes. Unsere Partei und die Gewerkschafter sind dadurch vor neue Fragen gestellt. Im Kampf für die Verwirklichung der von der 4. Tagung des ZK entwickelten nationalen Politik, für die sozialen und demokratischen Forderungen der westdeutschen Arbeiterklasse ist auch die soziale Gleichstellung und uneingeschränkte Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen im Betrieb und im gesellschaftlichen Leben durchzusetzen.

Bereits bis Oktober 1964 war die Zahl ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen auf 1 013 700, davon mehr als 200 000 Frauen angestiegen. 299 000 kommen aus Italien, 160 000 sind aus Griechenland, 157 000 aus Spanien, 85 200 aus der Türkei und die übrigen aus nahezu 60 anderen Ländern. Unter ihnen sind Gelernte und Ungelernte, solche, die in ihrer Heimat bereits in Fabriken gearbeitet haben, aber auch solche, die aus nichtproletarischen Klassen und Schichten kommen. 330 000 ausländische Arbeiter sind in der eisen- und metallherzeugenden und verarbeiteten Industrie, 244 000 in nichteisenverarbeitenden Fertigungsbetrieben, 242 000 im Bergbau und der Rest in Dienstleistungs-, Verkehrs- oder anderen Betrieben des öffentlichen Dienstes tätig.¹⁾ So vielfältig die nationale und soziale Herkunft, so unterschiedlich ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik, so vielschichtig sind auch die Fragen und Probleme, die die ausländischen Arbeiter bewegen und die die westdeutsche Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und unsere Partei zu bewältigen haben.

¹⁾ Statistische Angaben sind entnommen: Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung: „Spiegel“ vom 7. 10. 1964, „Industrie-Kurier“ vom 10. 12. 1964.

²⁾ Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung vom 30. 10. 1964, S. 1430.

Bonner Minister sagen heuchlerisch, die Beschäftigung ausländischer Arbeiter sei „als ein Beweis dafür, daß die Verschmelzung Europas und die Annäherung von Menschen verschiedenster Herkunft und Gesittung in Freundschaft eine Realität ist.“²⁾ Was Bundesarbeitsminister Blank „Verschmelzung Europas“ nennt, entpuppt sich in Wahrheit als ein großes Geschäft der deutschen Monopolherren. Was er die „Annäherung der Menschen in Freundschaft“ nennt, ist nichts anderes als die gemeinsame Ausbeutung deutscher und ausländischer Arbeiter in den Unternehmen großer westdeutscher Konzerne.

Die Bonner Regierung ist darauf bedacht, die Beschäftigung ausländischer Arbeiter als ein Entgegenkommen an andere Länder und als einen Beitrag für europäische Zusammenarbeit darzustellen. Sie nutzt sie aber als Druckmittel gegenüber den Regierungen anderer Länder, denn für diese ist es wichtig, daß allein im Jahre 1963 schätzungsweise eine Milliarde DM der von ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik verdienten Löhne in ihre Staaten transferiert wurden. Sprecher des faschistischen Franco-Regimes bezeichnen diese Einfuhr der D-Mark nach Spanien als den „Spanischen Marshall-Plan“.

Den westdeutschen Konzernherren geht es um höchste Profite. Sie haben aus der Ausbeutung ausländischer Arbeiter zusätzliche Milliarden Gewinne erzielt. Es geht ihnen um das Wettrennen, denn sie wollen die in die NATO-Armee zwangsrekrutierten und in militärischen Einrichtungen gebundenen Arbeitskräfte durch solche aus anderen Ländern ersetzen. Es geht ihnen schließlich darum, entsprechend ihrem kapitalistischen Grundsatz „teile und herrsche“, Arbeiter der einen gegen die Arbeiter einer anderen Nation auszuspielen und zu mißbrauchen, um so auf die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiter in den Betrieben zu drücken.

Die Ausbeutung ausländischer Arbeiter schien den deutschen Imperialisten stets dann besonders geboten, wenn sie einen Krieg vorbereiteten oder führten. In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg wurden 1,3 Millionen ausländischer Arbeiter im kaiserlichen Deutschland beschäftigt. In der Zeit des zweiten Weltkrieges wurden im Ergebnis blutiger Unterdrückung und Okkupation 1,5 Millionen Kriegsgefangene und 5,3 Millionen „Fremdarbeiter“ mit den brutalsten Mitteln zur Sklavenarbeit nach Hitler-Deutschland deportiert. Die

Geschichte der Arbeit ausländischer Arbeiter in Deutschland ist die Geschichte einer beispiellosen Ausbeutung und einer modernen Sklaverei, die im faschistischen Deutschland bis zur physischen Vernichtung von Arbeitern und Arbeiterinnen nahezu aller europäischen Nationen betrieben wurde. Der Weg des Aufstieges der die Bundesrepublik beherrschenden Monopole, voran der IG Farben, ist mit dem Schweiß und dem Blut von Arbeitern und Arbeiterinnen vieler Länder getränkt.

Neue Methoden und Formen der Ausbeutung ausländischer Arbeiter

Im Unterschied zu früher haben sich heute manche Formen und Methoden der Ausbeutung ausländischer Arbeiter geändert. Ihre Anwerbung ist unter den hochentwickelten staatsmonopolistischen Bedingungen fast ausschließlich zu einer Sache staatlicher Institutionen geworden. Der Kampf der westdeutschen und ausländischen Gewerkschaften, die Auswirkungen der Errungenschaften der Arbeiterklasse der DDR und anderer sozialistischer Länder und das zum Teil sehr energische Auftreten der ausländischen Arbeiter selbst haben die Konzernherren zu einigen sozialen Zugeständnissen veranlaßt.

In enger Zusammenarbeit mit den Regierungen der Heimatländer sind die Bundesregierung und die dafür zuständigen Behörden bemüht, die ausländischen Arbeiter als Ausbeutungsobjekt bei der Stange zu halten. Diesem Zweck dient ein ganzes Netz von staatlichen, halbstaatlichen und anderen Institutionen. Es reicht von der Beauftragung caritativer Verbände über die Einrichtung sogenannter Kulturzentren, spezieller Rundfunksendungen und die Verteilung von Materialien bis zu einem vom

Innenministerium geleiteten Spitzeldienst. Damit wird das Ziel verfolgt, die Orientierung der ausländischen Arbeiter auf die klassenbewußten westdeutschen Arbeiter, auf die Gewerkschaften, auf die Kommunisten zu verhindern.

Wie unsere Bruderparteien, erweist sich die KPD als die Kraft, die im Verhältnis zu den ausländischen Arbeitern seit eh und je eine klare Position hat. Im Kampf für die sozialen, demokratischen und nationalen Interessen der westdeutschen Arbeiterklasse sind wir zugleich konsequente Internationalisten. Getreu dem Grundsatz: „Proletariat, aller Länder vereinigt Euch!“ treten wir für die Einheit und Zusammenarbeit, für die brüderliche Verbundenheit und Solidarität der Werktätigen aller Nationen ein. Die ausländischen Arbeiter sind unsere Klassengenossen. Gemeinsam leben und arbeiten sie im gleichen staatsmonopolistischen System. Gemeinsam werden sie ausgebeutet, sollen sie für die Rüstung arbeiten. Gemeinsam sollen sie der Militarisierung des gesamten Lebens ein- und untergeordnet werden.

Die gemeinsamen Interessen sehen!

Aus der gemeinsamen Lage ergeben sich die gemeinsamen Interessen. Die deutschen Arbeiter müssen sich die Forderungen ihrer ausländischen Klassengenossen und diese sich die Forderungen ihrer deutschen Kollegen zu eigen machen. Beide gehören in eine Klassenorganisation, sie ge-

hören zusammen in die Gewerkschaften. Das ist ein klassenmäßiges und internationalistisches Herangehen. Das zu erreichen, ist unsere Aufgabe. Wir lösen sie nur, wenn wir den ausländischen und deutschen Arbeitern die Gemeinsamkeit ihrer Lage und ihrer Klasseninteressen bewußt

machen. Und diese Klärung muß damit beginnen, den westdeutschen Arbeitern aufzuzeigen, daß ihre eigenen Klasseninteressen, daß der Kampf für die Durchsetzung einer nationalen Politik, das Ringen der Gewerkschaften für die Verwirklichung ihrer Beschlüsse zur Verhinderung der atomaren Aufrüstung und gegen Notstandsgesetze, für eine aktive Lohnpolitik und für Mitbestimmung das enge Kampfbündnis mit den ausländischen Arbeitern erfordern.

In den großen Betrieben fehlt es nicht an der Bereitschaft von Betriebsräten, Vertrauensleuten und klassenbewußten Arbeitern, sich den Interessen der ausländischen Klassen-genossen anzunehmen. Aber noch ist das Zusammengehen auf beiden Seiten von Voreingenommenheiten belastet.

Es gibt nicht wenige deutsche Arbeiter, die in ihren ausländischen Kollegen den vom Unternehmer verpflichteten Arbeiter sehen, der den Lohn drückt, die Arbeitsintensität steigert und die Erhaltung des eigenen Arbeitsplatzes gefährdet. Und es gibt auch Arbeiter, die nicht frei sind von nationalistischen Ressentiments. Solche Auffassungen und Stimmungen werden oft von den Unternehmern und Monopolherren zur Aufspaltung genutzt. Die gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit, die Erfassung aller ausländischen Arbeiter durch die Gewerkschaften ist die beste Methode für ein einheitliches und geschlossenes Auftreten. Den Lohn der deutschen Arbeiter drücken nicht die ausländischen Arbeiter. Es ist die Profitsucht der Monopolherren und die wachsende Rüstung, die dazu führt. Wer die Arbeitsintensität steigert, das sind die Monopolherren, ihre Ausbeutungssysteme, die Rationalisierung mit all ihren Folgen. Wer den Arbeitsplatz gefährdet, liegt angesichts der beabsichtigten Zechenstillegungen auf der Hand.

Die ausländischen Arbeiter sind in die Bundesrepublik gekommen, um Geld für ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie sehen sich einem starken ökonomischen, politischen und psychologischen Druck ausgesetzt. Sie haben zum Teil Angst, sich zu organisieren. Sie möchten ihren Arbeits-

platz gesichert wissen. Aber sie werden nur dann von ihrer Angst befreit sein, wenn sie sich in die Kampforganisationen der Arbeiterklasse, in die Gewerkschaften einreihen. Sie werden nur dann ihrer Arbeitsplätze sicherer sein, wenn sie sich organisieren und den Kampf für die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Beschlüsse auch zu ihrer Sache machen.

Unsere Partei hat die große Aufgabe, dem deutschen und ausländischen Arbeiter Klassenbewußtsein und Klassensolidarität zu vermitteln. Der Absicht der Monopolherren und ihrer Regierung, nationalistische Voreingenommenheiten unter den verschiedensten Arbeitergruppen zu schüren, stellen wir den proletarischen Internationalismus entgegen. Wir sind darum bemüht, daß sich Gewerkschaften und Betriebsräte stärker der Vertretung der sozialen, demokratischen und politischen Rechte der ausländischen Arbeiter und ihrer klassenmäßigen Aufklärung zuwenden. So werden sich diese von der Notwendigkeit überzeugen, Mitglied der Gewerkschaft zu werden.

Es gibt einige Industriegewerkschaften, sowie örtliche und betriebliche Gewerkschaftsorganisationen, die diese Arbeit sehr ernst nehmen. Sie geben Zeitungen in verschiedenen Sprachen heraus, sie richten zahlreiche Aufforderungen an ausländische Arbeiter, sich zu organisieren.

Aber es gibt auch Hemmnisse, die Gewerkschaftsorganisationen und -funktionäre an einer erfolgreicher Arbeit unter den ausländischen Arbeitern hindern. Sie fühlen sich z. B. nur dann zur Vertretung ausländischer Arbeiter verpflichtet, wenn es sich um gewerkschaftlich Organisierte handelt. Oder sie versuchen ihre mangelhafte Arbeit mit komplizierten Bedingungen und Schwierigkeiten zu entschuldigen. Es gibt auch sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre, die sich vor einer Unterstützung ausländischer Arbeiter fürchten, weil sie glauben, damit den Kommunisten zu helfen.

Der Nationalismus und Antikommunismus aber haben der deutschen Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften immer nur Schaden

gebracht. Wer es ernst meint mit der Solidarität deutscher und ausländischer Arbeiter, wer den ausländischen Klassengenossen helfen will, der muß den Antikommunismus aus dem Spiel lassen. Der darf nicht zulassen, daß jede fortschrittliche gewerkschaftliche Bewegung unter ausländischen Arbeitern als „kommunistisch beeinflußt“

Aktuelle Aufgaben des

Die Betriebsratswahlen sind im Gange. Zum ersten Male können auch Vertreter ausländischer Arbeiter in den Betriebsrat gewählt werden. Aber schon bei der Gewährung dieses Rechtes zeigt sich die Diskriminierung: Gewählt werden können nur ausländische Arbeiter, die aus EWG Staaten kommen und „die mindestens drei Jahre im Hoheitsgebiet des Beschäftigungslandes in demselben Betrieb tätig sind“. Wir sind auch hier für die Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter.

Den Gewerkschaften, den Vertrauensleuten, den Betriebsräten fällt die Aufgabe zu, die Betriebsrätewahlen so vorzubereiten und durchzuführen, daß Vertreter ausländischer Arbeiter auf die Einheitslisten kommen und ihre Forderungen in die Arbeitsprogramme einbezogen werden. Wir empfehlen ihnen, mit ihren eigenen Vorschlägen für die Betriebsratswahl und für die in die Arbeitsprogramme aufzunehmenden Forderungen an die Vertrauensleute, an die Vertrauensmännerkörper, an die Betriebsräte heranzutreten. Gleichzeitig müssen die Rechte so ausgebaut werden, daß die Bestimmungen für die Kandidatur gelockert werden. Die ausländischen Arbeiter müssen gleichberechtigt in allen betrieblichen Organen, darunter auch im gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper, vertreten sein. Vertreter ausländischer Arbeiter sollten sofort mit beratender Funktion an allen Betriebsratssitzungen teilnehmen. Nur so kann ihren Forderungen Geltung verschafft werden. Sie müssen dabei die Unterstützung aller westdeutschen Gewerkschafter finden. Das ist umso notwendiger, als es Anzeichen dafür gibt, daß Unternehmer ihnen hörige Leute zum Auftreten gegen die gewerkschaftlichen Einheitslisten mißbrauchen wollen.

bezeichnet und bekämpft wird. Der darf sich nicht länger weigern, mit der größten italienischen Gewerkschaft und den Klassengenossen aus Spanien, Griechenland oder der Türkei zusammenzuarbeiten, die sich selbstlos und aufopferungsvoll in ihren Ländern für die Stärkung oder die Schaffung freier Gewerkschaften einsetzen.

gemeinsamen Kampfes

In unserer Programmatischen Erklärung, die auf dem Parteitag der KPD 1963 beschlossen wurde, sprechen wir uns aus für die „soziale Gleichstellung, für die vollen Rechte der ausländischen Arbeiter im Betrieb und im gesellschaftlichen Leben“. In Ergänzung dessen treten wir mit weiteren konkreten Forderungen auf: Gegen jede Art von Diskriminierung – für die Wahrung der verfassungsmäßigen sozialen und demokratischen Rechte; gleicher Lohn für gleiche Arbeit durch die Zahlung der Effektivlöhne auch an ausländische Arbeiter; gleicher Lohn für ausländische Arbeiterinnen; Freizügigkeit bei der Wahl des Arbeitsplatzes; gute Unterkünfte mit niedrigen Mieten; Schaffung von Einrichtungen zur kulturellen Betreuung und Freizeitgestaltung, die der Selbstverwaltung ausländischer Arbeiter unterstellt werden; freie politische Betätigung für alle ausländischen Arbeiter; Verbot von faschistischen Organisationen und Einrichtungen, die auf dem Boden der Bundesrepublik zur Beeinflussung ausländischer Arbeiter geschaffen wurden; Verbot der von Behörden der Bundesrepublik geführten „Warnkarte Z II“ mit den Namen von sogenannten politischen Unzuverlässigen. Eine unserer wichtigsten Forderungen sollte sein, daß die Auslandsbüros zur Anwerbung ausländischer Arbeiter und alle sozialen und kulturellen Einrichtungen in- und außerhalb der Betriebe der Kontrolle der deutschen und der demokratischen Gewerkschaften des Auslandes unterstellt werden.

Wo immer es um die Rechte der ausländischen Arbeiter geht, erweisen wir uns als die besten Verteidiger auch ihrer Interessen. Im Auftreten gegen die vielfältigen Formen der

Diskriminierung, in der Unterstützung von Protestaktionen gegen Ungerechtigkeiten und gegen die Einschränkung ihrer Freiheit in der Bundesrepublik, in ihren Manifestationen für die friedlichen, demokratischen Kräfte und Bewegungen ihrer Heimat sollen die ausländischen Klassen-genossen immer die Hilfe der west-deutschen Arbeiter und Gewerkschafter, der Sozialdemokraten und Kommunisten finden.

Alle Kommunisten sollten sich für die Entwicklung der Solidarität verantwortlich fühlen. Aktionen der Solidarität sind ein Teil unseres Kampfes für die Durchsetzung der von der 4. Tagung des Zentralkomitees beschlossenen nationalen Politik. Sie sind ein Teil unseres Beitrages zur Festigung der Kampffront der Werktätigen aller Länder gegen Imperialismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt.

Der Marxismus — kein Dogma, sondern Anleitung zum Handeln

Sozialökonomische Veränderungen und einige neue Aufgaben der Marxisten-Leninisten in Westdeutschland*

VON JOSEF SCHLEIFSTEIN

Für den Kampf der Arbeiterklasse und aller progressiven Kräfte in den Ländern des Kapitals, speziell in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, besitzt die richtige Einschätzung der wichtigen Veränderungen, die in der Ökonomie, in der Klassenstruktur, im politischen und ideologischen Leben der modernen Epoche, besonders im letzten Jahrzehnt, vor sich gegangen sind, eine gewaltige

theoretische und praktische Bedeutung. Deshalb hat der Marxismus-Leninismus als eine lebendige, schöpferische Lehre, die aller Stagnation und jedem Dogmatismus feind ist, stets die wissenschaftliche Analyse der objektiven gesellschaftlichen Wirklichkeit in ihrer Dynamik als notwendige Voraussetzung einer richtigen Strategie und Taktik der revolutionären Partei der Arbeiterklasse angesehen.

I. Veränderungen in der Wirtschaft und der Klassenstruktur Westdeutschlands

Charakteristisch für die Wirtschaft der Bundesrepublik ist heute die Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Nachdem das westdeutsche Kapital mit Hilfe der imperialistischen Westmächte nach dem zweiten Weltkrieg seine Macht restaurieren konnte, ist der Prozeß der Konzentration und der Zentralisation der Produktion und des Kapitals beschleunigt vor sich gegangen.

Der westdeutsche Staat übt heute wichtige wirtschaftliche Funktionen im Interesse der mächtigsten Monopole aus. Über den Staatshaushalt werden etwa 40 Prozent des Nationaleinkommens zugunsten des Monopolkapitals umverteilt (durch Steuer-geschenke aller Art, Subventionen,

Finanzierung eines Teils der Investition- und wichtiger Forschungsvorhaben, Exportprämien usw.)

Für die Bundesrepublik ist auch eine besonders enge personelle Verschmelzung von Monopolen und Staat charakteristisch. Die großen Monopole haben ihre Vertreter unmittelbar in der Regierung, im Bundestag und in den Führungen der Regierungsparteien... Allein von den 251 Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion sind 17 Direktoren oder Manager großer Konzerne bzw. Unternehmen und 20 Konzernberater. Nach sicherlich unvollständigen Angaben haben 55 der CDU/CSU-Abgeordneten 148 Aufsichtsratsposten inne...

Eine wichtige Rolle in diesem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus spielen die supranationalen Organe, besonders die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die

*) Auszugsweiser Abdruck aus der Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Heft 2/1965, Dietz Verlag, Berlin, deutsche Ausgabe.

den westdeutschen Monopolen infolge ihres ökonomischen Übergewichts als Mittel sowohl zur wirtschaftlichen Expansion als auch zur Verfolgung ihrer aggressiven Ziele dienen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus verschärft alle Widersprüche der

kapitalistischen Gesellschaft. Nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse, sondern darüber hinaus die breitesten Volksschichten geraten in Gegensatz zu den Profit- und Machtinteressen der kleinen, allmächtigen Gruppe von Monopolkapitalisten

Polarisierung der kapitalistischen Klassenstruktur

Die Fakten bestätigen eine weitere Polarisierung der kapitalistischen Klassenstruktur. Gegenwärtig sind in der Bundesrepublik etwa 21,5 Millionen Menschen als Arbeiter, Angestellte und Beamte tätig, die zusammen mit ihren nicht erwerbstätigen Angehörigen und den dieser sozialen Gruppe zuzurechnenden Rentnern und Pensionären etwa 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Selbst wenn man die besser bezahlten Gruppen der Angestellten und Beamten zu den Mittelschichten zählt, so gehören etwa drei Viertel der westdeutschen Bevölkerung zu den besitzlosen Schichten, zum Proletariat. Von den übrigen zählen ungefähr zwei Drittel zu den werktätigen städtischen und bäuerlichen Mittelschichten, die ohne fremde Arbeitskräfte arbeiten.

Große Veränderungen haben sich in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse vollzogen. Beachtenswert ist: Die Zahl der Arbeiter ist zwar absolut gewachsen, aber wesentlich schneller wächst die Zahl der Angestellten. Zwischen 1950 und 1961 sank der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten von 50,7 auf 48,7 Prozent, der der Angestellten stieg von 18,1 auf 22,6 Prozent und der der Beamten von 4 auf 6 Prozent. (Dabei ist zu berücksichtigen, daß einige Konzerne Arbeiter in Angestelltenverhältnis überführen, die weiter als Arbeiter tätig sind.)

Wichtig sind die Auswirkungen neuer Produktionsverfahren und vor allem der Automatisierung und Teilautomatisierung auf die Struktur der Arbeiterklasse wie auf ihre gesamte soziale Lage: Verschärfung des Arbeitstempes und der nervlichen Belastung. Freisetzung vieler Arbeitskräfte — was gegenwärtig noch durch die Konjunktur verdeckt wird

Alle diese Veränderungen üben einen bedeutenden Einfluß aus auf das

Bewußtsein der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse, auf ihre Stellung zum kapitalistischen Unternehmer und zum Staat, auf ihre Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren, auf die Haltung zu den traditionellen Forderungen und Kampfmethoden der Arbeiterklasse.

Zweifellos führen alle diese Veränderungen in ihrer geschichtlichen Tendenz zur Verbreitung und Vertiefung des Klassenkampfes, zu einer Beschleunigung der Fortschritte der Arbeiterbewegung. Aber diese geschichtliche Tendenz wirkt nicht geradlinig. Zugleich bringen die sozialen Veränderungen viele neue Probleme und Schwierigkeiten mit sich. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad und das politische Bewußtsein der besonders schnell wachsenden Schichten der Arbeiterklasse — der technischen und kaufmännischen Angestellten, der Frauen, der Arbeiter in den Dienstleistungsbereichen — sind meistens niedriger als beim Kern des Industrieproletariats. Sie sind stärker belastet mit Illusionen über die kapitalistische Gesellschaftsordnung, über eine mögliche „Sozialpartnerschaft“, über einen „individuellen Ausweg“ — ohne gewerkschaftliche Organisation und ohne politischen Kampf. Verstärkt werden die daraus entstehenden Schwierigkeiten und Aufgaben noch durch den Umstand, daß die Generation der jungen Arbeiter und Angestellten, die in den letzten 10 bis 15 Jahren in das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik eingegliedert wurden, die kapitalistische Wirtschaft bisher nur in der Periode einer relativ beständigen Konjunktur kennengelernt haben.

Auch in der Struktur der städtischen und ländlichen Mittelschichten sind wichtige Wandlungen vor sich gegangen. In den Jahren 1950—1961 sind etwa 945 000 selbständige Bauern und

helfende Familienangehörige aus der landwirtschaftlichen Produktion ausgeschieden, so daß heute — zusammen mit ihren helfenden Familienangehörigen etwas über 3 Millionen Bauern in der Bundesrepublik arbeiten, die ungefähr 12 Prozent aller Erwerbstätigen bilden.

In den Dienstleistungsbereichen und im Handel sind die Gewerbetreibenden, auch bei formaler Selbständigkeit, abhängig von den Konzernen, so von den Erdölgesellschaften, den großen Brauereien oder als Zulieferer der Auto- und Elektrokonzerne.

In der Bundesrepublik erzielen 13 große Handelskonzerne den gleichen Umsatz wie eine Viertelmillion kleiner Einzelhändler.

Dabei sind in der Zeit von 1950 bis 1961 laut offiziellen statistischen Angaben etwa 200 000 Produktionsstätten der „gewerblichen Produktion“ (Handwerks- und kleine Industriebetriebe) der Konzentration zum Opfer gefallen.

Sowohl die Wandlungen in der ökonomischen Struktur als auch in der sozialen Lage der Mittelschichten bieten der Arbeiterbewegung zweifellos neue Möglichkeiten, sie für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen.

Eine steigende zahlenmäßige und gesellschaftliche Bedeutung erlangt in der Bundesrepublik die Schicht der Intelligenz, besonders die technische Intelligenz, deren Wachstum mit der technisch-wissenschaftlichen Umwäl-

zung verknüpft ist. Der Anteil der technischen Angestellten, also des ingenieur-technischen Personals aller Stufen an der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Industrie betrug 1962 durchschnittlich 7,6 Prozent, in einigen führenden Industriezweigen bereits 11,1 Prozent bis 18,3 Prozent.

Auch in der Struktur der Bourgeoisie vollziehen sich in der Bundesrepublik wichtige Veränderungen. Viele kleine und mittlere Unternehmen sind heute Zulieferer der Großindustrie und in hohem Maße von ihr abhängig. Die ständig steigenden Kosten einer Modernisierung der technischen Ausrüstung ihrer Betriebe verschlechtern die Markt- und Konkurrenzbedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmer von Tag zu Tag mehr. Hinzukommt die Benachteiligung durch die staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik bei der Vergabe staatlicher Aufträge, in der Besteuerung, in der Kreditpolitik usw.

Auch in der nichtmonopolistischen Bourgeoisie ist daher ein Unbehagen über den Druck der Monopole und ihrer Regierung bemerkbar, das sich in bestimmtem Maße auch auf die Rüstungs- und Außenpolitik der herrschenden Kreise bezieht.

All diese Prozesse in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern vertiefen die alten und bringen neue ökonomische und Klassenwidersprüche hervor.

Neue Momente in der Strategie und Taktik der KPD

Große Bedeutung gewinnen nun die Probleme, die mit der Vereinigung der breiten demokratischen Volkskräfte, mit der Ausarbeitung von Übergangsstufen für die Heranführung neuer Kräfte an revolutionäre, sozialistische Positionen zusammenhängen, mit der Möglichkeit und Notwendigkeit, solche tiefgehenden sozialen und demokratischen Umgestaltungen antimonopolistischen Charakters zu erkämpfen, die zu einer Vorstufe der sozialistischen Umwälzung werden können. Lenin hat wiederholt darauf hingewiesen, daß es keine unübersteigbare Mauer zwischen demokratischer und sozialistischer Revolution gibt, besonders dann nicht, wenn die Arbeiterklasse die Führung

in der revolutionär-demokratischen Bewegung besitzt.

Die KPD geht in ihrer Politik von dem Widerspruch aus, der in der Bundesrepublik besteht, dem Widerspruch zwischen den Monopolen und allen anderen Schichten des Volkes.

Das unmittelbare Ziel der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte der Bundesrepublik muß sein, das Monopolkapital zu entmachten, den Militarismus zu beseitigen und eine friedliche, demokratische Ordnung zu schaffen, die vom ganzen unter dem Druck des Monopolkapitals leidenden Volk — von der Arbeiterklasse, den Bauern, der Intelligenz, den städtischen Mittelschichten bis zu den friedliebenden Kreisen der Bour-

geistes — getragen sein soll. Das wäre noch keine sozialistische Macht, aber eine neue demokratische Macht, in der unter der Führung der Arbeiterklasse tatsächlich der Wille der breitesten Volksmassen bestimmend sein würde. In der von unserem Parteitag 1963 beschlossenen „Programatischen Erklärung“ haben wir zum Ausdruck gebracht, daß eine solche Ordnung sich auf die gegenwärtige Verfassung stützen und die Kluft beseitigen würde, die heute zwischen den in der Verfassung postulierten demokratischen und sozialen Grundsätzen und den realen gesellschaftlich-politischen Verhältnissen besteht. In unserer Erklärung heißt es u. a.: „Die KPD tritt dafür ein, daß in einer solchen neuen demokratischen Ordnung tiefgreifende soziale Umgestaltungen verwirklicht werden. Diese Ordnung würde die gesellschaftlichen Reformen durchführen, die 1945 von der großen Mehrheit des Volkes gefordert wurden, die im Grundsatzprogramm der Gewerkschaften proklamiert und auch in einigen Länderverfassungen niedergelegt sind. Die großen Konzerne in der Industrie, im Bank- und Versicherungswesen werden nationalisiert und einer demokratischen Leitung und Kontrolle unterstellt. Entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften wird den Arbeitern und Angestellten, ihren Betriebsräten und Gewerkschaften das volle Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Wirtschaft gesichert.“

Die KPD ist sich klar darüber, daß der Kampf für ein solches Programm und eine solche von der Arbeiterklasse und allen demokratischen Kräften getragene demokratische Ordnung bestimmte Etappen und Zwischenstufen durchlaufen muß, daß er die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ein umfassendes Bündnis der antimonopolistischen Kräfte für die nächstliegenden demokratischen und sozialen Forderungen voraussetzt.

Unter unseren Bedingungen treten bei der Entwicklung, Ausbreitung und Vertiefung dieses Kampfes folgende Probleme in den Vordergrund:

Größte Bedeutung im Rinn um eine echte und demokratische Alternative in der Bundesrepublik besitzt vor allem der Kampf gegen den Mil-

tarismus und seine ebenso gefährliche wie aussichtslose Revanchepolitik. Kein einziges Lebensproblem der westdeutschen Bevölkerung ist lösbar und kein ernstster Schritt auf dem Wege zur deutschen Wiedervereinigung ist realisierbar, wenn die aggressiven imperialistischen Kräfte nicht daran gehindert werden, einen neuen Krieg auszulösen. Das bildet den Kern der nationalen Frage in Deutschland.

Die Revanchepolitik der westdeutschen Imperialisten, die eine wachsende Gefahr für den europäischen Frieden darstellt und den Graben zwischen den beiden deutschen Staaten ständig vertieft, bildet auch das Haupthindernis jeder Demokratisierung der Bundesrepublik.

Eine Seite des Kampfes gegen Militarismus und Revanchepolitik ist in letzter Zeit stärker in den Vordergrund getreten, das ist die Frage nach den Wegen zur deutschen Wiedervereinigung. Hier hat sich die von Adenauer und Erhard praktizierte „Politik der Stärke“ besonders deutlich als unreal und aussichtslos erwiesen. Der Plan der Wiedervereinigung Deutschlands zu den von Bonn diktierten Bedingungen — also durch Annexion der DDR — herbeiführen, ist kläglich zusammengebrochen.

Es wird immer mehr sichtbar, daß nur auf dem Wege der Entspannung, der Abrüstung und der Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten reale Voraussetzungen für die Wiedervereinigung geschaffen werden können.

Von größter Bedeutung im Prozeß des Kampfes um eine wahrhaft friedliche und demokratische Ordnung in der Bundesrepublik sind alle Fragen, die mit dem Schutz der Verfassung und der demokratischen Volksrechte, mit der Verwirklichung und der Erweiterung der Demokratie verbunden sind. Hier stehen die fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik zunächst vor der Aufgabe, den bisher gefährlichsten Anschlag auf die in der Verfassung proklamierten demokratischen Rechte, die Notstandsgesetze zu verhindern, die die Regierung noch in diesem Winter durchsetzen will. Mit Hilfe dieser Ausnahmegesetze wollen sich die Machthaber diktatorische Vollmachten sichern.

Die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte überhaupt sind in ihrem Widerstand gegen die Notstandsgesetze dadurch geschwächt, daß die Führung der Sozialdemokratischen Partei, trotz heftiger Opposition in den eigenen Reihen, der Regierung direkte Unterstützung und Mitarbeit bei den Notstandsgesetzen gewährt. So sind die sozialdemokratischen Führer den Gewerkschaften in den Rücken gefallen, die sich gegen die Notstandsgesetze wenden. Von der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion hängt es aber ab, ob die verfassungsändernde Grundlage für die Notstandsgesetze im Parlament angenommen wird, wozu eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Da die SPD über mehr als ein Drittel der Abgeordneten verfügt, könnte sie ohne weiteres diese verfassungswidrigen Gesetze zu Fall bringen. Sehr wichtig ist jetzt, ob es gelingt, die zahlreichen guten Beschlüsse großer Industriegewerkschaften, vor allem der IG Metall und der IG Chemie, zur Grundlage machtvoller Protestaktionen gegen die Notstandsgesetze zu machen, um sie zu Fall zu bringen.

Im Ringen um demokratische Verhältnisse in der Bundesrepublik hat die KPD auch solche Forderungen aufgestellt wie: Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit; Säuberung der Armee, Justiz, Polizei, Verwaltung von Kriegsverbrechern und leitenden Funktionären des Naziregimes; Sicherheit der Bürger vor Polizei- und Justizwillkür, Amnestie für die Opfer der politischen Gesinnungsjustiz, freie Betätigung aller demokratischen Organisationen. Selbstverständlich spielt auch die Forderung nach voller Wiederherstellung der Legalität der KPD eine wichtige Rolle und findet zunehmende Unterstützung.

Wir fordern die Verwirklichung der verfassungsmäßigen Rechte der Länder, eine Finanzreform, die ihnen und den Gemeinden einen höheren Anteil an staatlichen Einkünften sichert; Beseitigung der monopolistischen Konzentration in der Presse und demokratische Kontrolle über den Rundfunk und das Fernsehen.

Aber unserer Meinung nach dürfen sich die Arbeiterklasse und die ande-

ren demokratischen Kräfte nicht darauf beschränken, für die Verteidigung noch vorhandener oder die Wiederherstellung der bereits ausgehöhlten verfassungsmäßigen Rechte zu kämpfen. Sie müssen sich vielmehr — auf der Grundlage der nie verwirklichten Forderungen der Verfassung — für die Erweiterung und den Ausbau der Demokratie, vor allem für das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und der Gewerkschaften im Betrieb und der Gewerkschaften im Betrieb und der Wirtschaft einsetzen. Das hängt eng mit der Frage zusammen, wie die Arbeiterklasse Einfluß auf das gesamte politische Leben nimmt. Da die gegenwärtige Führung der SPD eine Vertretung der Arbeiter- und Volksinteressen durch ihren Druck auf die sozialdemokratischen Abgeordneten verhindert, müssen die Gewerkschaften bestrebt sein, selbst unmittelbar auf Politik und Gesetzgebung einzuwirken und auch die parlamentarische Vertretung ihrer Forderungen zu sichern. Unsere Partei fordert die organisierte Arbeiterschaft auf, sich dafür einzusetzen, daß die Abgeordneten, die Gewerkschaftsmitglieder sind, die gewerkschaftlichen Beschlüsse zur Richtschnur ihres Handelns machen. Außerdem sollten die Gewerkschaften nur solche Kandidaten unterstützen, die die Gewähr bieten für eine aktive Vertretung der Arbeiterinteressen.

Ein weiterer bedeutender Fragenkomplex im Kampf um eine echte demokratische Ordnung in der Bundesrepublik ist der Schutz der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Werktätigen durch Verwirklichung tiefgreifender sozialer Reformen.

Neben den unmittelbaren Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit, des Urlaubs usw. — bewegen die Werktätigen auch viele andere soziale Probleme. Weit verbreitet ist unter ihnen die Empörung darüber, daß der gesellschaftliche Reichtum ungerecht verteilt ist; die Unzufriedenheit mit der gesteigerten Arbeitsintensität und der außerordentlich hohen nervlichen Belastung, der steigenden Zahl der Unfälle und der wachsenden Frühinvalidität; die Empörung über die Rechtlosigkeit und menschenunwürdige Behandlung im kapitalistischen Betrieb, die Beunruhigung und wachsende Un-

sicherheit im Hinblick auf die möglichen Folgen der Automation (Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, Minderung des Einkommens).

Es braucht nicht erst betont zu werden, daß die KPD für alle Forderungen der Arbeiter, darunter auch für die gewerkschaftlichen Forderungen, eintritt. Unsere Partei ist bestrebt, den Werktätigen zu zeigen, daß ihre Forderung nach einer gerechteren Einkommensverteilung, nach einem „größeren Stück vom Kuchen“, auf die entscheidende Schranke der Herrschaft des Monopolkapitals und des Militarismus stößt. Zwar ist die Regierung gegenwärtig noch immer imstande, nicht zuletzt im Hinblick auf die im Herbst 1965 fälligen Bundestagswahlen, bestimmte soziale Zugeständnisse zu machen, da die Staatseinnahmen noch ansteigen. Aber lebensnotwendige Reformen, so die Überwindung der skandalösen Rückständigkeit im Schulwesen oder im Gesundheitswesen, werden solange undurchführbar bleiben, als die Mittel nicht durch eine radikale Herabsetzung der Rüstungsausgaben und eine erhöhte Besteuerung des Großkapitals beschafft werden. Ebendeshalb schlug das Plenum des ZK der KPD im Dezember 1964 eine radikale Änderung des Steuersystems vor, um die Lage der Werktätigen durch eine höhere Besteuerung der Konzerne und des Vermögens der Millionäre zu verbessern. So erhält heute der Kampf um ernsthafte soziale und kulturelle Reformen in hohem Grade eine antimilitaristische und antimonopolistische Richtung.

Unserer Meinung nach erlangen im **Kampf der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Kräfte um die Einschränkung und schließliche Überwindung der Monopolherrschaft zwei Forderungen eine wachsende Bedeutung.** Das ist die Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, Angestellten und ihrer Gewerkschaften in Betrieb und Wirtschaft und die nach Nationalisierung bestimmter Schlüsselindustrien und marktbeherrschender Unternehmen. Beide Forderungen werden nicht nur von unserer Partei, sondern auch von den Gewerkschaften erhoben. Hier ist besonders bemerkenswert, daß es der rechten

Führungsgruppe in der SPD, die diese traditionellen sozialen Reformforderungen der deutschen Arbeiterbewegung über Bord geworfen hat, nicht gelungen ist, die Gewerkschaften davon abzubringen. Bedauerlicherweise sind die Vorschläge der Gewerkschaften bisher nur deklarativ Natur; es gibt keine gewerkschaftliche Kampagne für ihre Durchsetzung.

Deshalb hat unsere Partei vorgeschlagen, daß den Betriebsräten und Gewerkschaften das Recht eingeräumt wird, in allen Fragen der Produktion, in Lohn- und Arbeitszeitfragen, Personalangelegenheiten, Sozial- und Urlaubsfragen, bei der Festlegung der Investitionen und Beteiligungen, der Dividenden und Abschreibungen voll mitzubestimmen. Die gewerkschaftliche Forderung nach Überführung bestimmter Schlüsselindustrien und marktbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum sollte unserer Meinung nach neben dem Steinkohlenbergbau und der gesamten Energiewirtschaft die Rüstungsindustrie, die Atom- und Elektroindustrie, die Großchemie, die Stahlindustrie sowie die Großbanken und großen Versicherungsgesellschaften umfassen. Auf der 4. Tagung des ZK der KPD erklärte dazu der Erste Sekretär des ZK der KPD, Genosse Max Reimann: „Wir wollen die Nationalisierung, um die Macht der Monopole einzuschränken, damit die Reichtümer der Nation und nicht einer privilegierten Minderheit dienen. Das erfordert, daß die Konzernvertreter aus ihren beherrschenden Stellungen in den Vorständen und Aufsichtsräten der Betriebe der öffentlichen Hand entfernt und eine demokratische Kontrolle und Verwaltung unter maßgeblicher Mitwirkung der Gewerkschaften, der Parlamentsvertretungen und anderer demokratischer Organisationen gesichert werden.“ Was die Frage der Entschädigungen betrifft, so hat sich unsere Partei bereits auf ihrer Konferenz im Jahre 1960 dafür ausgesprochen, daß eine Entschädigung der Eigentümer und besonders die volle Entschädigung der kleinen und mittleren Aktionäre erfolgen sollte. Wir lassen uns hierbei auch von dem bekannten Gesichtspunkt von Marx und Engels leiten, daß unter bestimmten Bedingungen

ein „Auskaufen“ der bürgerlichen Eigentümer für die Arbeiterklasse am günstigsten sein kann.

Die KPD sucht diesen Veränderungen Rechnung zu tragen, indem sie konkrete soziale und ökonomische Forderungen für diese Schichten entwickelt und ihre gegen die reaktionäre Wirtschaftspolitik und gegen die Monopole gerichteten Bewegungen unterstützt.

Um die westdeutsche Arbeiterschaft und die anderen werktätigen Schichten für den Kampf um diese antimonopolistischen Forderungen zu gewinnen, bedarf es großer Anstrengungen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist die

Herstellung der Aktionsgemeinschaft mit den sozialdemokratischen Mitgliedern und Organisationen, in der wir die erste Verpflichtung aller unserer Parteiorganisationen und jedes einzelnen Kommunisten erblicken. Wir sind bemüht die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten vor allem auf dem Boden der Gewerkschaften und auf der Grundlage der positiven gewerkschaftlichen Beschlüsse zu entwickeln. In diesem Streben lassen wir uns auch nicht durch die Führung der SPD beirren, deren Politik in Lebensfragen der westdeutschen Bevölkerung den Interessen des Monopolkapitals und seiner Regierung entspricht.

Zu den schulpolitischen Forderungen der KPD

Von OSKAR NEUMANN

Genosse Max Reimann hat auf der 4. Tagung des Zentralkomitees die Grundfragen unserer nationalen Politik und die Aufgaben im Bundestagswahlkampf 1965 dargelegt. Zugleich ist dem Zentralkomitee der Entwurf der schulpolitischen Forderungen der KPD zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Welcher Zusammenhang besteht hier?

Genosse Max Reimann hat nachgewiesen, daß für die gegenwärtige Situation der Bundesrepublik die Tatsache kennzeichnend ist, daß sich ein umfassendes staatsmonopolistisches System herausgebildet hat. Eines seiner typischen neuen Merkmale besteht darin, daß das staatsmonopolistische System alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens durchdringt und dabei auch die geistige und kulturelle Entwicklung einer monopolistischen Beherrschung und staatlichen Regulierung unterwirft, die gegenüber der Vergangenheit viel raffinierter und zugleich intensiver geworden sind. Sie werden mit ökonomischen, politischen und ideologischen Mitteln durchgeführt, um die herrschende Kultur zu möglichst totaler Geltung zu bringen, das Klassenbewußtsein der Arbeiter möglichst tief zu verschütten, die humanistischen Traditionen im Denken der Werktätigen zu untergraben. Das ist eine große Gefahr. Aber gerade

auch auf geistigem und kulturellem Gebiet gilt zugleich die Feststellung, die im Referat des Genossen Max Reimann begründet worden ist: Dieses staatsmonopolistische System kann nicht stabil sein. Es muß labil sein, weil es mit den Interessen der Arbeiterklasse und aller nichtmonopolistischen Schichten des Volkes in immer schärferen Widerspruch gerät.

Dieses System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist auch im Bereich der Ideologie, des Geistes und der Kultur alles andere als modern. Es paßt nicht mehr in unsere Zeit. Es ist überreif zur Ablösung. Das wird nirgendwo deutlicher als hier auf deutschem Boden, wo ihm ja in Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik die humanistische und wissenschaftliche Zukunft, die sozialistische Übereinstimmung der individuellen und der gesellschaftlichen Interessen bereits staatlich organisiert entgegentritt. Das bedeutet, daß der monopolkapitalistischen Unkultur, die in der Bundesrepublik herrscht, in Deutschland auch eine herrschende Kultur der Arbeiterklasse, eine humanistische und sozialistische Schule und Wissenschaft, Kunst und Literatur gegenübersteht. Das macht die Unerträglichkeit, die Überlebensfähigkeit des in der Bundesrepublik herrschenden Systems auch im

geistigen und kulturellen Bereich so deutlich. Nicht zuletzt — das bestätigt die gesamte Auseinandersetzung, die

sich im Laufe der letzten Zeit über die Bildungskatastrophe entwickelt hat — gilt das auf dem Gebiet der Schule.

Bildungs- statt Rüstungspolitik

Der Publizist Sebastian Haffner hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Bonner Bildungspolitik, ebenso wie die Außen-, Militär- und Innenpolitik, letzten Endes überhaupt nur unter einem Gesichtspunkt begriffen werden kann: Die Regierungen Adenauer und Erhard treffen ihre sämtlichen Entscheidungen im Hinblick auf den Ausbruch eines dritten Weltkrieges! Das ist tatsächlich so. Darum hat Krone auf dem Gelsenkirchener Kulturkongreß der CDU erklärt, die Ausgaben für Strauß — Strauß war damals noch Kriegsminister — seien die Kulturausgaben der CDU. Darum hat Berg, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, noch wenige Wochen vor dem 13. August 1961 die Notrufe von Lehrern, Hochschulprofessoren und Wissenschaftlern zynisch zurückgewiesen und vor dem Kuratorium Unteilbares Deutschland erklärt, es sei doch viel billiger, die akademischen Nachwuchskräfte „in der Zone“ ausbilden zu lassen und sie dann „heim ins Reich“ zu holen.

Daraus wurde nichts. Darum mußten in den letzten Jahren die geradezu ungeheuerlichen Versäumnisse der westdeutschen Bildungspolitik, das katastrophale Zurückbleiben auch in der materiellen und strukturellen Entwicklung der Schule als Bildungsnotstand offenbar werden.

Bundeskanzler Erhard hat auf dem Hamburger Kulturkongreß der CDU zu bestreiten versucht, daß die Begriffe Bildungsnotstand und Bildungskatastrophe zu Recht bestünden. Das konnte ihm um so weniger gelingen, als inzwischen selbst aus den Reihen der CDU — ich erinnere an Dr. Picht mit seiner Artikelserie in „Christ und Welt“ — unwiderlegbare Beweise dafür vorgebracht wurden, daß die Lage der westdeutschen Schule in der Tat nur als Bildungskatastrophe gekennzeichnet werden kann. Die Tatsachen sehen nach ausschließlich offiziellen Statistiken und Berechnungen so aus: Der Nachholbedarf für bauliche, materielle und personelle Ausstattung

beträgt 50 Milliarden D-Mark. Selbst Genossen haben Zweifel geäußert, ob diese Zahl nicht vielleicht verschrieben sei und es nicht bloß Millionen heißen müsse. Aber es sind wirklich 50 Milliarden — also ziemlich genau die Summe, die in den letzten Jahren für Rüstungsaufträge in die Tresore der westdeutschen Konzerne geflossen ist.

Die jährlichen Ausgaben für Volksbildung und Wissenschaft liegen jetzt bei 7 Milliarden. Sie müßten mindestens sofort verdoppelt werden — und sie lägen dann immer noch weit hinter den Pro-Kopf-Leistungen, die die Deutsche Demokratische Republik dafür aufbringt. Wenn man sie auf die Bundesrepublik umrechnet, dann müßte jährlich eine Summe von 25 Milliarden für Schule und Wissenschaft ausgegeben werden. Aber das ist eben die Summe, die die Regierung Erhard für den kalten Krieg und für die Vorbereitung des heißen Krieges aufwendet.

Dadurch ist die Bundesrepublik nicht nur gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Ländern, sondern auch gegenüber den kapitalistischen Konkurrenten in Westeuropa, gegenüber allen vergleichbaren kapitalistischen Industriestaaten in der Entwicklung ihres Schul- und Bildungswesens hoffnungslos zurückgefallen. Das geht soweit, daß inzwischen selbst aus den Unternehmervverbänden und aus der Bundeswehr, ja sogar aus dem Hohen Klerus Alarmrufe und Forderungen nach Verbesserungen kommen. Was man dort unter „Verbesserungen“ versteht, bedeutet in Wirklichkeit, die Jugend brauchbarer als Ausbeutungsobjekt, williger als Kanonenfutter zu machen. Man will einige materielle und strukturelle Verbesserungen, die sich im Hinblick auf die Entwicklung der modernen Technik nicht länger abweisen lassen. Und man will zugleich die Jugend desto fester in den Griff bekommen, sie desto intensiver mit dem Ungeist des Revanchismus, Militarismus und Klerikalismus erfüllen.

Wie steht dazu die SPD mit ihren bildungspolitischen Leitsätzen? Was die materielle Seite angeht, so verlangt die SPD mehr Geld.

Aber seit Erlers Erklärung, es gebe keine obere Grenze für die Rüstungsausgaben, und erst recht seit der Zustimmung zur atomaren Aufrüstung vermag die SPD nicht darauf zu antworten, woher sie das Geld nehmen will. Was die Struktur der Schule angeht, so haben offensichtlich erfahrene sozialdemokratische Fachleute mit Erfolg die Entwicklung in der DDR studiert. Sie gelangen deshalb für die Schulstruktur zu durchaus brauchbaren Ergebnissen, die auch unseren Vorschlägen und Forderungen zumeist sehr nahekommen.

Aber das reicht eben nicht aus, ja dabei fehlt das Entscheidende. Ulrich Lohmar, der Schulexperte der Bundestagsfraktion der SPD, überschreibt seinen Artikel zu den bildungspolitischen Leitsätzen: „Man muß wissen, was man will.“ Lohmar und seine Freunde loben die „Ideologiefreiheit“ ihres Bildungsprogramms und behaupten, es entspreche den Bedürfnissen der Zukunft für die Kommandostellen der NATO, für die automatisierte Industrie und für die mechanisierte Landwirtschaft. Aber ein Bildungsziel, das den Interessen des Generalstabs, der Konzernherren und der kapitalistischen Großgrundbesitzer entspricht, ist ein staatsmonopolistisches Bildungsprogramm gegen die Interessen der Arbeiter, der Bauern und der humanistischen Geistesschaffenden.

Der Beschluß des Karlsruher Parteitages zu Bildungsfragen kann den wirklichen Notwendigkeiten nicht gerecht werden. Denn er wurde gefaßt auf der Grundlage des von der Wehner- und Erlergruppe vollzogenen Übergangs auf die Positionen des staatsmonopolistischen Systems, verbunden mit der Befähigung seiner Ziele und seiner Methoden. das heißt mit der Befähigung der Aggressionspolitik und des Vorgehens in der Phase der Vorbereitung auf den Revanchekrieg. Die angebliche Ideologiefreiheit der bildungspolitischen Richtlinien der SPD stellt sich in Wirklichkeit als Verzicht auf die humanistische Ideologie, als

Preisgabe des Widerstands gegen die herrschende Unkultur dar. Ich sage ausdrücklich: als Verzicht auf jede humanistische Ideologie, nicht etwa nur auf die Ideologie der Arbeiterklasse. Denn man muß sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, was einmal bürgerlich-demokratische deutsche Schulreformer geschrieben und gefordert haben. Vor einem Jahrhundert schrieb Diesterweg: „Einst wird eine Zeit kommen, in der man die Schwerter wirklich in Sicheln verwandeln wird, das heißt, eine Zeit, welche all den Millionen, die jetzt auf Krieg und Kriegsmaschinen verwandt werden, die Bestimmung geben wird, die Bildung des Menschen zum Menschen zu fördern.“

Haben etwa die sozialdemokratischen Pädagogen und die sozialdemokratischen Genossen in den Elternbeiräten und in den Jugendorganisationsen, ja ich gehe noch weiter: haben alle sozialdemokratischen Schulräte und Kulturminister diese Traditionen vergessen? Nein. Der Widerspruch geht in dieser Frage quer durch die ganze sozialdemokratische Partei und er reicht hinein bis in die Regierungsmannschaft. Im Geiste dieser humanistischen Tradition kritisierte Prof. Walter Jens im bildungspolitischen Ausschuß des Karlsruher Parteitages die Richtlinien als die „längste Aneinanderreihung von Belanglosigkeiten.“ Und Waldemar von Knoeringen schreibt mit einem offenen Seitenhieb auf die Formulierer der bildungspolitischen Leitsätze, bei aller Bedeutung des Bildungsganges müsse es das Entscheidende sein und bleiben, den neuen Bildungsinhalt zu formulieren und durchzusetzen. Genau das aber tut das bildungspolitische Programm des Karlsruher Parteitages nicht.

Hier wird die von keiner anderen Partei zu erfüllende Rolle unserer schulpolitischen Forderungen deutlich: Sie sind von einem neuen Bildungsinhalt her bestimmt; sie sind Teil unserer gesamten nationalen Friedenspolitik. Die schulpolitischen Forderungen der KPD sind ein notwendiger Bestandteil unseres gesamten Kampfes gegen das staatsmonopolistische Sy-

stem. Darum und nur darum kann unser Schulprogramm sowohl die geistigen als auch die materiellen und strukturellen Erfordernisse eines modernen, wissenschaftlichen und humanistischen Bildungswesens darstellen und die Frage beantworten, wie sie zu erfüllen sind.

Beispiel und Maßstab dafür hat die Deutsche Demokratische Republik gesetzt. Dem gegenüber ist die westdeutsche Schule unerhört veraltet und zurückgeblieben. Aber sie ist nicht nur das. Sie ist zugleich ein unerhört gefährliches Instrument der geistigen Kriegsvorbereitung. Lehrer und Schüler, Unterricht, Schulleifern und Freizeitbeschäftigung, Jugendliteratur, Funk und Fernsehen — alles ist umklammert von Apparaten zur Lenkung und Beeinflussung im Sinne des Antikommunismus und Militarismus, des Chauvinismus und des Revanchedenkens.

Das von der Bundeswehrführung herausgegebene Material „zur psychologischen Rüstung“ — so steht es offiziell im Titel! — geht nicht nur in die Kasernen, sondern auch an die Schulen als Leitmaterial für den staatspolitischen Unterricht. So soll die Forderung des Bundespräsidenten Lübke verwirklicht werden, daß die Schule den jungen Menschen bereits im geistigen Zustand des Staatsbürgers in Uniform an die Kaserne abzuliefern habe. Dort soll dann seine „Weiterbildung“ bis zu der Bereitschaft führen, auf Deutsche zu schießen. Diese Bereitschaft wird in der Schule vorgebildet. Darum ist von den Kulturministern, auch in den sozialdemokratisch regierten Ländern, das Prinzip der ostkundlichen Durchdringung des Unterrichts sanktioniert und für verpflichtend erklärt worden. Die Leitungszentren dieses ostkundlichen Unterrichts und der Ostforschung sind typische Instru-

mente des staatsmonopolistischen Systems. Da sind sie alle im trauten Verein beisammen — die Konzernspitzen mit Ostinteressen, die Deutsche Bank und die IG Farben, Siemens und Flick; dazu kommen die Herren der Bonner Ministerialbürokratie und die Vertreter der Kontaktstellen der Bundeswehr; dazu gehören schließlich ausgesuchte Vertreter der Schul- und Hochschulverwaltungen. In jeder dieser Kategorien sitzen die erprobten Fachleute des Hitlerfaschismus, die Propagandisten der Volk-ohne-Raum-Theorie, die Blut- und Boden-Ideologen, die Organisatoren des Rassismus und des Völkermordens, die alten Spezialisten des Spionagedienstes, jetzt genannt „Ostspezialisten“. Welch ungeheure Gefahr sich hier vor allem für unsere Jugend entwickelt hat, wird erst so recht deutlich, wenn man aus dem Anleitungsorgan „Deutsche Ostkunde“, das jetzt bereits im 10. Jahrgang erscheint, einen Überblick über die Vielfalt und das Raffinement der revanchistischen Aktivität gewinnt. Das geht buchstäblich vom Briefmarkensammeln und Singen über Ausstellungen und Vorträge bis zur Verwendung modernster elektronischer Lerngeräte, um eine — ich zitiere wörtlich aus dem Juniheft 1964 — „lustbetonte“ Verbreitung des Gifts zu sichern. So wird die Jugend, wie es die offizielle Programmatik der ostkundlichen Durchdringung des Unterrichts vorschreibt, auf „eine neue Ausfahrt im Auftrage Europas“ vorbereitet.

Mit dieser Zielsetzung ist keinerlei humanistische Grundlage des Unterrichts vereinbar. Von dort her kommt die Zerstörung der Wissenschaftlichkeit des Unterrichts. Von dort her dringt der Rassismus, die faschistische Ideologie vor. Von dort her kommt der ganze Zug des mittelalterlichen und der Dunkelmännerei.

Erfahrungen aus der Diskussion des Entwurfs für die praktische Arbeit nutzen

In dem schulpolitischen Dokument unserer Partei ist dargestellt, wie sich die Kräfte des Widerstands gegen diese Gefahren, gegen die Zerstörung des Rechts unserer Jugend auf Bildung entwickeln. Wir konnten dabei auf viele wertvolle Erfahrungen aus der Diskussion um den Entwurf der schul-

politischen Richtlinien zurückgreifen, die im Laufe des Jahres 1964 geführt wurde und in weit über hundert Berichten und Vorschlägen ihren Niederschlag fand.

Was hat sich dabei vor allem gezeigt? Von sehr großer Bedeutung ist die Tatsache, daß wir in der Partei

überall dort, wo der Entwurf der Richtlinien ernsthaft zum Gegenstand der Arbeit gemacht wurde, weit mehr Genossinnen und Genossen in wichtigen schulpolitischen Funktionen als Elternbeiräte, Mitglieder von Schulvereinen, Lehrer, Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft feststellen konnten, als den Leitungen vorher bekannt war. Wir haben Fälle, wo Grundorganisationen in Wohngebieten gerade mit der Orientierung auf die schulpolitische Arbeit zu einer stärkeren Aktivität in ihrer gesamten politischen Tätigkeit gekommen sind. Das Wesentlichste aber ist wohl, daß wir uns davon überzeugen konnten: Wo Genossinnen und Genossen auf der Linie unserer schulpolitischen Vorschläge auftreten und wirksam werden, gewinnen sie rasch das Vertrauen vieler parteiloser und sozialdemokratisch orientierter Eltern. Sie verschaffen sich Ansehen und Unterstützung bei Lehrern und erlangen auch Autorität bei leitenden Persönlichkeiten aus Schule und Schulverwaltung, die oft durchaus bereit sind, wirksamen Druck von unten nach oben weiterzugeben. Die Widersprüche, die das staatsmonopolistische System gegenüber den Volksinteressen aufreißt, führen also dazu, daß Labilitäten und Spannungen bis weit hinein in den Staatsapparat auftreten. Damit eröffnen sich für die Arbeiterklasse große neue Möglichkeiten, um mit Hilfe von Lehrern und Rektoren, Schulräten und Beamten aus den Schulverwaltungen der Städte und Gemeinden einen Druck gegen die Tendenzen der herrschenden Unkultur und des Ungeistes zu entwickeln. Von nicht geringer Bedeutung sind dabei auch die Möglichkeiten, durch Leserbriefe und Zuschriften in die öffentliche Diskussion über den Schulnotstand einzugreifen, der sich selbst die bürgerliche Presse, der Rundfunk und das Fernsehen in jüngster Zeit nicht mehr zu entziehen vermögen.

Damit unsere schulpolitischen Forderungen zur Anleitung im praktischen Handeln werden, ist es notwendig, sie überall mit dem konkreten Leben, mit den besonderen Tatsachen, mit den speziellen Erfordernissen der betreffenden Schule, der Gemeinde oder Stadt zu erfüllen. So werden sie

zu einem wirklichen Instrument unserer politischen Massenarbeit.

Nun hat in einer Aussprache ein Genosse die Auffassung vertreten, das ganze Programm sei sehr gut, aber eben in der Massenarbeit würden wir bei den Eltern und Lehrern mit dem Abschnitt über die DDR nicht ankommen. Warum ist diese Meinung so falsch? Gerade die schulische Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik ist doch das stärkste Argument, die wirkungsvollste Tatsache, die die Kräfte des Fortschritts in Westdeutschland überhaupt für ihre Auffassungen ins Feld führen können. Zum Teil tun das sogar bürgerliche Kritiker der Schulkatastrophe.

Nehmen wir die Dinge doch einmal ganz praktisch! In vielen Fragen wird zunächst Meinung gegen Meinung stehen. Wenn zum Beispiel jemand sagt: „Ihr schimpft über die Einklassenschulen auf dem Land; sie sind wirklich nicht gut, aber man kann sie eben nicht beseitigen“, so könnten wir ohne die DDR darüber mit ihm theoretisch streiten. Die DDR aber gibt uns die Möglichkeit, ihm zu sagen: Lieber Freund, lassen wir die Tatsachen über unsere Meinungsverschiedenheit entscheiden! Wir fahren zusammen in die Deutsche Demokratische Republik. Dann gehen Sie auf die letzten Dörfer im Thüringer Wald oder Sie suchen im letzten Winkel von Mecklenburg, ob Sie eine einklassige Volksschule finden. Und wenn Sie keine gefunden haben, dann seien Sie bitte so nett und sprechen Sie bei uns in der Gewerkschaft, im Elternbeirat oder im Schulverein über Ihre Erfahrungen und über die Tatsache, daß die DDR in der Praxis bewiesen hat, daß man einklassige Dorfschulen abschaffen kann!

Oder nehmen wir ein anderes Problem: Es besteht Einigkeit darüber, daß es in der Bundesrepublik nur sehr wenige Nachwuchskräfte mit wissenschaftlicher Bildung aus der Arbeiterklasse und aus der Bauernschaft gibt. Nun kommt Prof. Müller und sagt, das hänge einfach damit zusammen, daß die Oberschichten nach oben gekommen sind, weil sie klüger sind; infolgedessen seien eben auch die Kinder der herrschenden Schichten die Begabteren. Sollen wir darüber theoretisch streiten? Das können wir auch.

Aber es ist viel einfacher, einem Vertreter solcher Auffassungen zu sagen: Komm mit in die Deutsche Demokratische Republik! Wir gehen zu den Universitäten nach Greifswald oder Jena, fragen die Studenten nach ihrer Herkunft und lassen uns statistische Unterlagen dazu geben. Wir werden feststellen, daß die Mehrzahl der Studenten Arbeiter- und Bauernkinder sind. Dann vergleichen wir unsere Ergebnisse mit den Statistiken der Universitäten etwa in Hamburg oder München. Wie will unser Gegner die Unterschiede erklären? Will er behaupten, die SED habe in zwanzig Jahren bereits die ererbten Anlagen der Kinder umgewandelt? Wenn nicht, dann muß die Arbeiter-und-Bauern-Macht den gleichmäßig im ganzen deutschen Volk vorhandenen Begegnungen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik neue Aufstiegsmöglichkeiten erschlossen haben. Sie beweist damit, daß unsere Forderung, daß das Verlangen der westdeutschen Jugend nach der gleichen Chance real ist und mit der Veränderung der Machtverhältnisse auch in der Bundesrepublik seine Verwirklichung finden wird. Dabei hilft uns die moderne Schule in der DDR, allseitig in die Offensive zu kommen; denn sie ist die praktische Wider-

legung der falschen Elitetheorien; sie ist der praktische Beweis für die Möglichkeit einer umfassenden Volksbildung auf hohem wissenschaftlichem Niveau, im Geiste des Humanismus — und jeder Mensch, der guten Willens ist, ist jederzeit eingeladen, sich in der Deutschen Demokratischen Republik von dieser Wirklichkeit zu überzeugen.

Wenn jetzt die DDR ihr Schulwesen zu einem einheitlichen sozialistischen Bildungssystem weiterentwickelt, so erreicht sie damit einen Stand, der unter kapitalistischen Verhältnissen nicht möglich ist. Aber an diese Entwicklungsrichtung können und müssen wir im Kampf um die Beseitigung des Bildungsnotstands und für eine demokratische Schulreform in der Bundesrepublik Anschluß finden. Darum begnügen wir uns in unseren schulpolitischen Forderungen und in unserer praktischen Arbeit nicht mit dem Nächstliegenden und Aktuellsten, sondern verbinden es mit der weiterführenden Perspektive. Sie ist bestimmt von der Entwicklung zu einer demokratischen und humanistischen Schule und weiter zu einer wirklich modernen wissenschaftlichen, das heißt sozialistischen Volksbildung. Es ist die Perspektive der Entwicklung zur gebildeten sozialistischen Nation in ganz Deutschland.

Neue Aufgaben und Lösungswege im Bildungssystem der DDR

VON CARLO MATTHAEI

„Das vornehmste Recht, die erste Pflicht der Bürger unseres sozialistischen Staates ist das Denken, das Lernen, das Begreifen der objektiven Gesetze in Natur und Gesell-

schaft, das Suchen und Forschen nach dem Neuen, das Verbinden von Denken und schöpferischer Arbeit.“¹⁾

I.

Im Jahre 1964 erschienen in der DDR die „Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“, die von einer Staatlichen Kommission unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexander Abusch ausgearbeitet und der Öffentlichkeit zur Diskussion übergeben wurden.

¹⁾ Erich Apel „Programm für die schöpferische Arbeit von Millionen (Begründung des Volkswirtschaftsplanes 1965) ND 15. 1. 1965 / Beilage

Diese „Grundsätze“ entstanden auf der Grundlage des Programms des Sozialismus, das der VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen hat. Sie sind der Versuch, die dort vorgezeichneten Entwicklungsrichtlinien für das Bildungssystem genauer zu bestimmen und bis in Einzelheiten hinein zu verfolgen.

Die „Grundsätze“ entstanden als eine Gemeinschaftsarbeit vieler Wissenschaftler zahlreicher Fachdisziplinen,

von Lehrern und Staatsfunktionären. Sie zeigen die Richtung, in der sich nach sorgfältiger Vorbereitung und Sicherung aller notwendigen Voraussetzungen das einheitliche sozialistische Bildungssystem schrittweise entwickeln soll. Die „Grundsätze“ beziehen sich also auf einen längeren Entwicklungszeitraum. Ihnen liegt die Absicht zugrunde, auch für das Gebiet des Bildungswesens prognostisch vorzugehen, d. h. sich die Anforderungen und Möglichkeiten zu vergegenwärtigen, die in den kommenden Jahrzehnten bestehen und von dort aus die Inhalte von Bildung und Erziehung sowie die organisatorische Gestalt des Bildungssystems von den Einrichtungen der Vorschulerziehung bis zu den Universitäten und Hochschulen zu bestimmen.

Über die „Grundsätze“ hat als ein Ausdruck der lebendigen Demokratie des sozialistischen Staates eine monatelange öffentliche Diskussion stattgefunden. An ihr haben sich Tausende von Werktätigen, Lehrern und Hochschullehrern mit Vorschlägen, Eingaben und einer Vielzahl von Diskussionsbeiträgen in der Tages- und Fachpresse beteiligt. Sowohl die Gewerkschaften als auch eine Reihe von Vereinigungen volkseigener Betriebe haben ihre Meinung vorgebracht. Diese wertvollen Anregungen werden sorgfältig beachtet. Mit Recht gehen die „Grundsätze“ von den international vielfach anerkannten Erfolgen der

Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung aus.

Diesen Schritt — ein einheitliches sozialistisches Bildungssystem mit dem Ziel einer weiteren Erhöhung des Bildungsniveaus des Volkes zu schaffen — kann die DDR gehen, weil durch eine kontinuierliche und planmäßige Bildungspolitik bereits heute ein vorbildlicher Entwicklungsstand erreicht ist. Dieser Erfolg war möglich, weil die Macht vom Volk selbst — unter Führung der Partei der Arbeiterklasse — ausgeübt wird, weil die imperialistischen und militaristischen Kräfte entmachtet wurden. Die Erziehungsaufgaben des Volksbildungswesens sind nur zu verstehen als ein untrennbarer Teil der gesamten gesellschaftlichen Umwälzungen, die sich nach 1945 auf dem Gebiet der DDR vollzogen haben.

Der erste und entscheidende Schritt auf diesem Wege, der 1945 begann, war die Befreiung der Schulen und Hochschulen von den verhängnisvollen Einflüssen des Imperialismus, Faschismus, Militarismus. Zugleich wurden durch die Schaffung eines einheitlichen, weltlichen und staatlichen Bildungssystems Zug um Zug die Bildungsprivilegien beseitigt, und die Kinder des Volkes in Stadt und Land wie auch die Werktätigen selbst ergriffen Besitz von Bildung und Kultur, die ihnen im kapitalistischen Deutschland vorenthalten waren.

Welche neuen Probleme drängen nach einer Lösung?

Durch vielfältige geschichtliche Erfahrung wird die Notwendigkeit bestätigt, den Inhalt dessen, was durch Bildung und Erziehung an die heranwachsende Generation vermittelt wird, ständig an den neuen Erkenntnissen und Entwicklungsrichtungen auf allen Lebensgebieten — Wissenschaft und Technik, Staat und Kultur, um nur einige zu nennen — zu überprüfen. Das ist der entscheidende Grund für die jetzigen Überlegungen.

Die Kinder und Jugendlichen sollen eine wahrhaft moderne und umfassende Bildung erhalten. Daher wird begonnen, das Bildungswesen inhaltlich auf die bereits erkennbaren Anforderungen der Gesellschaft an den

Menschen — insbesondere auf die Erfordernisse der Fortschritte in Wissenschaft und Technik zu orientieren. Hinwendung zu den tatsächlichen Anforderungen des Lebens an den Menschen und allseitige Entwicklung der Persönlichkeit sind eine Einheit.

Maßstab für den Wert von Bildung und Erziehung ist vom Standpunkt der Gesellschaft und vom Standpunkt des Individuums die tatsächliche Bewährung im Leben, die Fähigkeit und die Bereitschaft, das Leben unserer Zeit nicht nur zu verstehen, sondern es mitzubestimmen, es zu gestalten. Die entscheidenden Antriebe für die Fortentwicklung des Bildungswesens sehen wir also im Leben und hier wiederum

vor allem in der Produktion als der Grundbedingung der menschlichen Existenz.

In der Diskussion über die „Grundsätze“ ist wiederholt gefragt worden, ob eine Betonung des mathematisch-naturwissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Bildungsinhaltes nicht doch eine Vernachlässigung der gesellschaftswissenschaftlichen und ästhetischen Bildung bedeute.

Diese Frage muß man mit einem klaren Nein beantworten. Es geht weder im jetzigen noch im projektierten Bildungswesen der DDR um die Ausbildung einseitiger „Technokraten“, sondern im Sinne der besten nationalen Traditionen unseres Volkes und im Interesse jedes einzelnen Menschen um die Bildung allseitig entwickelter Persönlichkeiten mit hoher allgemeiner und solider spezieller, d. h. beruflicher Bildung. Daher werden in den „Grundsätzen für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ als die wesentlichen Elemente der Allgemeinbildung die mathematisch-naturwissenschaftliche, die gesellschaftswissenschaftliche, und die sich auf Technik, Technologie und Ökonomie beziehende polytechnische Bildung und Erziehung ebenso wie die mutter- und fremdsprachliche, die staatsbürgerliche und politische, die sittliche, ästhetische und körperliche Bildung und Erziehung und die Gesundheitserziehung genannt.

Alle diese Bildungsbereiche werden durch Unterrichtsfächer und andere Bildungsveranstaltungen in der Oberschule, dem grundlegenden Schultyp

für jede weiterführende Bildung, vertreten sein.

Von der genannten Problematik leiten sich eine Vielzahl von Einzelfragen ab, so etwa die Formen der Verbindung von Theorie und Praxis, von Bildung und Erziehung mit dem Leben, von Unterricht und produktiver Arbeit, die Einheit von wissenschaftlicher Bildung und sozialistischer Erziehung, die Begabungsförderung usw.

Neue Überlegungen sind auch erforderlich für die Struktur des Bildungssystems. Wesentliches Ziel ist dabei, höchst effektive Wege aufzubauen, durch die Herbeiführung von Kontinuität und Einheitlichkeit im Bildungsgang. Einheitlichkeit heißt nun nicht Normierung oder Typisierung. Die wesentlichen Merkmale des Gedankens der Einheitlichkeit sind

- einmal, daß allen Kindern des Volkes unabhängig von Weltanschauung, Rasse, Religion und sozialer Stellung eine gleiche Grundausbildung, man könnte vielleicht auch sagen Allgemeinbildung, im Geiste des Humanismus, der Völkerfreundschaft, der Friedensliebe und des Sozialismus geboten wird,
- zum anderen, daß jedem Kind entsprechend seiner Befähigung und Leistung durch die Struktur des Bildungswesens und gegebenenfalls durch materielle Hilfen die Möglichkeit geboten ist, von der niedrigsten Stufe des Bildungssystems zur jeweils nächsthöheren Stufe bis zu den höchsten Bildungsstätten, den Hochschulen und Universitäten zu gelangen.

Die neuen Seiten des Einheitsschulgedankens

Welche neuen Akzente weist der Einheitsschulgedanke, wie er in den „Grundsätzen“ vertreten wird, aber nun gegenüber dem bestehenden Einheitsschulsystem auf?

Zunächst muß man wohl mit Nachdruck hervorheben, daß er alle wertvollen Elemente der bisherigen Entwicklung in ihrem vollen Inhalt einschließt, die „Grundsätze“ also auch hier die organische Kontinuität zum bisher Erreichten betonen.

Neue Momente scheinen mir jedoch folgende zu sein:

- 1 Es wird inhaltlich neu gefaßt, was nach den gegenwärtigen und bereits erkennbaren künftigen gesellschaftlichen Erfordernissen an den Menschen in Wissenschaft, Technik, Kultur, Ideologie, Staatsleben usw. unter der für alle Kinder des Volkes gemeinsamen Grundausbildung (Allgemeinbildung) zu verstehen ist. Hierhin gehört nicht nur der Gedanke einer allgemeinen Niveauförderung,

erhöhung — qualitativ verstanden — und auch die Aufnahme berufsbildnerischer Elemente in diese Grundausbildung für alle (berufliche Grundausbildung), sondern auch der, die inhaltliche Kontinuität von Bildung und Erziehung in allen Stufen tatsächlich herzustellen und damit bedeutende Zeit- und Kraftreserven im Bildungssystem zu erschließen.

2. Die 1958/59 begonnene Entwicklung fortführend, wird der Umfang dieser Grundausbildung für alle Kinder des Volkes erweitert. Das geschieht dadurch, daß Oberschulbildung — also eine zehnjährige Ausbildung — für alle Kinder gefordert und ermöglicht wird.
3. Ausdrücklich wird betont, daß gemäß den Erfordernissen der Gesellschaft sowie den Fähigkeiten und Wünschen jedes einzelnen immer breiteren Kreisen des Volkes eine Fach- und Hochschulausbildung ermöglicht werden soll. Unter anderem bedeutet das, die Zahl der Abiturienten gegenüber heute erheblich zu erhöhen.

Gleichzeitig gingen die Mitglieder der Staatlichen Bildungskommission von der auch in den „Grundsätzen“ formulierten Erkenntnis aus, daß Einheitlichkeit in den grundlegenden allgemeinen Bildungsinhalten zwar Einheitlichkeit in den für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit erforderlichen Grundlagen des Wissens und Könnens erfordert, aber die Notwendigkeit und die Möglichkeit zu einem differenzierten Aufbau des Bildungssystems keineswegs ausschließt. Denn: Einheitlichkeit in den Bildungsinhalten heißt nicht Gleichförmigkeit und Gleichartigkeit, sondern Gleichwertigkeit der Bildung und Erziehung des einzelnen, aufbauend auf den notwendigen und gleichartigen Fundamenten. Je höher demnach die einzelnen Stufen des einheitlichen Bildungswesens sind, um so stärker kann es differenziert werden. Die weitestgehende Differenzierung tritt ein mit der speziellen Berufsausbildung, mit der Ausbildung an Fachschulen, Hochschulen und Universitäten.

Die grundlegenden Bestandteile des einheitlichen sozialistischen Bildungs-

systems sind demzufolge die Einrichtungen der Vorschulerziehung, die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die Einrichtungen der Berufsausbildung, die zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtungen, die Ingenieur- und Fachschulen, die Universitäten und Hochschulen, die Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen sowie Sonderschuleinrichtungen für Kinder mit physischen und psychischen Schädigungen.

Für alle Kinder des Volkes besteht zehnjährige Oberschulpflicht. Damit wird das Recht aller Kinder und Jugendlichen auf Oberschulbildung gesichert. In bestimmten Fällen ist es auch möglich, die Oberschulbildung in Einrichtungen der Berufsausbildung oder der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen zu beenden.

Besonderes Augenmerk wird in den „Grundsätzen“ und in künftigen Regelungen den zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtungen gewidmet, um einen ständig größer werdenden Kreis von jungen Menschen den Weg zur Hochschulreife zu eröffnen. Absolventen der Oberschule können die Hochschulreife durch den Besuch der erweiterten polytechnischen Oberschule oder durch den Besuch von Abiturklassen in Einrichtungen der Berufsausbildung erwerben. Diese Einrichtungen sollen die Schüler in Zukunft — aufbauend auf einem wesentlich erhöhten Niveau des Oberschulabschlusses — in zwei Jahren zur Hochschulreife führen und gleichzeitig eine berufliche Ausbildung vermitteln. Darüber hinaus sollen Ausbildungsmöglichkeiten für die Erwachsenen durch Betriebsakademien, durch dörfliche Bildungseinrichtungen und Volkshochschulen weiter ausgebaut werden.

Alle diese Maßnahmen werden das Bildungswesen der DDR in einem noch höheren Maße zum Vorbild für das Bildungswesen ganz Deutschlands machen. Sie dienen dem Ziel, die Aufgaben der technischen Revolution unter den sozialistischen Bedingungen der Deutschen Demokratischen Republik zu meistern und eine feste Gemeinschaft wirklich freier, sozialistischer Persönlichkeiten zu schaffen.

Vor 30 Jahren an der Saar

Aktuelle Lehren aus einer Periode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Vor 30 Jahren lieferten deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten im Saargebiet in geeinter Front der Hitlerdiktatur einen erbitterten Kampf. Am 13. Januar 1935 entschied sich die unmittelbare Zukunft des Saargebietes, das, nach dem 1. Weltkrieg dem Einfluß des deutschen Imperialismus entrissen, von einer Kommission des Völkerbundes regiert wurde. Vor den deutschen Antifaschisten stand die Frage, wie die Auslieferung des Saargebietes an Hitlerdeutschland verhindert werden konnte.

Es war ein ungleicher Kampf, den KPD und SPD damals zu führen hatten. Die nazistische Propaganda überflutete das kleine Gebiet, der als „Deutsche Front“ getarnten Naziorganisation flossen riesige Geldmittel für ihre Agitation zu. Alle bürgerlichen Parteien, an ihrer Spitze die stärkste des Saargebietes, das Zentrum, ließen sich gleichschalten. Viele ihrer Anhänger unterlagen schon lange vor der Abstimmung dem Druck des Naziterrors sowie der Furcht vor Konzentrationslager, Kerker und Folterungen. Mit der demagogischen Losung: „Heim zum Reich, heim zum Vaterland!“ spekulierten die Nazis nicht ohne Erfolg auf die patriotischen Gefühle auch jener Teile der Bevölkerung, die dem Nazismus ablehnend gegenüberstanden.

In dieser Situation galt es für die revolutionäre Vorhut der deutschen Arbeiterbewegung, die KPD, der Arbeiterklasse und allen Werktätigen zu sagen, welche Lehren aus der verhängnisvollen Entwicklung zu ziehen waren, die zum Hitlerfaschismus geführt hatte. Welche Antwort sollte für den Abstimmungstag den Bürgern des Saargebietes vorgeschlagen werden? Die Kommunistische Partei der Saar proklamierte in einem Aufruf an die Bevölkerung die Aktionslosung: „Für status quo – Schlagt Hitler an der Saar!“

Die Teilnehmer an einer Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung der KP des Saargebietes erinnern sich noch sehr gut der dramatischen Ausein-

andersetzung um die Frage, welche konkreten Schritte zur Entfaltung einer breiten Volksbewegung unternommen werden mußten, um das Saargebiet als eine Bastion des deutschen Freiheitskampfes gegen Hitler-Deutschland zu erhalten.

In dieser Sitzung erläuterte Genosse Walter Ulbricht die geschichtliche Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens von KPD und SPD. Die Einheitsfront an der Saar allein sei imstande, eine breite Widerstandsbewegung gegen den Nazismus zu entfalten. Er verwies auf die hoffnungsvollen Abmachungen zu einem einheitlichen Vorgehen von Kommunisten und Sozialdemokraten in Hessen. Dort hatten sich, auf der Basis eines gemeinsamen Kampfprogramms, die Bezirksleitungen der SPD und KPD zusammengefunden. Genosse Ulbricht wies auf die Feststellungen des Genossen Wilhelm Pieck hin, daß – trotz des Massenhasses gegen die Nazis – so wenig Kampffaktionen gegen sie zustandekamen, „weil es dem deutschen Proletariat an der Einheit im Kampf fehlt, weil es noch immer gespalten ist, noch immer nicht seine Kräfte gemeinsam gegen seinen Feind, den Hitlerfaschismus, einsetzt.“

Herbert Wehner, damals Mitglied des ZK der KPD, heute stellvertretender Vorsitzender der SPD, wandte sich in dieser Aussprache gegen den von Walter Ulbricht vertretenen Vorschlag des ZK der KPD, keine Zeit mehr zur Auslösung einheitlicher Kampffaktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten zu verlieren. Wehner trat gegen die Herstellung einer Einheitsfront mit der SPD auf. Dabei bediente er sich solcher Argumente wie: Die Sozialdemokraten sind zu feige, darum kann man mit ihnen nicht erfolgreich kämpfen. Mit ihnen ist nichts anzufangen. Die haben nichts gelernt und alles vergessen. Im übrigen war nach seiner Meinung die Herstellung der Aktionseinheit mit der SPD eine „rechtsopportunistische“ Politik. Nach seiner Meinung liege das Schwergewicht kommunistischer Einheits-

front-Politik auf der organisatorischen Eingliederung der sozialdemokratischen Parteimitglieder in der KPD. Walter Ulbricht antwortete deutlich: „Die KPD fordert keine Vorbedingungen von den sozialdemokratischen Genossen für das Zustandekommen einer Einheitsfront. Sie fordert nur den Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, diesen gemeinsamen Feind aller Arbeiter, fortschrittlichen und friedliebenden Menschen. Wir Kommunisten“, so hob er hervor, „sind bereit, zur Herstellung der Aktionseinheit für den Kampf um die nächstliegenden Ziele der Arbeiterklasse alle prinzipiellen Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen. Wir setzen uns vorbehaltlos und uneingeschränkt für den gemeinsamen Kampf mit den sozialdemokratischen Klassengenossen ein.“

Entschieden wies Genosse Walter

Ulbricht in der Auseinandersetzung auch solche Ansichten Wehners zurück, die SPD habe keine Bedeutung mehr im Klassenkampf, durch die Aktionseinheit würde ihr schwindendes Ansehen aufgewertet. Ebenso scharf wandte er sich gegen die Auffassung, Aktionseinheit bedeute, die Sozialdemokraten sollen aufhören, Sozialdemokraten zu sein. „Wir sind bereit“, so umriß Walter Ulbricht die Stellung der Kommunisten, „auf der Basis der zu schaffenden Einheitsfront mit jeder Organisation, jeder Gruppe zusammenzugehen, die für den status quo, gegen den Anschluß an Hitlerdeutschland ist, ganz gleich, welche politischen oder weltanschaulichen Auffassungen diese Organisationen oder Gruppen vertreten mögen; denn nicht für oder gegen Deutschland steht die Frage, sondern für oder gegen Hitler!“

Der vergeßliche Wehner

In seinen Erinnerungen bemerkt Wehner, unter vollkommener Verdrehung der Tatsachen: „Aus dem Einblick, den . . . mir Gespräche mit saarländischen Funktionären vermittelt haben, zog ich (hervorgehoben von d. Verf.) den Schluß, unmittelbar zu versuchen, eine Veränderung des Verhältnisses der Partei zur Sozialdemokratie herbeizuführen . . . und den Kampf gegen die Sozialdemokraten als Hauptaufgabe der Partei zu betreiben, zu unterbinden.“ Das ist, mit Verlaub zu sagen, eine grobe Geschichtsklitterung. Dafür liefert Wehner selbst den Beweis. Wie sonst kann es passieren, daß ihm, mit seinem ausgezeichneten Gedächtnis für Personen, Fakten und Vorgänge, ausgerechnet jene Sitzung des Bezirkssekretariats der KPD, an der Genosse Walter Ulbricht teilnahm, so völlig aus

der Erinnerung gekommen ist? Diese sonderbare Gedächtnisschwäche erweist sich nur als ein dummreister Versuch, seine damalige, gegen die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Genossen gerichtete Haltung zu vertuschen. Für den heutigen stellvertretenden Vorsitzenden der SPD muß die Erinnerung daran allerdings recht peinlich sein.

Die von Walter Ulbricht vertretene Linie des ZK der KPD überzeugte die Teilnehmer der Sitzung, Wehner beugte sich und übte „Selbstkritik“. Die Wurzeln seiner falschen Einstellung zur Einheitsfrontpolitik aber lagen tiefer. Das sollte sich später in dem Verhalten dieses Pseudokommunisten zeigen, das ihn an die Seite der Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung führte.

Die Einheitsfront wies den Weg

Am 2. Juli 1934 wurde zwischen den Bezirksleitungen der KP und der SP der Saar ein Einheitsfrontabkommen abgeschlossen. Festgelegt wurden ein gemeinsamer Kampfaufzug an die Werktätigen, eine Einheitsfrontkundgebung in Saarbrücken und ein gemeinsamer Kampftag für die Befreiung Ernst Thälmanns und aller antifaschistischen Gefangenen. Das Eis war

gebrochen. Ein erstes Aufatmen ging durch die Massen der Werktätigen an der Saar. Ein Sammeln der aktiven antifaschistischen Kräfte gegen die bisher übermächtige und fast allein das Feld beherrschende „Deutsche Front“ setzte ein.

Was damals in dem ersten gemeinsamen Aufruf von der KP und der SP

des Saargebietes gesagt wurde, hat auch für heute eine aktuelle Bedeutung:

„Weil wir unser deutsches Volk lieben, weil wir es vor neuen Kriegsverbrechen bewahren und weil wir es aus der modernen Leibeigenschaft des reaktionären Kapitalismus unserer Tage befreien wollen – deshalb kämpfen wir für die Niederlage und den Sturz der Hitlerdiktatur. Die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei des Saargebietes haben beschlossen, gemeinsam den Kampf gegen den Anschluß des Saargebietes zu führen und für das Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht der deutschen Saarbevölkerung zu kämpfen.“

Drängt sich nicht der Vergleich zur Notstandsgesetzpolitik von heute auf, wenn in diesem auch von dem Führer der saarländischen Sozialdemokraten, Max Braun, unterzeichneten gemeinsamen Appell zu lesen ist:

„Kämpft für die Versammlungs-, Demonstrations-, Presse- und Koalitionsfreiheit, gegen die Faschisierung von Verwaltung, Justiz und Exekutive und deren Terror gegen die Antifaschisten!“

Gleichzeitig wurde die gegen die KPD verbreitete Behauptung zurückgewiesen, sie wolle in der Einheitsfront die SPD zum Verzicht auf ihre Selbständigkeit veranlassen.

„Die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei erklären, daß sie ungeachtet ihres Willens, die Aktionseinheit der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter herzustellen, ihre prinzipielle Auffassung über das Ziel und Taktik der sozialistischen Arbeiterbewegung und ihre organisatorische Selbständigkeit aufrecht erhalten.“

Diesem Aufruf zur Einheitsfront folgten Taten. Durch die sich entfaltende antifaschistische Massenbewegung gerieten die Reihen der „Deutschen Front“ in Verwirrung. Das Klassenbewußtsein und damit der Kampfegeist der Arbeiter stiegen. Die Faschisten waren nicht mehr die Herren der Straße. Das Leben selbst bestätigte Walter Ulbrichts Feststellung,

daß die Einheitsaktion lebensnotwendig für die Arbeiterklasse ist, und widerlegte die sektiererische Auffassung Wehners „von der Feigheit der sozialdemokratischen Genossen, mit denen nichts anzufangen“ sei. Mehr noch, die Einheitsfront mobilisierte über die Reihen der Arbeiterklasse hinaus auch andere Schichten der Bevölkerung. So bildete sich der „Christlich-Soziale-Volksbund“ unter der Losung: „Kampf gegen Hitler! Kampf dem Neuheidentum!“

Immer besser wurde durch die Arbeit der Einheitsfront die enge Verflechtung der Fragen des kleinen Saargebietes mit den großen Fragen für oder gegen einen neuen Völkermord, für oder gegen den Untergang in die Barbarei, für oder gegen kulturellen Aufstieg und Wohlfahrt der Massen verstanden. Das widerspiegelte auch eine Massenkundgebung von über hunderttausend Männern und Frauen, Sozialisten und Christen in Sulzbach am 27. August 1934. Warnend erhoben die Versammelten ihre Stimme und riefen nach Hitler-Deutschland hinüber: **Allein der Sturz der Hitler-Diktatur kann dem deutschen Volk eine friedliche Zukunft bringen.** Der katholische Pater Dörr, der außer dem Vertreter der KPD und dem sozialdemokratischen Genossen Max Braun sprach, führte aus: „Ich begrüße die Initiative der Kommunisten bei der Herstellung der Front aller freiheitsliebenden Saarländer. Ich begrüße die Erklärung der Kommunisten über ihre Stellung gegenüber dem katholischen Bevölkerungsteil. Ich weiß, sie werden ihr Wort halten, denn sie haben es nie gebrochen.“

Einen weiteren Erfolg errang die Einheitsfront, als sie beim Völkerbund für den Fall des Sieges des status quo, also des Nichtanschlusses der Saar an Hitler-Deutschland, die Festlegung einer zweiten Abstimmung durchsetzte. Diese sollte nach dem Sturz der Hitlerdiktatur den dann selbstverständlich gewordenen Anschluß an Deutschland erreichen. Damit war der Schwindel der „Deutschen Front“-Propaganda widerlegt, status quo bedeute „ewige“ Trennung von Deutschland. Die 80 000 Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteiloosen, die am 6. Januar 1935 in einer riesigen Demon-

stration durch Saarbrücken zum Sportplatz Kieselhumes zogen, waren fest davon überzeugt, daß ihre Abstimmung ein Schlag gegen Hitler und seine Auftraggeber in den Konzernen und Banken bedeutet. Heute zweifelt niemand mehr daran, welch ein Schlag der Sieg

des status quo für die Militaristen und ihre monopolistischen Auftraggeber gewesen wäre.

Nahezu fünfzigtausend Frauen und Männer fanden am 13. Januar 1935 den Mut, dem Hitlerfaschismus ihr Nein entgegenzuschleudern.

Der mutige Wehner ...

Für die Leitung der Kommunistischen Partei gab es am Tage nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses nur eine Sorge: die Reihen der Parteien der Einheitsfront zu festigen, die Genossen auf die kommende Illegalität vorzubereiten und den Kampfmuth der Antifaschisten zu stärken. Alle führenden Genossen wurden verpflichtet, auf Kundgebungen zu sprechen. Alle, bis auf Wehner, folgten dem Ruf der Partei. Er, der die sozialdemokratischen Arbeiter als Feiglinge beschimpft hatte, trat nicht auf der Kundgebung in Neunkirchen auf, wo er sprechen sollte. Auf Beschluß des Sekretariats der Kommunistischen Partei, Bezirk Saar, sprang Genosse

Otto Niebergall, Gauführer des roten Frontkämpferbundes, ein. Trotz des wütenden Eingreifens der Landjäger demonstrierten die Versammlungsteilnehmer durch Verbrennen einer Hakenkreuzfahne ihren unbeugsamen Willen, den Kampf gegen den Hitlerfaschismus fortzusetzen. Wehner zog es vor, sich nach Forbach in Frankreich zu begeben. In der Fülle der sich überstürzenden Ereignisse fand sein unwürdiges Verhalten nicht genügend Beachtung. Erst im weiteren Verlauf seiner Entwicklung sollte sich zeigen, daß kleinbürgerliche Feigheit im Kampf mit dem Klassenfeind das Motiv des Verhaltens dieses „Kommunisten“ war.

... und seine Wandlungen

Wehner fing 1923 an, sich – wie er sagte – für Politik zu interessieren. Er schloß sich damals in Dresden der anarchistischen „Syndikalistischen Arbeiterföderation“ an. 1927 trat er in Dresden der KPD bei. Redegewandt, erschlich er sich das Vertrauen seiner Genossen, die ihn in den Sächsischen Landtag als Abgeordneten der KPD wählten. Die Partei berief ihn auf höhere Funktionen und vertraute ihm wichtige Arbeiten an. Nach der Macht ergreifung des Faschismus gab er, wie oben dargestellt, eine Gastrolle im Saargebiet und ging dann auf Weisung des ZK der KPD nach Moskau. Dort erhielt er 1941 den ehrenvollen Auftrag, zur illegalen Arbeit nach Hitlerdeutschland zu gehen. Anfang 1942 wurde er in Stockholm von der schwedischen Polizei festgenommen.

Wie es zur Verhaftung Wehners kam, ist aus den Protokollen seiner Vernehmungen bei der schwedischen Polizei ersichtlich. In einem Rapport der schwedischen Untersuchungsorgane vom 4. April 1942 heißt es: „Wehner habe oft die Frau des verhafteten deutschen Kommunisten namens Josef Wagner besucht, womit auch der Anlaß

zu erklären ist, daß er in ihrer Wohnung festgenommen wurde.“ So spielte sich Wehner, der wußte, daß die Wohnung des Verhafteten unter polizeilicher Beobachtung stand, absichtlich aus Angst vor der Schwere des illegalen Kampfes selbst in die Hände der schwedischen Polizei. So handelte der Mann, der im Saargebiet sozialdemokratische Arbeiter bezichtigte, feige zu sein; der von jedem Kommunisten mit äußerster Strenge Hingabe im Kampf gegen die braunen Todfeinde der deutschen Arbeiterklasse verlangte.

Vor der schwedischen Polizei gab Wehner alles und alle preis. Die Namen der vielen Genossen, die ihm bei seiner illegalen Tätigkeit geholfen hatten, ihn vor den Verfolgungen der Polizei schützten und ihm, dem illegalen, Unterkunft gewährten, fielen durch seine Aussagen in die Hände der Gestapo. Aus der Fülle der Beweise dafür seien hier nur einige angeführt: In einer von ihm unterzeichneten Aussage – einer von vielen – vor der schwedischen Polizei vom 12. April 1942 teilte er mit, daß er eine aus etwa 30 Mitgliedern bestehende Organisa-

tion in Hitler-Deutschland gebildet habe. Er schreckte nicht davor zurück, Aussagen über die Arbeit der illegalen KPD-Gruppen zu machen. Seine detaillierte Schilderung der Arbeit der Illegalen in allen Teilen Deutschlands und in den von den Nazitruppen okkupierten Ländern, soweit sie ihm bekannt war, gab der Gestapo später wertvolle Hinweise. Ihr fielen alle seine Aussagen durch einen ihrer Mittelsmänner in der schwedischen Polizei in die Hände.

Verhaftet wurde auch durch seine Angaben die Schwedin Solveig Hannson. Sie allerdings - mutiger als Wehner - weigerte sich, der Polizei irgendwelche Angaben über ihre politische Arbeit zu machen!

Die Genossin Charlotte Bischoff, von Wehner zur illegalen Arbeit nach Berlin geschickt, schilderte nach 1945, wie ihr ergangen war: „Dort angekom-

men, erfuhr ich von meiner Mutter, daß sich die Gestapo sehr angelegentlich nach mir erkundigt hatte.“ Weiter teilte sie mit: „Als Genosse Wilhelm Knöchel (Mitglied des ZK der KPD) vom Ausland nach Hitlerdeutschland kam, berichtete er mir, daß Wehner zum Verräter geworden sei. Auch über meine Reise und meine Aufträge habe er alle Einzelheiten ausgesagt. Später erfuhr ich, daß Wehners Aussagen über meine Reise nach Deutschland groß aufgemacht 1943 in der schwedischen Zeitung „Stockholms Tidningen“ erschienen waren.“

Wehner wußte, was er tat. Ihm war klar, daß die Arme der Gestapo weit reichten und daß er mit jeder seiner Aussagen die illegale Kampffront gegen die Hitlerdiktatur schwächte und durch Preisgabe von Namen viele Genossen den nazistischen Terrorbanden überantwortete.

Aus den Akten der Gestapo

In den Akten der Gestapo, Staatspolizeileitstelle Hamburg, mit dem Aufdruck „Geheim“, vom 10. September 1942, findet sich die Bestätigung für unsere Feststellungen. Dort heißt es:

„Im Februar 1942 ist Wehner in Stockholm festgenommen worden. Er hat angegeben, daß ihm die Aufgabe übertragen worden sei, den Wiederaufbau der Partei im Reich vorzunehmen.

Wehner hat in seiner Vernehmung (bei der schwedischen Polizei, Anm. d. Verf.) u. a. angegeben, daß er Charlotte Bischoff im Juni 1941 als Instrukteurin nach Deutschland geschickt hat... Er hat auch die zweifellos zutreffende Aussage gemacht, daß Josef Wagner ebenfalls ins Reich geschickt worden ist. Das ist von mehreren Seiten bestätigt worden... auch Wehner spricht in seiner Vernehmung davon, daß die zentrale Berliner Leitung Verbindung mit Wagner aufnehmen würde.“ Gezeichnet Teege, Kriminalsekretär.

Des weiteren gab Wehner - wie aus diesen Gestapo-Akten hervorgeht - eine bis ins einzelne gehende Personalbeschreibung des Genossen Gyptner, über Körpergröße, Augenfarbe usw. Das mag genügen, denn es beweist

hinlänglich die Charakter- und Prinzipienlosigkeit, ja den offenen Verrat dieses Mannes, dessen Weg vom einstigen Anarchosyndikalisten über die Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung hinweg zum Informator der faschistischen Polizei und konsequenterweise zum bedenkenlosen Bejäger der NATO-MLF, der Notstandsgesetze und der vollen Wiedererrichtung des Generalstabs der alten deutschen Militäristen führt.

Vor 30 Jahren war, wie wir gesehen haben, der „Kommunist“ Wehner Gegner einer Einheitsfront mit der SPD. Heute ist er als einer der maßgeblichen Führer der SPD Gegner einer Einheitsfront mit der KPD in Westdeutschland und der SED. Er will durch seine Haltung jene unglückselige Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung zementieren, die es den deutschen Imperialisten und Militaristen ermöglichte, zweimal in diesem Jahrhundert verheerende Weltkriege vom Zaune zu brechen.

Walter Ulbricht, der Erste Sekretär des ZK der SED vertritt heute wie vor drei Jahrzehnten eine Politik, die den Lebensinteressen der Arbeiter dient. Er schlug der SPD einen Verständigungsfrieden mit der SED und den Gewerkschaften in beiden

deutschen Staaten vor; der, wie er sagte, so wie die Dinge heute nun einmal liegen, die einzige Möglichkeit der schrittweisen Überwindung der deutschen Spaltung darstellt. Er ist der

Schlüssel zur Lösung der nationalen Frage. Von ihm hängt der Frieden in Deutschland und für Deutschland und die Möglichkeit einer Wiedervereinigung ab.

Junge Genossen fragen, WISSEN UND TAT antwortet

„Was ist eigentlich staatsmonopolistischer Kapitalismus?“

So fragten junge Genossen in der Diskussion über das Referat der 4. Tagung des Zentralkomitees. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir erst kurz untersuchen, was monopolistischer Kapitalismus (Monopolkapitalismus) ist.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts kam es infolge des kapitalistischen Konkurrenzkampfes und der Entwicklung der Technik zu einer raschen Steigerung der Zahl der Großbetriebe und ihres Anteils an der Gesamtproduktion. Ein immer größer werdender Teil der Arbeitskräfte und der Produktionsanlagen gehörten solchen Großbetrieben. Diesen Prozeß nennen wir Konzentration der Produktion. Für die so entstehenden kapitalistischen Großbetriebe ist es notwendig, den Markt zu beherrschen, um den Absatz zu sichern und die Preise diktieren zu können. Darum wollen sie ihre Konkurrenten entweder ausschalten oder mit ihnen zu Vereinbarungen über Produktion und Absatz kommen. So bildeten sich schließlich um die Jahrhundertwende in den entscheidenden Industriezweigen Kohle, Eisen, Stahl, Chemie — aber auch im Bankwesen — kapitalistische Riesenunternehmen, die in ihrem Bereich Produktion und Markt ganz oder fast vollständig beherrschen: Monopole. Dabei verschmelzen die Monopole der Industrie und der Banken ihre Kapitalien immer mehr: die Industriemonopole haben bei den Bankmonopolen gewaltige Einlagen und entwickeln zugleich einen Riesenhunger nach Kapital, das von den Bankmonopolen zur Verfügung gestellt wird. Aus diesem Verschmelzen des Kapitals der Industrie- und Bankmonopole geht das Finanzkapital hervor. Ein kleiner Klüngel von Finanzgewaltigen beherrscht nunmehr das ganze Wirtschaftsleben eines Landes.

Dieser Prozeß der Herausbildung des monopolistischen Kapitalismus vollzog sich in allen kapitalistischen Ländern, auch in Deutschland. Hier begann er zwar, infolge der verspäteten kapitalistischen Entwicklung Deutschlands, erst spät, verlief dann aber mit um so schnellerem Tempo, so daß Deutschland kurz nach der Jahrhundertwende das führende Land unter den monopolkapitalistischen Staaten Europas geworden war. Und wie war die Beziehung dieser Monopole zum kapitalistischen Staat? Der Staat, das heißt der ganze Apparat der Zwangs-anwendung nach innen und außen wie Armee und Polizei, dazu die Justiz und die Gesetzgebungsmaschine, der Beamtenapparat, war und ist stets ein Instrument in den Händen der jeweils herrschenden Klasse und folglich im monopolistischen Stadium des Kapitalismus Instrument der Monopole. Aber warum unterscheidet der Marxismus dennoch zwischen dem monopolistischen Kapitalismus im allgemeinen und dem staatsmonopolistischen Kapitalismus im besonderen? Weil bestimmte neue Erscheinungen eine solche Veränderung der Beziehungen zwischen den Monopolen und dem Staat bewirkten, daß — innerhalb des monopolistischen Entwicklungsstadiums des Kapitalismus — neue Erscheinungen festzustellen sind. Dieses Neue besteht nicht, wie manche Schönredner der Ausbeutung sagen, darin, daß der Kapitalismus sich wandelt oder gar verschwindet. Im Gegenteil: die Klassen bleiben, ihr Gegensatz spitzt sich zu, die

Ausbeutung bleibt und verschärft sich. Zur Sicherung ihrer Ausbeuterordnung lassen die Monopole durch ihre politischen Beauftragten sogar Notstands- und offen faschistische Regimes errichten (Deutschland 1933, Spanien 1936, vorher bereits Italien und Portugal usw.)

Worin besteht also das Neue? Die modernen Produktivkräfte, das heißt die modernen Produktionsanlagen und -methoden, die in den Riesenunternehmen eingesetzten Arbeiterarmeen haben ein solch gewaltiges Ausmaß angenommen, daß der Grundwiderspruch des Kapitalismus — der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung der Produktionsergebnisse — immer offenkundiger wird: die modernen Produktivkräfte, u. a. Wissenschaft und Technik, drängen zum gesellschaftlichen Eigentum, zur gesellschaftlichen Aneignung der Produktionsergebnisse: zum Sozialismus. Die Neuanlage moderner Produktionsstätten und -verfahren der Chemie, der Elektroindustrie und auf dem Gebiet der Atomenergie, die Erneuerung gewaltiger Stahlwerke usw. erfordern solche gewaltigen Mittel, daß das in den alten, kapitalistischen Formen nicht mehr möglich ist. So kommt es immer mehr zum Einsatz des kapitalistischen Staates unmittelbar selbst auf ökonomischem Gebiet und mit unmittelbar ökonomischen Mitteln zugunsten der Monopole. So wird zum Beispiel der Staatshaushalt immer mehr unmittelbar zum Haushalt der Monopole, wie sich besonders an der Steuer-, Investitions- kurz: Finanzpolitik des Staates zeigt. Darum nannte Lenin, als er die neuen Erscheinungen während des ersten Weltkrieges anhand der Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus in Deutschland untersuchte: staatsmonopolistischer Kapitalismus. Die ökonomische Wirksamkeit des Staates erhält dabei gegenüber früheren Formen, ein ganz anderes Gewicht: Sie erfaßt nicht mehr nur Teilbereiche, sondern das ganze Wirtschaftsleben. Der Staat selbst ist ein ökonomisches Instrument geworden. „Es ist ein einheitlicher, auf die Zentralisation aller Kräfte ausgerichteter Machtorganismus“ der Monopole und

ihres Staates entstanden (Siehe These 3).

Aus diesem Verschmelzungsprozeß der alten Monopole mit dem Staat ist so ein neuartiges, in seiner Wirksamkeit zugunsten der Konzernmilliardäre erheblich stärkeres Monopol entstanden. „Die grundlegende Ursache des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist also objektiver Natur und basiert auf der Notwendigkeit, den zum Sozialismus drängenden neuen Produktivkräften noch im Kapitalismus bestimmte Entwicklungsformen zu verschaffen, damit neue Profitquellen zu erschließen und die daraus entspringenden Kräfte und Möglichkeiten vorrangig auf die innere und äußere Befestigung des kapitalistischen Systems als Ganzes zu konzentrieren.“ (These 4)

Der staatsmonopolistische Kapitalismus stellt also den vergeblichen Versuch der Monopole dar, den durch die Entwicklung der Produktivkräfte herangereiften, notwendigen Übergang der Gesellschaft zum Sozialismus hinauszuzögern, zu verhindern.

Das alles gilt auch für die Bundesrepublik. Solche Monopole wie die Deutsche Bank, Siemens, Haniel, Mannesmann, die Dresdner Bank, Flick, AEG, Krupp, Degussa u. a. haben alle Schlüsselpositionen des Staats- und Regierungsapparats unmittelbar oder mittelbar durch ihre Vertrauensleute besetzt. Die Abs, Flick, Krupp, Röchling, die Thyssen-Damen, die Familie Haniel, die Leute von Siemens, Hoesch, Quandt u. a. schicken ihre Vertreter in das Wirtschaftskabinett der Regierung (dort sitzt zum Beispiel der Konzernboß Westrick). Sie sitzen im sogenannten Sachverständigenrat, in der Atomkommission (dort sind vertreten: die IG, Siemens, Haniel, Mannesmann u. a.), im Rationalisierungskuratorium, in den rund 100 Beiräten und Ausschüssen der Bonner Regierung.

Durch diese Verflechtung sind die Organisationen der Großkonzerne, vor allem der Bundesverband der Deutschen Industrie, immer mehr zu halbstaatlichen und staatlichen Instrumenten der Machtpolitik geworden. Immer mehr gehen die Initiativen zu Gesetzen von diesen Organisationen der Monopole aus. Der Direktor des Deutschen Industrie-Instituts, Losacker, erklärte darum bereits im Oktober 1959

In Bielefeld: „Heute sind die Verbände so mächtig geworden, daß sie... den Staat vor zwingende Gegebenheiten setzen können.“ (Vortragsreihe des Deutschen Industrie Instituts, 14. 12. 1959, Nr. 50)

Dies sind einige Bemerkungen zu der Frage junger Genossen, was staatsmonopolistischer Kapitalismus sei.

Aus den Erfahrungen der Partei

Massenarbeit fordert Verbesserung unserer Arbeit mit den Kadern

Zuschrift von Hermann Walter zum Artikel des Genossen Willi Mohn in „Wissen und Tat“, Nr. 11/12 1964

Gerade nach dem SPD-Parteitag stellten sich viele Sozialdemokraten und Gewerkschaftskollegen die Frage: Wie soll es weitergehen? Ein Teil unserer Genossen hat sich die Frage vorgelegt: Kann man jetzt noch mit Sozialdemokraten zusammenarbeiten? Ich meine, Wehner und Erler sind nicht die SPD. Es gibt viele sozialdemokratische Genossen sowie Organisationen, die eine positive Haltung gegen MLF und Notstandsgesetze einnehmen.

Genosse Mohn spricht in seinem Artikel das Sektierertum und die ungenügende ideologische Klarheit in unserer Partei an. Meine Erfahrungen aus Gesprächen mit SPD-Genossen haben mir gezeigt, daß nur gefühlsmäßig keine gute Politik gemacht werden kann, sondern nur eigene politische Klarheit zum Erfolg führt.

Als wir gemeinsam mit Sozialdemokraten den Entwurf zum Grundsatzzprogramm des DGB diskutierten, wurden Fragen des Staates, der Sozialpartnerschaft, Kapitalismus und Sozialismus behandelt. Es wurde heftig gestritten, fortschrittliche Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Ursache dieser Fehldiskussion war jedoch, daß ich als Kommunist selbst nicht diese Begriffe genau erklären konnte.

Einige Zeit später sammelten wir Unterschriften für die Legalität unserer Partei. Dabei wurden SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre aufgesucht. Auch hier wurde über Demokratie, Herrschaft der Arbeiterklasse und

Mehr über diese das ganze System des Kapitalismus erfassende und in allen entwickelten kapitalistischen Ländern herrschende heutige Erscheinungsform des Kapitalismus kann man entnehmen aus den als Beilage dieser Nummer von „Wissen und Tat“ abgedruckten „Thesen“: „Imperialismus heute – der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland“.

Notstandsgesetze diskutiert. Genossen, die über wenig theoretisches Wissen verfügten, lehnten es von vornherein ab, bei dieser Aufgabe mitzumachen. Wir waren überrascht, über welche Fragen sozialdemokratische Funktionäre mit uns diskutierten. Sie wollten Auskunft von uns und mit besseren Argumenten überzeugt werden. Was wir erreichten, waren erste Resultate. Heute, nach gründlichem Studium des Marxismus-Leninismus ist mir vieles verständlicher. So ist es mir leichter, eine richtige und erfolgreiche Politik zu machen.

Oft ist eine Ursache des Sektierertums mangelndes Wissen. Deshalb ist Selbststudium und Studium überhaupt notwendig. Genauso verhält es sich bei falschen Einstellungen gegenüber der DDR, in dieser und jener Frage ihrer Politik. Solche Genossen, die noch nicht in der DDR waren bzw. nur kurz, lassen sich in der Diskussion oft in die Defensive drängen und reagieren falsch auf manche Maßnahme der DDR. Durch das Studium der Probleme des Aufbaus an Ort und Stelle kann jeder Genosse sich die notwendigen Kenntnisse erwerben, um die guten Ergebnisse der Politik im Staat der Arbeiter und Bauern allen richtig erklären zu können.

Dann wird man ermessen können, was für eine große Arbeit die SED-Genossen geleistet haben und wie groß ihre Hilfe für unseren Kampf ist. Die DDR zu verteidigen wird dann zu einem Herzensbedürfnis aller Genossen.

Bemerkung der Redaktion:

Wir danken dem Genossen für seinen Beitrag. Das Wort „Fehldiskussion“ halten wir nicht für richtig, denn er selbst und alle anderen Kollegen haben dazugelernt bzw. wissen jetzt, welche Probleme und Begriffe geklärt werden müssen.

Tatsachen aus der DDR

Erfolgreiche Wirtschaft 1964

Im Jahre 1964 wurden bedeutende Fortschritte bei der Verwirklichung des Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erzielt.

Das Wachstum der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1964 und ihre Stabilität wird dadurch charakterisiert, daß

- das Nationaleinkommen um 4,7 Prozent stieg und der Zuwachs nahezu so groß war wie in den Jahren 1962 und 1963 zusammen;
- in der Industrie die Produktion um 6,7 Prozent, die Arbeitsproduktivität um 6,5 Prozent erhöht und der Gewinnplan erfüllt wurde;
- die Bauproduktion um 7 Prozent zunahm;
- in der Landwirtschaft mit einem Zuwachs von 8 Prozent die bisher höchste Marktproduktion erreicht wurde;
- die Gütertransportmenge um 4 Prozent stieg;
- der Außenhandelsumsatz mit über 22 Milliarden Valuta-Mark um rund 10 Prozent höher lag als im Vorjahr;
- das Investitionsvolumen um 1 Milliarde Mark und damit um 6 Prozent größer war;
- auf der Grundlage der ökonomischen Ergebnisse das Realeinkommen der Bevölkerung um etwa 3 Prozent erhöht wurde.

Im Jahr 1964 wurden in der gesamten Volkswirtschaft 17,4 Milliarden Mark investiert. Das sind 6 Prozent

Wir möchten die richtige Erkenntnis hervorheben, den Marxismus-Leninismus zu studieren und dieses Studium aufs engste mit der Teilnahme am Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden. Das heißt, man muß ständig die Beschlüsse des ZK studieren, durchdenken und in der Praxis anwenden und verwirklichen.

bzw. 1 Milliarde Mark mehr als im Vorjahr. In weitaus stärkerem Maße als bisher sind die Investitionen auf die führenden Zweige der Volkswirtschaft konzentriert worden. Sie erhöhten sich in der chemischen Industrie um 12 Prozent und in der Energiewirtschaft um 11 Prozent. Der Investitionsplan wurde insgesamt zu 97 Prozent erfüllt. Bei den volkswirtschaftlich wichtigen Investitionsvorhaben ist eine höhere Planerfüllung zu verzeichnen.

Wohnung, Versorgung, Erholung und Bildung

Der Bevölkerung wurden 1964 rund 75 600 bezugsfertige Wohnungen übergeben. Fast 90 Prozent der Neubauwohnungen wurden industriemäßig produziert, darunter 24 Prozent in der Plattenbauweise.

Die Erfolge in der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1964 waren die Voraussetzungen für eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Das Realeinkommen stieg um etwa 3 Prozent. Die Geldeinkommen der Bevölkerung wuchsen gegenüber dem Vorjahr um rund 3,5 Milliarden Mark, darunter allein um 530 Millionen Mark durch Erhöhung der Rentenzahlungen. Mit den Geldeinkommen erhöhten sich auch die Spareinlagen. So wurden 1,5 Milliarden Mark mehr als im Vorjahr gespart.

Der Feriendienst des FDGB stellte 1,1 Millionen Ferienreisen zur Verfügung, während das Reisebüro der DDR 208 000 Inlandreisen (ohne Kurz- und Wochenendreisen) und 527 000 Reisen in das sozialistische Ausland vermittelte. Die Zahl der ausländischen Touristen stieg von 179 000 im Vorjahr auf 466 000.

13 Millionen Besucher nahmen an Theaterveranstaltungen, 2,7 Millionen an Konzerten und nahezu 33 Millionen

Besucher an Veranstaltungen der Kultur- und Klubhäuser teil. Die allgemeinen öffentlichen Bibliotheken zählten 2,6 Millionen Leser, das sind 17 Prozent der Bevölkerung über 6 Jahre.

Zweidreiviertel Millionen Fernsehabonnenten in der DDR

Das Jahr 1964 ist für die DDR zu einem großen Fernsehjahr geworden. 1965 verspricht nicht minder dazu beizutragen, das Fernsehen zu fördern und dem Perspektivziel von 1970 näher zu kommen, daß von fünf Familien vier ein Fernsehgerät besitzen. Um fast zehn Prozent steigt die Stückzahlproduktion der Geräte 1965 gegenüber diesem Jahr, so daß der Bedarf der Bevölkerung und zugleich die wachsende Exportnachfrage befriedigt werden dürfte.

Im Jahr 1964 hat die Bevölkerung mit rund 550 000 Fernsehgeräten etwa ebenso viele wie im Vorjahr erhalten. Mit fast 400 000 neuen Abonnenten bei der Post seit dem 1. Januar ist nun die Zahl der Fernsehteilnehmer auf zweidreiviertel Millionen angestiegen. 1958 waren es nur etwas mehr als 300 000. Fast 50 Prozent der Geräte, die geliefert wurden, besaßen bereits die 53er Bildröhre, und dieser Zug zum großen Rohr wird sich 1965 weiter verstärken: Die 43-Zentimeter-Röhre wird nur in geringem Maße angeboten werden. An ihre Stelle tritt die 47er Röhre als ein Hauptsortiment unter den 16 verschiedenen Typen, die der Handel zeigen wird. Beachtenswert ist, daß zum ersten Male in größerer Zahl Geräte mit der 59er „Linse“ zur Verfügung stehen werden.

2300 Delegationen an der Staatsgrenze

Die Staatsgrenze am Brandenburger Tor besichtigten 1964 rund 20 000 Gäste in über 2300 ausländischen Delegationen. Zahlreiche Gäste ehrten die im Dienst ermordeten Grenzsoldaten, indem sie Blumen an den Gedenkstätten niederlegten.

Eintragungen im Gästebuch des Stadtkommandanten beweisen Verständnis und Zustimmung der Besucher für die Sicherungsmaßnahmen der Regierung. Außer zahlreichen Gästen aus den sozialistischen Ländern kamen 285 Delegationen aus Frankreich, 84 aus Großbritannien, je 58 aus Finn-

land, Belgien, Italien, 55 aus Österreich und 52 aus Dänemark.

Neues ökonomisches System und sozialistische Demokratie

Das neue ökonomische System trägt einen ausgeprägt demokratischen Charakter. Zehntausende der besten Arbeiter, Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsfunktionäre und eine große Zahl Wissenschaftler haben unter der Leitung des Zentralkomitees unmittelbar an seiner Ausarbeitung teilgenommen.

In der täglichen Praxis fördert es schon jetzt die bewußte, freiwillige, schöpferische Mitarbeit aller Werktätigen. Nahmen im Jahre 1958 am sozialistischen Wettbewerb 1 300 000 Werktätige teil, so waren es im Massenwettbewerb zu Ehren des 15. Jahrestages der Republik bereits 3 021 520 Arbeiter, Bauern und Angehörige der Intelligenz. 1958 wurden 319 512 Verbesserungsvorschläge mit einem Nutzen von 443,2 Millionen Mark eingereicht. 1963 stieg die Zahl der Vorschläge auf 769 760 und der Nutzen auf 1 239,4 Millionen Mark. 377 000 Kollegen sind gewählte Mitglieder der Ständigen Produktionsberatungen, und in 160 Produktionskomitees der Großbetriebe arbeiten etwa 3500 der besten Werktätigen.

Ein neues, hervorragendes Beispiel für die demokratische Wirkung des neuen ökonomischen Systems ist der Entwurf des Perspektivplanes bis 1970. Über 30 000 Wissenschaftler, Arbeiter, Bauern und Staatsfunktionäre trugen schon bisher zu seiner Erarbeitung bei.

Aus den sozialistischen Ländern

Das neue Kuba sechs Jahre alt

Am 1. Januar 1965 feierten die über sieben Millionen Kubaner mit dem ihnen eigenen Enthusiasmus den 6. Jahrestag des Sieges ihrer Revolution. Erstmals gab es im Jahre 1964 einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Erstmals erfüllte eine ansehnliche Zahl bedeutender Betriebe vorfristig ihren Jahresplan. Erstmals wurde im großen Stil begonnen, die Ernte des Zuckerrohrs – Kubas Hauptdevisenbringer –

wissenschaftlich und mit einem bisher noch nicht gekannten Aufwand an modernster Landmaschinentechnik vorzubereiten. Zum ersten Male schließlich wurden für die Entwicklung von Ackerbau und Viehzucht langfristige perspektivische Planzahlen ausgearbeitet, um deren Erfüllung jeder Betrieb und jedes Staatsgut kämpft.

In Santa Clara wurde mit sowjetischer Hilfe der erste Schwermaschinenbaubetrieb Kubas und in Nuevitas mit Unterstützung der DDR die erste Schweißelektrodenfabrik in der kubanischen Geschichte errichtet.

Die Bilanz des Jahres 1964 wird ergänzt durch die Anstrengungen der kubanischen Werktätigen, die in von den Gewerkschaften organisierten Fortbildungskursen um den Sieg in der „Schlacht des 6. Grades“ (den Abschluß der Grundschulbildung) kämpfen. Heute lernen im ganzen Lande 2,2 Millionen Menschen. Das ist fast jeder dritte Kubaner.

17 Jahre Rumänische Volksrepublik

Der einstige „Hinterhof des Balkans“ wurde in den Jahren der Volksmacht in einen modernen Industrie-Agrarstaat mit einer komplex entwickelten Wirtschaft verwandelt. Allein von 1950 bis 1964 wurden über 300 große Fabriken und Werke errichtet und nahezu 600 Betriebe modernisiert und ausgebaut. Die sinnvolle Nutzung der natürlichen Ressourcen des Landes führte zur Errichtung von 32 Chemiekombinaten, in denen hochwertige Erdölprodukte, Plaste, Chemiefasern, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel erzeugt werden. Der rumänische Maschinenbau produziert heute Erdöl- und Chemieausrüstungen, Werkzeuge und Traktoren, Fluß- und Hochseeschiffe, Konstruktionen wie Erdölbohranlagen für 5000 und 7000 Meter Tiefe oder Dieselelektroloks mit 2100 PS entsprechend dem Weltstand der Technik.

Die sozialistische Industrialisierung bewirkte, daß die rumänische Bruttoproduktion im Jahre 1964 um das 7,6fache höher war als 1938, dem Jahr der größten Prosperität im bürgerlich-gutherrlichen Rumänien. Am Sozialprodukt hat die Industrieproduktion gegenwärtig einen Anteil von 57 Prozent.

Die staatlichen Ausgaben für Kultur, Bildungs- und Gesundheitswesen erreichten in diesem Jahr 21 Milliarden Lei, das sind 1100 Lei pro Kopf der Bevölkerung gegenüber 665 Lei im Jahre 1959. Im Schuljahr 1964 besuchten über 3,5 Millionen Schüler und Studenten die verschiedenen Bildungstätten des Landes.

Parteitag

der Jugoslawischen Kommunisten

In Belgrad fand vom 7. bis 13. Dezember 1964 der VIII. Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens statt, auf dem 1452 Delegierte die 1 030 041 Parteimitglieder vertraten. Dem Parteitag wohnten Delegationen von 30 kommunistischen Parteien bei.

Seit dem VII. Parteitag (1958) sind bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des sozialistischen Jugoslawiens unverkennbare Erfolge erzielt worden. 1963 machte das Nationaleinkommen 228 Prozent desjenigen von 1958 aus, die Löhne und Gehälter 209 Prozent, die industrielle Produktion 173 Prozent und die Agrarproduktion 131 Prozent. In diesem Zeitraum wuchs der Anteil des sozialistischen Wirtschaftssektors am Nationaleinkommen von 71 auf 77 Prozent an. Der Anteil des gesellschaftlichen Sektors in der Landwirtschaft am Verkauf von Agrarprodukten stieg von 28 auf 40 Prozent, obwohl die sozialistischen Agrarbetriebe nur etwa 12 Prozent des urbanen Landes bestellen.

Die stärkste Triebfeder der sozialistischen Entwicklung Jugoslawiens ist die Arbeiterklasse. Die Arbeiter machen etwa 75 Prozent der im gesellschaftlichen Wirtschaftssektor beschäftigten Werktätigen aus. Zwischen den beiden Parteitagen spielte die Arbeiterklasse sowohl bei der Schaffung der materiellen Basis als auch bei der Konsolidierung der sozialistischen Verhältnisse die entscheidende Rolle.

Der Parteitag hat sich für eine enge Zusammenarbeit Jugoslawiens mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern erklärt und festgestellt, daß ein auf Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung beruhendes besseres Einvernehmen ein unerlässlicher Bestandteil des Kampfes für die Solidarität aller Fortschrittskräfte der Welt ist.

Imperialismus heute — der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland*)

(Thesen)

I.

1. Die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland ist vor allem mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus und ihrer Verschärfung verbunden. In dem Maße, wie der Sozialismus sich entwickelte, wie er in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise zu einem Weltsystem wurde und in ihrer dritten Etappe mehr und mehr zur bestimmenden Kraft im Weltmaßstab wird, in dem Maße, wie sich die inneren Widersprüche des Kapitalismus weiter zuspitzen, prägten immer umfassendere staatsmonopolistische Maßnahmen das Antlitz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Aus objektiven Ursachen entwickelten sich dabei jeweils spezifische Seiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus: im ersten Weltkrieg ein kriegswirtschaftliches Regulierungssystem, während des ersten Nachkriegsjahrhunderts eine Anzahl auf die Restaurierung der politischen und die Konsolidierung und Erweiterung der ökonomischen Macht berechnete Maßnahmen. In der Periode der relativen Stabilisierung wurde erstmalig in einer Konjunkturperiode die Expansion der Monopole weitgehend staatsmonopolistisch forciert. In der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 entstand eine Palette staatsmonopolistischer Antikrisenmaßnahmen. Im Faschismus erfolgte die für die erste Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus umfangreichste Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland. Im Interesse der Kriegsvorbereitung und des Krieges wurde ein alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfassendes Netz staatsmonopolistischer Zwangsmaßnahmen geknüpft, besonders gerichtet auf die Schaffung einer umfassenden Rüstungswirtschaft in der Vorkriegszeit, auf die völlige Unterwerfung aller Sphären unter die Erfordernisse des von den deutschen Monopolen und Militaristen heraufbeschworenen zweiten Weltkrieges.

Die Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus erweist sich als der Prozeß der Entfaltung seiner einzelnen Seiten, als die schrittweise Entwicklung von Teilbereichen bis zur schließlichen Entstehung eines umfassenden Gesamtsystems. Die konkret-historischen Triebkräfte der staatsmonopolistischen Entwicklung bildeten dabei die jeweils in den Vordergrund tretenden ökonomischen und politischen Widersprüche des deutschen Imperialismus, seine Krisen und Kriege. Der ökonomische und klassenmäßige Inhalt dieses Prozesses, sein treibendes Element besteht in der fortschreitenden Monopolisierung der Profite und der Ausdehnung der Herrschaft des Monopolkapitals mit den sich jeweils aus konkreten Bedingungen ergebenden spezifischen Mitteln.

2. Die qualitativ neue Stufe, die der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg erreicht hat, ist die Grundlage für die im Programm der SED getroffene Feststellung, daß heute das Hinüberwachen des monopolistischen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland vollzogen ist.

Schon in den zwanziger, aber auch in den dreißiger Jahren und erneut nach dem zweiten Weltkrieg gab es unter den marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern viele Diskussionen darüber, ob es sich beim staatsmonopolistischen

*) Kollektivarbeit marxistischer Wirtschaftswissenschaftler, die diese am 20. November 1964 am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED im Rahmen eines öffentlichen Habilitationsverfahrens erfolgreich verteidigten. Die Kollektivarbeit wird im Jahre 1965 im Dietz Verlag als Buch erscheinen. — Die Redaktion

Kapitalismus lediglich um eine allgemeine Tendenz oder um eine sich durchsetzende objektive Veränderung des imperialistischen Gesamtsystems handelt. Diese Diskussionen ergaben sich daraus, daß die früheren Formen der Einbeziehung des Staates in die Wirtschaft oft nur zeitweilig angewandt wurden, daß sie meist nur bestimmte Bereiche erfaßten, noch stark administrative Züge trugen, sich auf den nationalen Rahmen beschränkten, auf einen mehr kurzfristigen Effekt berechnet waren und in der Regel im Nachhinein, als Reaktion auf bestimmte Widersprüche und Konflikte wirksam wurden. In dieser Hinsicht hatte die Teilnahme des Staates an den einzelnen Phasen des Reproduktionsprozesses, an der Monopolisierung in der Tat längere Zeit den Charakter einer Tendenz.

Schon vor, aber besonders nach dem zweiten Weltkrieg bremsen dogmatische Verzerrungen der marxistischen Theorie die Ausarbeitung und Weiterentwicklung der Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Geschichte selbst ließ jedoch erkennen, daß das allseitige Hinüberwachsen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, vor allem unter dem Druck der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus und des Übergangs zur dritten, sich vollzog. Es ist dies nicht etwa im Sinne eines abgeschlossenen Zustandes, sondern als die heute herrschende Form der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufzufassen, die die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus und die Bewegungsformen seiner Widersprüche bestimmt sowie in vieler Hinsicht neuartige Bedingungen und Aufgaben für die Führung des Klassenkampfes stellt.

3. Das mit dem vollzogenen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus entstandene umfassende Gesamtsystem ist vor allem gekennzeichnet durch folgende Merkmale:

Die Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates, die früher noch weniger fest und von wechselhafter Intensität war, hat sich endgültig herausgebildet. Die Konzentration der ökonomischen und der politischen Macht der Monopole erreichte eine neue Stufe. Es ist ein einheitlicher, auf die Zentralisation aller Kräfte ausgerichteter Machtorganismus entstanden.

Die ökonomische Tätigkeit des Staates ist heute allumfassend. Wenn früher die ökonomischen Maßnahmen des imperialistischen Staates überwogen, die den Charakter einer Einmischung in die Wirtschaft von außen, den Charakter außerökonomischen, administrativen Zwangs trugen, so fungiert heute der Staat als unmittelbar ökonomische Potenz und entwickelte im Bestreben, objektiven Erfordernissen Rechnung zu tragen, ein spezifisches System ökonomischer Hebel im Interesse der mächtigsten Monopole, ergänzt durch offene Zwangsmaßnahmen.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse haben eine staatsmonopolistische Form erhalten, und in Abhängigkeit davon wurden auch alle anderen Seiten des gesellschaftlichen Lebens davon erfaßt. Die geistige und kulturelle Entwicklung ist einer straffen, dabei sehr raffinierten und gegenüber früher vollkommeneren staatlichen Regulierung unterworfen, wobei die herrschenden Kreise geschickt ökonomische und politische Mittel miteinander verbinden.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat sich über nationale Grenzen hinaus entwickelt. Mit der EWG und den anderen Formen der imperialistischen Integration realisiert sich jene Tendenz zur „internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens überhaupt, der Politik der Wissenschaft usw.“, die Lenin als Kennzeichen des „reifen, seiner Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft entgegengehenden Kapitalismus“ wissenschaftlich voraussagte.¹⁾

So wie der staatsmonopolistische Kapitalismus als reaktionäre Antwort auf alle gesellschaftlichen Erfordernisse des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts im nationalen Rahmen den Versuch darstellt, den historischen Notwendigkeiten nachzukommen und die Macht der Monopole durch ihre Verschmelzung mit der

des Staates zu erhalten, so versuchen die imperialistischen Mächte und Monopole unter den Bedingungen des wachsenden Einflusses des sozialistischen Welt-systems, mit Hilfe der EWG den Erfordernissen der gesellschaftlichen Produktivkräfte, der Internationalisierung der Produktion zu entsprechen, diese Tendenzen in ihrem Interesse auszunutzen. Als Resultat sowie als Ausdruck der weiteren Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus verkörpert die EWG das Bemühen der Monopolisten, objektive Gesetzmäßigkeiten zu berücksichtigen, Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu schaffen und den Kampf unter den neuen Bedingungen mit spezifischen Mitteln zu führen.

4. Die grundlegende Ursache und Haupttriebkraft der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ergibt sich aus der Verschärfung des kapitalistischen Grundwiderspruchs, aus dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ihrer Resultate. Besonders die schnelle Entwicklung der Produktivkräfte in der Gegenwart erfordert höhere Profite und neue Methoden ihrer Aneignung zur Sicherung des imperialistischen Systems. Das ist mit neuen Wechselbeziehungen von Ökonomie und Politik verbunden. Der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte verlangt immer gebieterischer nach gesamtgesellschaftlichem Eigentum und entsprechender Planung, die Frage der Staatsmacht ist in den Mittelpunkt des Klassenkampfes gerückt, der Sozialismus entwickelt sich als Weltssystem und übt in wachsendem Maße Einfluß auf den Kapitalismus aus. Im ökonomischen Wettbewerb der beiden Systeme werden alle wirtschaftlichen Probleme zu erstrangigen Fragen der Politik, und für die Monopolbourgeoisie ist ein Primat der Politik über die Wirtschaft entstanden. Im historischen Prozeß sind diese Faktoren immer stärker wirksam geworden und haben die Monopolbourgeoisie dazu gezwungen, das Hauptinstrument ihrer Politik, den Staat, unmittelbar in die Wirtschaft einzuschalten und ihm zur Erhaltung ihres Profitsystems immer umfassendere ökonomische Funktionen zu übertragen.

In der Gegenwart treten die inneren Triebkräfte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in dem Druck zutage, der von der technischen Revolution, ihren ökonomischen Widersprüchen und sozialen Konflikten auf die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und auf die gesamte Struktur des kapitalistischen Gesellschaftssystems ausgeht. Dies alles ist heute eng mit dem Kampf der beiden Systeme verknüpft. Die grundlegende Ursache des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist also objektiver Natur und basiert auf der Notwendigkeit, dem zum Sozialismus drängenden neuen Produktivkräften noch im Kapitalismus bestimmte Entwicklungsformen zu verschaffen, damit neue Profitquellen zu erschließen und die daraus entspringenden Kräfte und Möglichkeiten vorrangig auf die innere und äußere Befestigung des kapitalistischen Systems als Ganzes zu konzentrieren. Hinter der Vielfalt der Einzelursachen verbirgt sich dieser spezifische Zusammenhang von Ökonomie und Politik, diese Verknüpfung mit dem Klassenkampf, ohne die die staatsmonopolistische Entwicklung in allen ihren Erscheinungsformen nicht richtig zu verstehen ist.

5. Über das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus gab es unter den marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern in den letzten Jahren viele Diskussionen. Dabei traten und treten teilweise heute noch verschiedene einseitige bzw. falsche Auffassungen zutage, wie das Beschränken auf die Unterordnung des Staates unter die Monopole, die einseitige und oberflächliche Darstellung der Verflechtung von Monopolen und Staat als Personalunion, die Charakterisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus als einer vorwiegend politischen Erscheinung, die unklare Einordnung der Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus in die marxistisch-leninistische Theorie des Imperialismus u. a.

Das Kernproblem besteht darin, daß die Tätigkeit der privaten Monopole im ökonomischen Sinne mit der Macht des Staates verschmolzen und der Staat damit zu einem organischen Ausbeutungs- und Monopolisierungsfaktor geworden ist. Die erweiterte Reproduktion des Monopolkapitals wird durch die direkte

Teilnahme des Staates an diesem Prozeß gestützt, ergänzt, reguliert und dadurch den heutigen Bedingungen des Standes der Produktivkräfte „angepaßt“.

In der Feststellung, daß die Erweiterung der Monopolherrschaft und die Realisierung hoher Monopolprofite, kurz dieser Monopolisierungsprozeß den Hauptinhalt der ökonomischen Tätigkeit des imperialistischen Staates darstellt, liegt die politisch-ökonomische Begründung dafür, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus das Grundproblem des heutigen Imperialismus ist. Er stellt folglich kein über den Imperialismus hinausführendes Stadium des Kapitalismus dar. Es handelt sich um die Entfaltung des Monopols, jener aus dem Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals hervorgewachsenen Organisationsform des Kapitals, die in dem jeweils von ihr beherrschten Bereich die freie Konkurrenz ausschaltet und sie durch die Kombinierung, Koordinierung und Regulierung der die Profitrate beeinflussenden Faktoren ersetzt und gerade deshalb die Notwendigkeit der Ablösung der anarchischen Wirtschaftsweise durch die planmäßige Organisation der Produktion zum Ausdruck bringt. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus setzt diesen Prozeß auf einer neuen Ebene fort, indem sie dem ökonomischen Wesen des Imperialismus eine Reihe qualitativ neuer Züge hinzufügt.

6. Neu ist vor allem, daß die Aneignung von Monopolprofiten, die zunächst auf der Basis der Bildung privater Monopole begann, immer stärker durch die von der Monopolbourgeoisie dirigierte ökonomische Tätigkeit des Staates ergänzt wird. Dieser setzt dabei die nur ihm zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten ein. Die Besonderheiten des Staates in seiner ökonomischen Tätigkeit bestehen in folgendem:

Er stellt ein allumfassendes gesellschaftliches Machtinstrument dar, mit dessen Hilfe die Monopolbourgeoisie alle Bereiche und Sphären des Wirtschaftslebens in dieser oder jener Weise zu erfassen und zu regulieren vermag.

Er kann ökonomische Maßnahmen mit staatlicher Gewalt, z. B. mit Gesetzeskraft, durchsetzen, was ihnen eine weit schnellere und tiefgreifendere Wirkung verleiht.

Die in seinen Händen konzentrierten umfangreichen ökonomischen Mittel und Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals bilden einen „öffentlichen“ Fonds, der für die allgemeinen und kollektiven Interessen der Monopolbourgeoisie eingesetzt wird.

Ihn zeichnet eine relative Selbständigkeit in der Wirtschaft aus, d. h., er ist in der Lage, ökonomische Aufgaben zu übernehmen, zu deren Lösung die privaten Monopole nicht fähig oder nicht willens sind.

Die ökonomische Tätigkeit des Staates ist unmittelbar mit seiner politischen Funktion, die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung als Ganzes zu sichern, verbunden.

Diese Besonderheiten der ökonomischen Tätigkeit des Staates verkörpern in ihrer Gesamtheit jene zusätzliche Potenz, die von der Finanzoligarchie durch den Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus mobilisiert wird. Vereinigt mit der ökonomischen Kraft der privaten Monopole bringen sie nicht nur einen quantitativen Machtzuwachs des Monopolkapitals mit sich, sondern heben den Monopolisierungsprozeß und damit die Herrschaft der Monopole über die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft auf eine neue Stufe. Dadurch erhält auch die dem Imperialismus wesenseigene Aggressivität neue Impulse. Die Politik des westdeutschen Monopolkapitals wurde zur Hauptgefahr für den Frieden in Europa. Das mit der Bundeswehr geschaffene starke militaristische Instrument, das hartnäckige Streben nach Verfügungsgewalt über Kernwaffen, besonders mittels der geplanten multilateralen NATO-Atommacht (MLF), das Festhalten an der Hallstein-Doktrin und die Ablehnung jeglicher Verständigung mit der DDR, die aktive Beteiligung an Aktionen gegen junge Nationalstaaten sind Ausdruck jener besonderen Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, die untrennbar mit der erreichten Entwicklungsstufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus verknüpft ist.

7. Der tiefe innere Widerspruch des staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht darin, daß die regulierende Teilnahme des Staates am Wirtschaftsleben einerseits die Macht der Monopole stärkt und sie geradezu vollendet, andererseits jedoch die Überlebensfähigkeit des Privateigentums an Produktionsmitteln und der auf ihr beruhenden „freien“ Unternehmerinitiative – jene lange Zeit als ewig und heilig propagierten „klassischen“ Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise – offen demonstriert. Damit wird endgültig jenes Fundament untergraben, auf das sich für eine bestimmte historische Periode der Führungsanspruch der Bourgeoisie in Wirtschaft und Gesellschaft gründete.

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus tritt der innere Zersetzungsprozeß der ökonomischen Basis des Kapitalismus, der bereits mit der Bildung privater Monopole begann, voll ausgeprägt zutage. Die Fäulnis des kapitalistischen Systems besteht doch vor allem darin, daß sich mit der staatlichen Regulierung der Wirtschaft ein der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise entgegengesetztes Prinzip entwickelt, daß der Kapitalist im gesamten Lenkungsmechanismus der Wirtschaft eine ökonomisch völlig überflüssige Figur geworden ist. Die Monopolbourgeoisie muß ihr System heute mit solchen Mitteln und Methoden befestigen, deren Form ihrer privatkapitalistischen Basis und Zielsetzung widerspricht. Was die Bourgeoisie früher selbst ablehnte, was von ihr als schädlich für die Wirtschaft bezeichnet und als Argument gegen den Sozialismus ins Feld geführt wurde, ist sie heute gezwungen, zur Hauptstütze ihrer Herrschaft zu machen. Hier liegt auch die Quelle der widersprüchlichen Auffassungen unter den Ideologen der Bourgeoisie, die irgendeine „Grenze“ für die Tätigkeit des Staates in der Wirtschaft bestimmen möchten. Die Bourgeoisie befindet sich hier in einem fehlerhaften Kreislauf. Nur die Arbeiterklasse kann eine konsequente Verfechterin der Verstaatlichung des Wirtschaftslebens und der gesamtstaatlichen Planung sein. Die gleichen Prozesse, die die Fäulnis der ökonomischen Basis des Kapitalismus bewirken, sind zugleich die materiellen Vorbedingungen für den Sozialismus. Vereinigt mit dem Kampf und der schöpferischen Tätigkeit der Arbeiterklasse werden sie aus Mitteln der Verschärfung der gesellschaftlichen Antagonismen zu Mitteln ihrer endgültigen Lösung und Aufhebung.

Relative Stärkung der imperialistischen Herrschaft bei absoluter Schwächung und Untergrabung der ursprünglichen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung – das ist die innere Dialektik des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die ihn als Niedergangserscheinung des Kapitalismus und unmittelbare Vorstufe des Sozialismus kennzeichnet. All dies bildet den politisch-ökonomischen Inhalt der in den neueren Dokumenten der internationalen Arbeiterbewegung, darunter auch im Programm der SED, gegebenen Bestimmung des Wesens des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

8. Ein typischer Charakterzug des vollentwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die Existenz eines umfangreichen Lenkungs- und Machtapparates, der die organisatorisch-institutionelle Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates verkörpert. Er bildet das Gerüst und das Dach des Machtmechanismus im modernen kapitalistischen System, dessen wichtigste ökonomische Beziehungen sich heute in unmittelbarer Verknüpfung mit seinem Wirken realisieren. Die Hauptfunktion dieses Apparates besteht in der vorrangig auf die Sicherung der Macht gerichteten zentralisierten und koordinierten Lenkung der gesellschaftlichen, d. h. der ökonomischen, politischen und auch ideologischen Prozesse durch die führenden Gruppen der Monopolbourgeoisie. Den Kern des staatsmonopolistischen Herrschaftsapparates bildet die Vereinigung und das Zusammenwirken des Staatsapparates mit den Unternehmerverbänden. In dieser Vereinigung widerspiegelt sich jener höhere Grad der Organisiertheit des Kapitalismus, zu dem die Finanzoligarchie mit dem Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus strebt.

Unter dem Einfluß der vielfältiger und komplizierter werdenden Unterdrückungsfunktion des imperialistischen Staates, vor allem aber auf Grund seiner sich neu herausbildenden ökonomischen Funktion kommt es zu einem gewaltigen Anwachsen des Staatsapparates, zu beträchtlichen Veränderungen seiner Struktur. Obwohl die Bevölkerungszahl und die Zahl der Beschäftigten

in der Bundesrepublik heute geringer ist als im ehemaligen Deutschen Reich, ist der Staatsapparat wesentlich größer. Die wichtigste Veränderung seiner Struktur besteht darin, daß sich vielfältige ökonomische Lenkungsorgane herausgebildet haben, sowohl in Gestalt zahlreicher vorwiegend mit wirtschaftlichen Aufgaben betrauter Ministerien und entsprechender interministerieller Koordinierungsorgane als auch in Form von Beratergremien und Ausschüssen für alle möglichen gesellschaftlichen Probleme und Fachgebiete.

Gleichzeitig hat sich eine Veränderung der Arbeitsweise dieses Apparates vollzogen, die sich darin äußert, daß eine große Zahl bürgerlicher Natur- und Gesellschaftswissenschaftler der verschiedensten Disziplinen in seine Tätigkeit einbezogen sind. Besonders charakteristisch ist, daß viele führende Positionen im Staatsapparat nicht mehr wie früher vorrangig von juristisch, sondern immer mehr von wirtschaftswissenschaftlich gebildeten Kräften besetzt werden. Die fortschreitende Verzweigung und Spezialisierung dieses Organismus sowie die Tatsache, daß die klassenmäßige Zusammensetzung der Staatsbürokratie heute bedeutend weiter als früher über den Rahmen der faktisch herrschenden Schicht hinausreicht, d. h., sich auch aus Schichten rekrutiert, die mit dem staatsmonopolistischen System selbst in Konflikt geraten, machen den Staatsapparat in seiner Gesamtheit heute anfälliger gegenüber dem Druck der Öffentlichkeit und den Einflüssen der um die Demokratie kämpfenden gesellschaftlichen Kräfte.

9. Der Einfluß der Monopolbourgeoisie auf den Staatsapparat vollzieht sich über dessen Verflechtung und ständiges Zusammenwirken mit den Unternehmerverbänden. Diese verfügen über ein regional und fachlich straff gegliedertes Organisationssystem mit einem eigenen umfangreichen hauptamtlichen Apparat von mehr als 5000 Büros und über 30 000 Beschäftigten. Zwischen den einzelnen Spitzenverbänden existiert eine feste Arbeitsteilung, wobei der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) das Zentrum der Einflußnahme auf die Wirtschaftspolitik des Staates darstellt. Die Hauptformen der „Zusammenarbeit“ der Unternehmerverbände mit der Regierung, dem Parlament und den mit ihnen verbundenen Gremien sind erstens Eingaben und Vorschläge der Verbandsorgane sowie gemeinsame Beratungen mit den einzelnen Ministerien, Regierungs- und Parlamentsausschüssen; zweitens direkte Absprachen und ständige Kontakte zwischen den führenden Köpfen der Verbände und den Spitzen der Regierung und drittens die personelle Durchdringung des Staatsapparates mit Vertretern der Monopole und ihrer Organisationen. Der „Interessenbereich“ der Unternehmerverbände, d. h. ihre direkte organisierte Einflußnahme, ist heute buchstäblich allumfassend und hat durch die Vereinigung mit dem Staatsapparat einen hohen Wirkungsgrad erlangt. Sie reicht von unmittelbar ökonomischen Problemen der inneren und äußeren Wirtschaftsbeziehungen bis zu den Grundfragen der Innen- und Außenpolitik, von der Vergabe der Rüstungsaufträge bis zur militärpolitischen Konzeption, von den Parlamentswahlen bis zu den Entscheidungen der Regierung, von den Fragen des Films, des Fernsehens, der Presse und Romanliteratur bis zum Inhalt der Schulbücher und zu den Grundrichtungen auf dem Gebiet der Bildung, Wissenschaft und Kultur. Typisch für den staatsmonopolistischen Kapitalismus ist also die über den weitverzweigten Lenkungs- und Machtapparat organisierte Beherrschung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

In der Tätigkeit des staatsmonopolistischen Herrschaftsapparates reproduziert sich der dem Imperialismus innewohnende Widerspruch zwischen Monopol und Demokratie. Die Untergrabung der Demokratie tritt vor allem in der Einschränkung der Rechte der Legislative zugunsten der Exekutive, im Anwachsen des der Kontrolle der Öffentlichkeit und der demokratischen Kräfte entzogenen Apparates, im Fehlen jeglicher Mitbestimmung der Arbeiterklasse in diesem Bereich, im bürokratischen Zentralismus und in der allgemeinen Bürokratisierung der staatlichen Tätigkeit in Erscheinung.

So wie das Staatsmonopol in der Wirtschaft die Machtkonzentration auf die Spitze treibt, tendiert zwangsläufig das politische Leben zur Untergrabung der Demokratie und zu autoritären Regierungsformen, was andererseits den Kampf um die Erhaltung und Erneuerung der Demokratie in den Mittelpunkt der gesell-

schaftlichen Auseinandersetzung rückt. Zugleich bringt die Existenz eines umfangreichen staatlichen Lenkungsapparates die weitgehend vollzogene Trennung des privatkapitalistischen Eigentums von den ökonomischen Leitungsfunktionen zum Ausdruck und ist damit eine der Erscheinungsformen der Fäulnis des kapitalistischen Gesellschaftssystems.

II.

10. Das Ziel der staatsmonopolistischen Regulierung besteht darin, die Verwertung des Kapitals mit dem erreichten Stand der Vergesellschaftung der Produktion in Einklang zu bringen und damit die Entwicklung der Produktivkräfte in den Schranken der kapitalistischen Produktionsverhältnisse weiterhin zu ermöglichen. Für die Profitproduktion werden somit solche Bedingungen geschaffen, die auf der einen Seite in gewisser Weise den Erfordernissen des gesellschaftlichen Charakters der Produktion Rechnung tragen und andererseits gleichzeitig ein hohes Niveau des Monopolprofits gewährleisten. Die mit der Vergesellschaftung der Produktion heranwachsende Notwendigkeit der Planung und Organisation der Produktion im Interesse der gesamten Gesellschaft wird dem beschränkten Zweck der kapitalistischen Produktionsweise, der Produktion des Mehrwertes, untergeordnet. „Die Einführung der Planmäßigkeit“, betonte Lenin, „befreit die Arbeiter nicht davon, Sklaven zu sein, die Kapitalisten aber streichen ihre Profite „planmäßig“ ein.“²⁾ Diese planmäßige Profiteinstreicherei schließt ein, daß auch die Profitverwendung zur Sicherung der Herrschaft der Monopole gesamtstaatlich reguliert wird.

Das ist mit der umfassenderen politischen Sorge um die Erhaltung des kapitalistischen Profitsystems überhaupt und seines Einflusses in der Welt verbunden. Die staatsmonopolistische Regulierung der westdeutschen Wirtschaft ist in den Händen der Monopolbourgeoisie ein Instrument, alle wirtschaftlichen Kräfte und Ressourcen im Kampf gegen den Sozialismus zusammenzufassen und zu mobilisieren, die westdeutsche Wirtschaft den aggressiven Zielen des Monopolkapitals unterzuordnen, die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Werktätigen in Schranken zu halten und ihre Organisationen zu entrechteten.

Die herrschenden Bonner Kreise sind gezwungen, spezifischen Wünschen und Zielen einzelner Monopolgruppen eine politisch bestimmte Richtung zu geben, die im Interesse der Erhaltung der Grundlagen des imperialistischen Systems in Westdeutschland überhaupt liegt. Dies ist sogar in einer Reihe von Fällen mit einer Minderung des Profits und hohen „politischen Unkosten“ verbunden.

11. Die „planmäßige“ Aneignung und Verwendung des Monopolprofits im gesellschaftlichen Rahmen, die von den Monopolen über die staatsmonopolistische Regulierung verwirklicht wird, ist nur deshalb möglich, weil die herrschenden Monopolgruppen in Westdeutschland mit Hilfe des Staates eine umfassende Monopolisierung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft durchgesetzt haben. Die ökonomische Tätigkeit des Staates ermöglicht es den Monopolen, den Reproduktionsprozeß allseitig in ihrem Interesse zu lenken und dabei vor allem die Faktoren zu regulieren, die den Verwertungsprozeß des Kapitals bestimmen.

Diese umfassende Monopolisierung zeigt sich in der Zentralisierung eines großen Teils des Nationaleinkommens in den Händen des Bonner Staatshaushalts, in der Rolle des Staatseigentums im kapitalistischen Reproduktionsprozeß, in der engen Verflechtung der staatlichen Bankunternehmen, insbesondere der Bundesbank, mit den Geschäftsbanken (d. h. den privaten Bankmonopolen), in der wachsenden Rolle des Bonner Staates als Käufer auf dem Markt sowie in der staatsmonopolistischen Regulierung der internationalen Beziehungen.

12. Auf der Grundlage der Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates entstehen für das Monopolkapital neue günstige Verwertungsbedingungen. Die Verwertung des Kapitals erfolgt nicht mehr nur über die eigene ökonomische Tätigkeit der privaten Monopole, sondern gleichzeitig auch über die ökonomische Tätigkeit des westdeutschen Staates, die in der staatlichen

²⁾ W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, Dietz Verlag, Berlin 1939, S. 299

Regulierung der westdeutschen Wirtschaft in Erscheinung tritt. Die „planmäßige“ Aneignung und Verwendung von Monopolprofiten im gesellschaftlichen Rahmen sichert der westdeutsche Staat, indem er erstens in die Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Monopole eingreift und damit die Ausbeutung der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß verschärft, indem er zweitens durch den Mechanismus der Umverteilung des Einkommens aller Bevölkerungsschichten zugunsten der Monopole Kapital für die Akkumulation mobilisiert, und indem er drittens die Verwertung des Kapitals in Bahnen lenkt, die den Monopolen hohe Profite auf Kosten der gesamten Gesellschaft einbringen.

Die Existenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland bedeutet, daß der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß nicht mehr in der bisherigen Form den kapitalistischen Verwertungsbedingungen folgt, wie sie sich aus den spontan wirkenden ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus ergeben. Das System der staatsmonopolistischen Regulierung ermöglicht es den herrschenden Monopolen, auf Kosten der Mehrheit der Gesellschaft die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu ihren Gunsten zu verändern. Mit Hilfe der regulierenden Tätigkeit des Staates wird den einzelnen Produktionszweigen und Betrieben „Rentabilität zugeteilt“, wie auf einer Konferenz bürgerlicher Ökonomen Westdeutschlands formuliert wurde.

13. Ausgehend davon stellt der staatsmonopolistische Kapitalismus eine neue Bewegungsform des Grundwiderpruchs des Kapitalismus und der sich aus ihm ergebenden Widersprüche dar. Die Macht der Monopole und ihre Verflechtung mit der des Staates gibt die Möglichkeit, ihren offenen, explosionsartigen Ausbruch mit ihren akuten politischen Gefahren für das kapitalistische System zu verhindern und in andere Bahnen zu lenken. Insbesondere wird die staatsmonopolistische Regulierung dazu benutzt, die aus dem Grundwiderspruch des Kapitalismus abgeleiteten Widersprüche zeitweilig und auf Teilgebieten zu lösen bzw. zu mildern.

Diese regulierende Tätigkeit des Staates wirkt der spontanen Regulierung der kapitalistischen Produktion durch das Wertgesetz, die bereits durch die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol erschüttert wurde, in neuer Weise entgegen. Die staatsmonopolistische Regulierung erleichtert es den Monopolen, erstens den Extraprofit zu monopolisieren, der sich aus dem unterschiedlichen Stand des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der dadurch bedingten Unterschiede in der Arbeitsproduktivität und den daraus resultierenden Differenzen zwischen individuellem und gesellschaftlichem Wert ergibt. Sie erleichtert es zweitens, ein solches Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu schaffen, das die Preise trotz gewachsener Arbeitsproduktivität auf einem hohen Niveau hält und ein weiteres Steigen der Preise über den Wert begünstigt. Diese sich laufend erweiternde Kluft zwischen Wert und Preis ist eine der Wurzeln der permanenten Entwertung der westdeutschen Währung.

Mit dem vollständigen Hinüberwachen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus haben die Monopole nunmehr eine ständige Erhöhung der Preise durchgesetzt, die nicht mehr die Schwankungen des Marktes widerspiegelt. Da sich das in engstem Zusammenhang mit der technischen Revolution vollzieht, sind die steigenden Preise mit sinkenden Selbstkosten und daher mit allgemein rasch steigenden Profiten verbunden. Die staatsmonopolistische Regulierung der Investitionstätigkeit und der wachsende Staatsverbrauch haben den unmittelbaren Einfluß des kapitalistischen Marktes und über ihn den der Kaufkraft der Massen auf die Produktion von Produktionsmitteln vermindert. Dadurch war und ist es möglich, die früher außerordentlich großen Schwankungen der Investitionstätigkeit und als Folge davon der Produktion in der Abteilung I wesentlich zu verringern. Das bedeutet aber, daß der alte kapitalistische Marktmechanismus weitgehend ausgeschaltet worden ist; er wirkt nur noch einseitig und begrenzt. Der Ablauf des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses wird dadurch verändert.

14. Die staatsmonopolistische Regulierung der Verwertungsbedingungen zugunsten der Monopole, die Lenkung der Investitionen, das Anwachsen der

Rüstungsproduktion, die staatliche Exportförderung usw. bedeuten, daß ein großer, von der Kaufkraft der Massen und daher auch von konjunkturellen Einflüssen relativ unabhängiger Markt geschaffen wird. Dazu kommt, daß unter den heutigen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in vielen Bereichen der Wirtschaft die Überproduktion von Waren nicht erst auf dem Markt in Erscheinung tritt, sondern daß schon vorher die Produktion eingeschränkt wird. Das wirkt trotz aller in andere Richtung zielenden Faktoren einer Übersteigerung der Produktion (im Verhältnis zum Markt) im früheren Ausmaß entgegen.

Insgesamt verändert sich dadurch die Form des Zyklus wesentlich. Durch vielfältige Maßnahmen wird versucht, eine Übersteigerung der Konjunktur in der Aufstiegsphase zu bremsen, das Hineingleiten in die Krise wird gehemmt. Der Ausbruch der Krise wird abgeschwächt und der Austritt aus der Krise gefördert. Die für die gesellschaftliche Reproduktion erforderliche zeitweilige Lösung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt kann über einen längeren Zeitraum verteilt werden. Daher ist künftig wahrscheinlich weder mit einem langanhaltenden, steilen allgemeinen Aufschwung, noch mit einer solchen tiefen, in geballter Form zutage tretenden Überproduktionskrise wie vor dem zweiten Weltkrieg zu rechnen.

15. Die Faktoren der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, insbesondere die staatsmonopolistischen Maßnahmen, die auf eine weitgehende Ausschaltung des alten Marktmechanismus hinauslaufen, verstärken im Ganzen betrachtet die Tendenz zur Störung bzw. überhaupt zur Beseitigung des einheitlichen Zyklus. Für die Nachkriegszeit bis 1958 wurde von den Marxisten allgemein anerkannt, daß der internationale Zyklus gespalten, desynchron verläuft. Viele Marxisten nahmen vor einigen Jahren an, daß mit der Krise, die 1958 viele imperialistische Länder erfaßte, die Einheitlichkeit des Zyklus wiederhergestellt wurde. Tatsächlich erfolgte eine Annäherung 1958 war das einzige Jahr der Nachkriegszeit, in dem die Industrieproduktion der kapitalistischen Welt, wenn auch geringfügig, absolut unter das Vorjahrsniveau sank. Trotz dieser Annäherung kann jedoch nach wie vor keine Rede von der Wiederherstellung eines einheitlichen internationalen Zyklus sein. Im Rahmen einer allgemein angenäherten zyklischen Bewegung bestehen nach wie vor große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Ländergruppen.

Die ökonomische Entwicklung zeigt, daß besonders durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus diese Einheitlichkeit des Zyklus auch in Westdeutschland selbst und in anderen kapitalistischen Ländern immer mehr gestört und verhindert wird. Seit 1958 beobachten wir in der westdeutschen Wirtschaft – wenn auch in wechselnder Proportion –, daß in bestimmten Bereichen ein konjunktureller Aufschwung oder sogar Hochkonjunktur herrscht, während in anderen gleichzeitig Krisen oder Stagnationserscheinungen auftreten.

16. Es wachsen solche Dauererscheinungen wie die Nichtauslastung der Produktionskapazitäten, langdauernde Krisenerscheinungen in einzelnen Teilbereichen der Wirtschaft, wie z. B. in Teilen des Bergbaus, in der Eisen- und Stahlindustrie, im Schiffbau u. a., die permanente inflationistische Entwicklung, der chronische Exportüberschuß u. a.

Das Anwachsen solcher chronischen Erscheinungen im letzten Jahrzehnt bedeutet, daß sich die Funktion der Krise, durch Brachlegung oder Vernichtung von Kapital zeitweilig Produktion und Markt in Übereinstimmung zu bringen, nicht nur in einer kurzen Zeitspanne, d. h. nicht nur in geballter, explosiver Form, realisiert. Die wachsende Nichtauslastung von Produktionskapazitäten, die Verwendung eines immer größeren Prozentsatzes des Nationaleinkommens für den Staatsverbrauch, insbesondere die Rüstungsproduktion usw., bedeutet, daß ständig, also in allen Phasen des Reproduktionsprozesses, Kapital brachgelegt und der Kapitalfunktion entzogen wird. Das bedeutet aber, daß sich die Form der Krise immer mehr verändert, daß die Krisenfunktion auch auf andere Phasen des Zyklus übertragen wird. Unter diesen Bedingungen kann kein Zyklus in klassischer Gestalt mehr erwartet werden.

17. Die staatsmonopolistischen Maßnahmen verlagern eine Reihe kapitalistischer Widersprüche von einem Gebiet auf das andere, verschärfen die grundlegenden Widersprüche und erhöhen insgesamt die Labilität der kapitalistischen Wirtschaft. Die vielfältigen Maßnahmen zur Erhöhung der Monopolprofite, der Rüstung und zur Ausdehnung des Marktes führen notwendigerweise zur inflationistischen Entwicklung, die den Markt beschränkt und den Export gefährdet. Italien ist gegenwärtig dadurch in eine Wirtschaftskrise geraten. In Westdeutschland wurde mit allen Mitteln der Export gefördert. Der große Exportüberschuß wurde zu einer Quelle der inflationistischen Entwicklung und behindert den Export.

Alle diese Erscheinungen der Labilität der kapitalistischen Wirtschaft, deren Zahl in den letzten Jahren schnell gewachsen ist, sind vor allem Ausdruck des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt. Allerdings tritt dieser Widerspruch nicht mehr allein, auch nicht periodisch und in geballter Kraft in Erscheinung, sondern ständig, jedoch in vielen neuen Formen.

Selbst die bürgerlichen Ökonomen sprechen – in ihrer Terminologie – von einem „magischen Dreieck“ zwischen Vollbeschäftigung, Preisstabilität und ausgeglichener Zahlungsbilanz, Ziele also, die kein imperialistischer Staat für eine längere Zeit erreichen kann. Wird die eine Seite des Dreiecks gestützt, gerät die andere Seite ins Wanken.

Soweit die Ergebnisse der bisherigen Entwicklung verallgemeinert werden können, ergibt sich, daß der heutige staatsmonopolistische Kapitalismus zu einer neuartigen Kombination eines zyklisch ablaufenden gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, dessen Verlauf oft nur durch Krisen in Teilbereichen der Wirtschaft gekennzeichnet ist, mit einer wachsenden allgemeinen, chronischen Labilität der kapitalistischen Wirtschaft führt.

Die staatsmonopolistischen Maßnahmen haben die Tendenz, die allgemeine Labilität zu verstärken, wobei sie die Krisen in dieser oder jener Form – als allgemeine Wirtschaftskrise oder als Teilkrise – und damit den zyklischen Verlauf des Reproduktionsprozesses nicht aufheben.

18. Die staatsmonopolistische Regulierung widerspiegelt die Verschärfung des Widerspruchs zwischen der Organisation und der Anarchie der kapitalistischen Produktion. Mit ihr erfaßt die Organisation der Produktion nicht mehr nur den einzelnen Betrieb oder ein Monopolunternehmen, sondern die gesamte kapitalistische Wirtschaft. Sie stößt jedoch auf die „Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft“. Die objektiv entgegengesetzten Tendenzen von Organisation und Desorganisation prallen im Rahmen der ganzen kapitalistischen Gesellschaft ständig aufeinander.

Das ergibt sich aus dem Wesen der staatsmonopolistischen Regulierung, das durch den Grundwiderspruch des Kapitalismus bestimmt wird. Auf der einen Seite ist diese Regulierung Ausdruck der allgemeinen Gesetzmäßigkeit der Vergesellschaftung der Produktion, die im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel Rechnung trägt. Deshalb ist der imperialistische Staat in der Lage, durch seine regulierende Tätigkeit die Entwicklung der Produktivkräfte in entsprechende Richtungen zu lenken, was ihren gesellschaftlichen Charakter verstärkt. Auf der anderen Seite wird dies nur dadurch erreicht, daß die staatsmonopolistische Regulierung den Monopolen neue, größere Möglichkeiten der Mobilisierung und Disposition über das gesellschaftliche Gesamtkapital verschafft, was vor allem durch die Umverteilung eines bedeutenden Teils des Nationaleinkommens verwirklicht wird. Dies vollzieht sich zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung, während in den Händen der Finanzoligarchie ein immer größerer Teil des gesellschaftlichen Reichtums konzentriert wird. Die staatsmonopolistische Regulierung vertieft also die privatkapitalistische Aneignung bei gleichzeitiger Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion. Daher werden Anarchie und Konkurrenz nicht beseitigt, ihre Erscheinungsformen aber verändert.

19. Die allseitige staatsmonopolistische Regulierung stellt damit auch das Problem der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze auf neue Weise. Das Erkennen

und Ausnutzen der ökonomischen Gesetze durch die Bourgeoisie war zunächst sehr primitiver Natur und bestand in der mehr oder weniger instinktiven, empirischen Anpassung an die äußeren Bedingungen des Wirtschaftsablaufs. Mit der Vergesellschaftung der Produktion, der wachsenden ökonomischen und politischen Organisiertheit der Bourgeoisie als Klasse nimmt ihr Verhältnis zu den objektiven Prozessen höhere und kompliziertere Formen an. Durch die heute sich vollziehende technische Revolution unter den Bedingungen des ökonomischen Wettkampfes der beiden Systeme werden die herrschenden Monopolgruppen dazu gezwungen, gesamtwirtschaftliche Prozesse bewußt zu regulieren, d. h. zur Ausnutzung ökonomischer Gesetze nicht nur in einem Betrieb oder Industriezweig, sondern im Rahmen der ganzen Wirtschaft und selbst im internationalen Maßstab überzugehen. Auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse – des Privateigentums an den Produktionsmitteln, der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der antagonistischen Klassenwidersprüche – ist dies nur möglich, indem die Monopole ihre Macht mit der des Staates auf das engste miteinander verbinden. Dadurch wird eine neue Stufe in der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in den Händen der Finanzoligarchie erreicht und ihre Verfügungsgewalt über das gesellschaftliche Gesamtkapital in bedeutendem Maße erweitert. Daraus ergeben sich auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse neue Möglichkeiten für das Einwirken der Monopolbourgeoisie auf die ökonomischen Prozesse.

Die mit wachsender Bewußtheit erfolgende Ausnutzung ökonomischer Gesetze des Kapitalismus durch die Monopolbourgeoisie, die in der staatsmonopolistischen Regulierung des Reproduktionsprozesses in Erscheinung tritt, entspricht den objektiven Grundinteressen der Monopolbourgeoisie und dient ihrer Verwirklichung. Darauf beruht aber auch die tiefe Widersprüchlichkeit dieses Prozesses. Erstens wird das Privateigentum als Grundlage des kapitalistischen Systems mit Methoden und Mitteln gefestigt, die den gesellschaftlichen Charakter der Produktion vergrößern und damit den Grundwiderspruch des Kapitalismus zuspitzen. Zweitens wird der monopolistische Konkurrenzkampf auf eine neue Stufe gehoben, weil die Beherrschung des Staatsapparates für die einzelnen Monopolgruppen zu einem entscheidenden Kriterium für die Erweiterung ihrer Machtpositionen wird. Außerdem ergeben sich Widersprüche, da die objektiven Grundinteressen der Monopolbourgeoisie keineswegs immer mit den spezifischen Profitinteressen der einzelnen Monopolgruppen zusammenfallen. Drittens nimmt die Ausbeutung und politische Entrechtung der Mehrheit des Volkes zu. Die Ausnutzung ökonomischer Gesetze zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden Monopole steht daher den Interessen der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte entgegen.

Die Ausnutzung ökonomischer Gesetze im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft verschärft also die innere antagonistische Widersprüchlichkeit des gegenwärtigen Kapitalismus. Mehr noch. Der historisch begrenzte kapitalistische Charakter dieser Ausnutzung bildet zugleich ihre innere objektive Schranke. Diese Schranke ist nicht absolut und nicht quantitativ gesetzt. Sie wurde und sie wird immer wieder hinausgeschoben. Die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus setzen sich nicht mehr in ihrer früheren spontanen Form durch. Die Spontanität der Entwicklung tritt in neuer Weise zutage, wie z. B. in dem Unvermögen der herrschenden Kreise in Bonn, das „magische Dreieck“¹⁾ ihrer Wirtschaftspolitik zu meistern. Die Monopolbourgeoisie erreicht beträchtliche Erfolge bei der bewußten Regulierung der Wirtschaftsentwicklung, verbunden mit der zeitweiligen und partiellen Lösung sowie Verlagerung von Widersprüchen. Dies alles erfolgt jedoch lediglich um den Preis der Verschärfung der grundlegenden Widersprüche und der Erhöhung der ökonomischen und politischen Labilität des staatsmonopolistischen Systems.

Die staatsmonopolistische Regulierung steht im prinzipiellen Gegensatz zur sozialistischen Planung. Diese beruht auf dem gesellschaftlichen Eigentum an

¹⁾ So bezeichnet man in der bürgerlichen Literatur Westdeutschlands die seit Jahren vergeblich angestrebte gleichzeitige Sicherung von Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und ausgeglichener Zahlungsbilanz.

den Produktionsmitteln und entspringt der daraus hervorstwachsenden moralisch-politischen Einheit des Volkes. Das Wesentliche in der sozialistischen Planung ist die Übereinstimmung zwischen den Erfordernissen der Gesetze in Natur und Gesellschaft mit den Interessen der ganzen Gesellschaft sowie den gesellschaftlichen Erfordernissen und den materiellen Interessen der Individuen und Kollektive der sozialistischen Gesellschaft. Dadurch wird es möglich, die Ressourcen der gesamten Volkswirtschaft sinnvoll einzusetzen und die Initiative des ganzen Volkes zu nutzen. Die Qualität und das Niveau der sozialistischen Planung wird entscheidend durch die bewußte aktive Teilnahme aller Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft an der Ausarbeitung und Durchführung der Pläne bestimmt. Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ist ein Beispiel dafür, wie jeder Schritt zur Weiterentwicklung der Planung mit dem Ausbau der sozialistischen Demokratie verbunden ist.

Die durch die politischen Ziele entscheidend bestimmte bewußte Tätigkeit der herrschenden Monopole auf dem Gebiet der Wirtschaft erfordert auch von der Arbeiterklasse eine höhere Stufe der Bewußtheit und des Kampfes. Es entstehen neue Bedingungen für die Verbindung des betrieblichen Kampfes mit dem gesamtationalen und internationalen Kampf. Die führende Rolle der Arbeiterklasse sowie ihrer Parteien und Organisationen und ihre Verantwortung wachsen, da sie in allen Kämpfen diese Verbindung beachten und dafür die erforderliche Strategie und Taktik ausarbeiten muß.

20. Die staatsmonopolistische Regulierung der Wirtschaft erfordert in zunehmendem Maße die Mitarbeit der bürgerlichen Ökonomen. Die Entwicklung der politischen Ökonomie zu einer unmittelbaren Produktivkraft, die im Sozialismus voranschreitet, vollzieht sich – wenn auch unter dem Einfluß der kapitalistischen Produktionsverhältnisse modifiziert – ebenfalls unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus. Durch ihre unmittelbare bzw. mittelbare Teilnahme an der staatsmonopolistischen Regulierung ökonomischer Prozesse erfüllt die bürgerliche politische Ökonomie neben der ideologischen eine wirtschaftspolitische Funktion. In dem Maße, wie in der zweiten und besonders in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus der Kampf der beiden Weltssysteme sich mehr und mehr auf den ökonomischen Wettbewerb und die ideologische Auseinandersetzung konzentriert, gewinnen die beiden Funktionen der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie, insbesondere die wirtschaftspolitische, zunehmende Bedeutung.

In dem Bestreben, den Auswirkungen der allgemeinen Krise zu begegnen, den unmittelbaren Erfordernissen der technischen Revolution zu entsprechen und die Effektivität staatsmonopolistischer Maßnahmen im Wettbewerb mit dem Sozialismus zu erhöhen, erfolgt die Integration bürgerlicher politischer Ökonomen in diesen Prozeß. Diese Entwicklung vollzieht sich in der Form der wachsenden Einbeziehung von Wirtschaftswissenschaftlern bzw. von wirtschaftswissenschaftlich geschulten Kadern vor allem in Knotenpunkte des staatsmonopolistischen Leitungssystems und durch deren Mitarbeit in anderen Gremien. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des imperialistischen Staates können bei der Breite ihrer Auswirkungen, der Vielfalt ihrer möglichen Haupt- und Nebenwirkungen usw. nicht mehr von einem bürokratischen Apparat in herkömmlichem Sinne vorbereitet, fixiert und in die Tat umgesetzt werden, sondern erfordern immer mehr wissenschaftliche Grundlagen.

Untrennbar damit verbunden realisiert sich die wirtschaftspolitische Funktion der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie. Außerdem zeigt sie sich, ausgehend von ihrer bürgerlichen Grundkonzeption, im Bemühen zahlreicher politischer Ökonomen, die Notwendigkeit einer breiten staatlichen Wirtschaftspolitik, ihrer Richtung, ihrer Mittel und Methoden usw. zu begründen. Das führt dazu, daß sich unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein Prozeß der relativen Verselbständigung eines früher mehr oder weniger nur in Ansätzen vorhandenen Teilgebietes der bürgerlichen politischen Ökonomie entwickelt, daß das Bestreben zunimmt, eine besondere „Theorie der Wirtschaftspolitik“ auszuarbeiten.

Insbesondere die Analyse, Systematisierung usw. von Erscheinungsformen der kapitalistischen Ökonomie ermöglichen der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie, in Teilbereichen und auch darüber hinaus zu richtigen Empfehlungen, begründeten Prognosen usw. zu gelangen, und so dazu beizutragen, die Effektivität staatsmonopolistischer Maßnahmen zu erhöhen. Bei dem Bemühen, das Wesen allgemeiner ökonomischer Gesetze zu ergründen, kommen bürgerliche politische Ökonomen allerdings in Gegensatz zum System des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Von den Positionen dieser Ordnung aus ist es nicht möglich, das Wesen und die historische Begrenztheit ihrer grundlegenden ökonomischen Gesetze wissenschaftlich zu analysieren.

III.

21. Mit dem Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vollziehen sich in den Bedingungen und praktischen Formen des Klassenkampfes, seiner Bewegung unter dem Einfluß des siegreichen Sozialismus, Veränderungen, deren Analyse für die Erkenntnis und Verwirklichung der Aufgaben der Arbeiterklasse von großer Bedeutung ist. Die qualitative Eigenart des Klassenkampfes in Deutschland kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß zu der Zeit, da in der Deutschen Demokratischen Republik der umfassende Aufbau des Sozialismus zur Aufgabe erhoben wurde, in Westdeutschland der Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzogen war.

Die staatsmonopolistischen Versuche zur Regulierung der Gesellschaftsstruktur und des Klassenkampfes können die Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft und den Kampf der Klassen nicht aufheben. Sie üben Einfluß auf Formen und Tempo der Proletarisierung aus, wobei die Polarisierung der antagonistischen Klassen, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen staatsmonopolistischer Oligarchie und Volk verstärkt und auf die qualitativ höchste Stufe ihrer Entfaltung getrieben wird.

Zwischen der staatsmonopolistischen Oligarchie und allen übrigen Klassen und Schichten, die über 90 Prozent der Bevölkerung umfassen, klaffen tiefe ökonomische und politische Widersprüche, die nur durch den siegreichen gemeinsamen Kampf aller antimonopolistischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse gelöst werden können.

22. Ihrem sozialökonomischen Inhalt nach ist die staatsmonopolistische Regulierung des Reproduktionsprozesses der Gesellschaft notwendigerweise staatliche Regulierung der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch das Kapital, genauer durch das Monopolkapital, dessen Instrument dieser Staat ist. Es entstand ein umfassendes staatsmonopolistisches System der Ausbeutung und Niederhaltung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Die staatsmonopolistische Entwicklung hat nicht nur dazu geführt, daß die Ausbeutung durch das Monopolkapital auf die überwiegende Mehrheit des Volkes ausgedehnt wurde und der Ausbeutungsgrad höher ist als je zuvor, sondern hat auch dem Ausbeutungsprozeß selbst neue Züge verliehen. Die wichtigsten dieser neuen Züge, die sein Wesen nicht aufheben sondern vertiefen, sind folgende:

Der Staat der Monopole tritt als unmittelbarer Ausbeuter im staatlichen Sektor der Wirtschaft und als größter Aktionär auf.

Die Zahl der Bürger Westdeutschlands, deren Arbeitskraft direkt vom Monopolkapital gekauft und ausgenutzt wird und deren Einkommensquelle unmittelbar der „staatliche“ Preis für ihre Arbeitskraft ist, wächst immer mehr.

Der westdeutsche Staat tritt als Verteiler, Umverteiler und Importeur von Arbeitskräften für die Profitbedürfnisse der Monopole auf.

So übernahm er die Aufgabe für die Monopole, die nach dem Krieg entstandenen Disproportionen zwischen der Zusammenballung der Bevölkerung in ländlichen Gebieten einerseits und dem Mangel an Arbeitskräften in Industriezentren andererseits zu lösen und die damit verbundenen Kosten für den Wohnungs- und Städtebau aus den Massensteuern zu finanzieren. Die staatliche Wohnungspolitik wurde zum Instrument der Arbeitskräfte lenkung für die Monopole und zu einer steuerbegünstigten Profitquelle.

Der Bonner Staat verschärft die Ausbeutung durch das System seiner Steuer- und Preispolitik im Rahmen der staatsmonopolistischen Umverteilung des Volkseinkommens. Die Steuerprogression für Löhne und Gehälter wird so organisiert, daß die direkten Steuern und Abzüge schneller wachsen als die Einkommen der Werktätigen. Der zweite Schnitt erfolgt durch die Preissteigerungen, wofür die wachsende indirekte Besteuerung eine wesentliche Ursache ist. Große Teile der von den Arbeitern und Angestellten erkämpften Lohnerhöhungen wurden durch die staatsmonopolistische Preis- und Steuerpolitik den Werktätigen wieder geraubt.

Der westdeutsche Monopolstaat ist bestrebt, die Ausbeutungsrate staatlich zu fixieren, die Profitraten zu garantieren und Zwangslohnregulierungen durchzusetzen. Indem das Monopol den Mechanismus verändert und untergräbt, über den sich die ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise spontan realisierten, versucht es auch, die Bedingungen des Kaufs und Verkaufs der Ware Arbeitskraft zu monopolisieren. Der Lohnkampf des Proletariats wurde zu einem Hindernis für die Realisierung dieses Monopols. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus nimmt dieses Bestreben die Form staatlicher Versuche zur Regulierung des Lohnkampfes, der elementarsten Form des Klassenkampfes, an. In dieser Tendenz zur Verwandlung des Staates aus einem ideellen in einen wirklichen Gesamtkapitalisten wird aber gleichzeitig der hohe Reifegrad des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte und des Produktionsprozesses sowie die historische Tatsache offenbar, daß die kapitalistische Klasse überflüssig geworden ist.

Um die Arbeiterklasse dem Lohndiktat der Monopole völlig auszuliefern, wendet der Bonner Staat verschiedene Methoden an. So wurden durch Gerichtsurteile politische Streiks für unzulässig erklärt, um ein ernstes Hindernis für den Kampf der Arbeiter zu schaffen. Aber auch die Streikfreiheit für unmittelbare Lohnforderungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ist stark eingeschränkt. Ferner versucht der Staat, getarnt als „Schlichter“, Zwangsregulierungen in Lohnkämpfen durchzusetzen und schließlich eine staatliche Lohnnorm aufzustellen, die nach einer Ankündigung Erhards in Zukunft in einer „richtigen gesetzlichen Form“ fixiert werden soll. Damit würde die Lohnhöhe juristisch mit der Autorität des Staates ausgestattet, die Ausbeutung gewissermaßen „verstaatlicht“ und der Kampf der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen zum Staatsverbrechen erklärt.

23. Das Eigentum der Monopole als Ergebnis des gesamten imperialistischen Ausbeutungs- und Herrschaftssystems tritt im staatsmonopolistischen Kapitalismus in zwei Formen auf; als privates und staatliches Eigentum der Monopole, wobei wachsende Teile des fungierenden Kapitals im Reproduktionsprozeß aus privatem in staatliches und aus staatlichem in privates Eigentum verwandelt werden. Diese permanente Entprivatisierung und Reprivatisierung z. B. von Geldkapital über den Staatshaushalt demonstriert ihrem realen Inhalt nach die historische Überlebtheit der kapitalistischen Eigentums- und Aneignungsverhältnisse und macht gleichzeitig Erfassung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung dieser Mittel zu einer „öffentlichen“ Angelegenheit, zu einem Feld des Klassenkampfes. Die in den Händen des Staates konzentrierten, immer größer werdenden ökonomischen Mittel und seine Maßnahmen sind ihrem Inhalt nach zwar kapitalistisch, besser gesagt monopolistisch, aber ihre Form als öffentliche Mittel und Maßnahmen, die gegenüber der privaten Form des Eigentums an Produktionsmitteln eine relative Selbständigkeit besitzen und über die die Privatmonopole folglich zunächst nur mittelbar verfügen, machen die ökonomischen und gesellschaftlichen Positionen der Monopolbourgeoisie in gewisser Hinsicht labiler und anfälliger. Die Frage nach der tatsächlichen Aufhebung des Privateigentums und seines Kommandos über die Gesellschaft rückt damit in den Mittelpunkt der Klassenauseinandersetzungen, was der Ausdruck dafür ist, daß die staatsmonopolistische Bewegungsform des Kapitalismus seine Grundlagen nicht stabilisiert, sondern objektiv untergräbt. Für die Arbeiterklasse, für alle demokratischen Kräfte ergibt sich daraus die Konsequenz, der monopolistischen Verstaatlichung

und Regulierung des Reproduktionsprozesses die Alternative der demokratischen Eigentumsbildung, Nationalisierung und Planung entgegenzusetzen.

24. Dies ist um so dringlicher, als die technische Revolution im krassen Widerspruch zu den kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen steht. Die technische Revolution führte zu einer außerordentlichen Entwicklung der Produktivkräfte. Millionen westdeutscher Werktätiger schufen in den verfloßenen 15 Jahren angestrengter Arbeit eindrucksvolle Werke. Doch nicht sie verfügen darüber. Über 80 Prozent des Volkes sind von jeglichem Produktionsmitteleigentum ausgeschlossen. Nach den neugebildeten Nettovermögen sind 0,3 Prozent der Bevölkerung, die Finanzoligarchie und ihr Anhang, reicher als 99,7 Prozent des gesamten Volkes zusammengenommen. Die Arbeiterklasse konnte die absolute Verelendung erfolgreich bekämpfen, aber die relative Verelendung ist beträchtlich vorangeschritten.

Während im wissenschaftlich-technischen Fortschritt die Potenzen für jenen Reichtum liegen, der den Übergang der Gesellschaft zu einem höheren Verteilungsprinzip ermöglicht, das die Befriedigung der Bedürfnisse aller Bürger als sich frei entfaltende Persönlichkeiten gewährleistet, wird durch die Monopolisierung der Früchte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Einkommens- und Vermögensverteilung in Westdeutschland immer ungerechter und damit zum Hemmnis für die Entfaltung dieser Potenzen selbst.

Der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise, der Gegensatz zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und privatkapitalistischer Aneignung, hat sich durch die staatsmonopolistische Entwicklung in Westdeutschland außerordentlich zugespitzt. Die sozialökonomischen Konsequenzen der technischen Revolution können im engen Rahmen der Gesetze des Kapitalismus nicht bewältigt werden. Wenn Marx davon sprach, daß das Kapital ein gesamtgesellschaftliches Ausbeutungsverhältnis darstellt, so hat sich diese Grundeigenschaft heute unter den Bedingungen der Verschmelzung der Macht des Monopolkapitals mit der des imperialistischen Staates voll entwickelt. Der noch zersplitterten Kraft der Arbeiterklasse steht der konzentrierte Machtmechanismus der mächtigsten Ausbeuter gegenüber.

25. Die Verschmelzung der ökonomischen und der politischen Macht der Monopole erfordert von der Arbeiterklasse, ihren Kampf als Einheit von ökonomischem und politischem Kampf gegen die Monopole zu entwickeln. Gegen den Versuch der Monopole, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten, muß die Arbeiterklasse ihre Einheit in der Aktion gegen die Monopole entwickeln. Gegen die Vereinigung der Monopolmacht kann nur die Verleugung der antimonopolistischen Kräfte aller Klassen und Schichten in einem breiten Volksbündnis unter Führung der Arbeiterklasse erfolgreich sein. Für diesen Zusammenschluß sind neue, günstige objektive Bedingungen entstanden. So hat die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst durch den tiefen Widerspruch zwischen Monopolen und Volk alle Differenzen innerhalb der antimonopolistischen Kräfte gegenüber diesem Widerspruch sekundär werden lassen. Ferner zeigt die Praxis der Erkämpfung einer neuen Demokratie und der weitere Weg des gesellschaftlichen Fortschritts in der DDR, daß dieses Bündnis aller demokratischen Kräfte nicht nur als ein zeitweiliges Zusammengehen gegen die Monopolherrschaft verstanden werden darf, sondern durch fortschreitende Stabilisierung den friedlichen Übergang zum Sozialismus erschließt. Keine einzige antimonopolistische Klasse oder Schicht kann erfolgreich ihre Interessen durchsetzen, ohne sich zum gemeinsamen Kampf zusammenzuschließen. Das Wesentliche besteht jedoch darin, daß der Zusammenschluß zum Kampf um Demokratie nicht nur gegen den gemeinsamen Feind, sondern für eine gemeinsame Zukunft dieser Klassen und Schichten erfolgt. Das Polarisationszentrum dieses Zusammenschlusses ist die Arbeiterklasse und ihre notwendige Einheit. Die Herstellung der Arbeitereinheit in Westdeutschland und die Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen in den beiden deutschen Staaten – vor allem von SED, SPD, KPD, FDGB und DGB – finden ebenfalls neue günstige Bedingungen.

26. Mit dem Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus entwickelte sich im Lager des Opportunismus eine Richtung, die den Übergang auf die Positionen der „Integration“ der Arbeiterbewegung in das staatsmonopolistische System betreibt. Aber der staatsmonopolistische Kapitalismus ist Ausdruck und Merkmal der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Er ist eine imperialistische Reaktion auf die Überreife des Kapitalismus und gegen den siegreichen Sozialismus. Daher ist der opportunistische Übergang zur Verteidigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit der Spaltung des Opportunismus selbst verbunden. Wenn es mit dem Übergang zum Imperialismus zur Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung kam, so ist in der Epoche des siegreichen Sozialismus die Spaltung des Opportunismus unvermeidlich. Während ein Teil der opportunistischen Kräfte vom traditionellen Reformismus auf die Positionen der offenen Verteidigung des Imperialismus nach innen und außen übergeht, ziehen die Realitäten des siegreichen Sozialismus und der Klassenkampf unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus einen wachsenden Teil Reformisten, die sich allmählich von Illusionen lösen, auf die Seite des Kampfes gegen die Allmacht der Monopole. In diesem antimonopolistischen Kampf wächst die neue Einheit der revolutionären Arbeiterbewegung.

27. Aus der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ergibt sich vor allem eine neue Lage für den Kampf der Gewerkschaften. Bereits bei der Vertretung und Durchsetzung der elementaren Tagesinteressen der Arbeiter, Angestellten und Beamten stoßen die Gewerkschaften nicht mehr nur auf den Widerstand einzelner Unternehmer, der Privatmonopole und der Unternehmerverbände, nicht mehr nur auf irgendeine Form des staatlichen Zwanges, sondern auf die vereinigte wirtschaftliche und staatliche Macht des staatsmonopolistischen Kapitalismus und auf das von ihm entwickelte umfassende System zur Unterdrückung und Niederhaltung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Die Gewerkschaften können ihre ureigensten Interessen nicht mehr wahrnehmen, ohne diesem System selbst bei der Durchsetzung der Tagesforderungen den Kampf anzusagen. Sie werden objektiv zum wichtigsten Faktor des demokratischen Massenkampfes gegen die Allmacht der Monopole. Diese Lage und das neue Kräfteverhältnis sowie der Wettbewerb der beiden gesellschaftlichen Systeme in Deutschland muß die Gewerkschaften veranlassen, der neuen Verbindung von Ökonomie und Politik Rechnung zu tragen und zum bewußten politischen Faktor des demokratischen Kampfes zu werden.

28. Es wäre daher völlig falsch, den Kampf um Tagesforderungen dem Kampf um das Endziel zur Beseitigung des Kapitalismus entgegenzustellen, Widersprüche zwischen dem Kampf um den Frieden und dem Klassenkampf der Arbeiterklasse zu konstruieren oder den Kampf um die Demokratie als etwas vom Kampf um den Sozialismus Losgelöstes zu betrachten. Die kommunistischen Parteien gehen gerade davon aus, daß dem neuen objektiven Zusammenhang zwischen den Kämpfen um Teilverbesserungen und dem Kampf um das Endziel, zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um Sozialismus, zwischen dem Kampf um Frieden und dem Kampf um die Macht der Arbeiterklasse konsequent Rechnung getragen werden muß, um die friedliche Perspektive der Völker zu sichern. Sie gehen davon aus, daß die Hauptfrage unserer Zeit die Frage der Sicherung des Friedens ist, daß diese Frage unlösbar mit dem Kampf um den Sieg der Demokratie und des Sozialismus verbunden und andererseits die Stärke des Sozialismus und der Demokratie die Grundlage zur Sicherung des Friedens ist. Der Kampf um Demokratie und Frieden erhält einen zutiefst antimonopolistischen Charakter, noch bevor er zum unmittelbaren Kampf um den Sozialismus wird.

Wenn also einerseits die staatsmonopolistische Bewegungsform in den hochentwickelten imperialistischen Ländern es trotz der objektiv vorhandenen materiell-ökonomischen Voraussetzungen nicht ermöglicht, mit einem Sprung zur Diktatur des Proletariats, zum Sozialismus zu kommen, so ist andererseits die sich daraus ergebende notwendige und selbständige Etappe der Er kämpfung einer antimonopolistischen Demokratie zur Voraussetzung für die Eröffnung des Weges zum Sozialismus geworden und keineswegs ein überflüssiger Umweg.

Unter den neuen Bedingungen besteht die reale Möglichkeit, diesen Weg ohne bewaffneten Aufstand, unter Verhinderung von Bürgerkrieg und bewaffneter imperialistischer Intervention zu beschreiten, wofür vor allem drei miteinander verbundene Faktoren entscheidend sind. Es sind dies die stabile Einheit der demokratischen Kräfte, die reale Stärke des siegreichen Sozialismus, dessen Einfluß als Hebel der Revolutionierung auch die Formen der Revolution beeinflußt, und schließlich die Tatsache, daß der revolutionäre Prozeß immer eindeutig von ständig wirkenden Faktoren bestimmt wird und zeitweilige oder periodische Erscheinungen in den Hintergrund treten. Dabei bilden die neuen Bewegungsformen der ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus selbst objektive Grundlagen. Die zunehmende Verwandlung der periodischen Wirtschaftskatastrophen des Kapitalismus in chronische Krisenerscheinungen, die die Labilität des Kapitalismus erhöhen, stärken objektiv die Grundlage für die Stabilität der Arbeiterbewegung, die damit nicht mehr dem periodischen Wechsel von „Ebbe“ und „Flut“ im Verhältnis zur kapitalistischen Hochkonjunktur oder Krise unterliegt. Diese permanente Deformation des Kapitalismus und fortschreitende Labilität begünstigt die permanente Formierung und Stabilisierung der antimonopolistischen Kräfte und damit die Möglichkeit, die Aufgaben aller Etappen der proletarischen Revolution ohne plötzliche Explosionen zu lösen, die für den Kapitalismus in der Vergangenheit charakteristisch waren. Diese „Allmählichkeit“ revolutionärer Umgestaltungen muß daher nicht als Ausdruck der Schwäche der Arbeiterbewegung, sondern als Ausdruck ihrer Stärke gegenüber der tatsächlichen Schwächung des Monopolkapitalismus verstanden werden.

29. Die Arbeiterklasse hat daher keineswegs bis zur Errichtung ihrer sozialistischen Ordnung nur die destruktive Aufgabe, reaktionäre Zustände zu entlarven. Sie muß bereits jetzt, bevor der Kapitalismus in Westdeutschland beseitigt ist, mit der Verwirklichung ihrer konstruktiven, schöpferischen historischen Funktion beginnen, um ihrer Verantwortung für das Volk, ihrer Funktion in der heutigen Gesellschaft gerecht zu werden, „... die untere Klasse kämpft zuerst um einen Anteil an dieser Macht, später um die ganze Macht, um in die Lage zu kommen, die bestehenden Gesetze entsprechend ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen zu ändern.“ (Engels)¹⁾.

Die Arbeiterklasse kämpft in zunehmender Erkenntnis ihrer großen Verantwortung vor der Nation, indem sie um wachsende Mitbestimmung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens ringt. Dieser Kampf um die Mitbestimmung ist zu einem wichtigen Hebel des Arbeiterkampfes um Demokratie geworden, bei dem vor allem die Gewerkschaften die neuen Forderungen und Aufgaben der Arbeiterklasse durchsetzen müssen. Die aktive Lohnpolitik, in der die Gewerkschaften einen Hebel zur Veränderung der ungerechten Eigentumsverhältnisse sehen, kann nur dann in dieser Richtung wirksam werden, wenn sie mit dem Kampf um tiefgehende Mitbestimmungsrechte verbunden ist, die es der Arbeiterklasse und den demokratischen Kräften ermöglichen, einen solchen Einfluß auf die Gesamtpolitik auszuüben, der ihnen schließlich auch Kontrolle und Verfügungsgewalt über das Eigentum an jenen Produktionsmitteln sichert, über die jetzt die Monopole uneingeschränkt als Eigentümer verfügen. Da für die Entwicklung der Volkswirtschaft die Relationen zwischen Lohn, Profit und Investitionen sowie der Charakter der Investitionen und ihre Struktur von großer Bedeutung sind, müssen die Gewerkschaften auf alle Faktoren Einfluß nehmen, die die Eigentums- und Einkommensstruktur der Gesellschaft, den Lebensstandard, die Lebensweise und die demokratischen Rechte der arbeitenden Menschen bestimmen.

Die Erneuerung der Demokratie durch wachsende Teilnahme der Arbeiter-schaft und ihrer Gewerkschaften an den politischen und ökonomischen Entscheidungen ist die unerläßliche Bedingung, um zu verhindern, daß weiterhin die Früchte der Arbeit des Volkes durch eine Minderheit monopolisiert werden. In der Arbeiterklasse gewinnt immer mehr die Erkenntnis an Boden, daß die

¹⁾ Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 258

großen gesellschaftlichen Probleme ohne und gegen die Arbeiterklasse nicht bewältigt werden. Aus diesen Erkenntnissen erwächst unter Führung der Arbeiterklasse der Kampf um grundlegende Reformen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Im Gegensatz zu bürgerlichen Reformvorstellungen haben diese demokratischen Reformen nicht die Rettung des Kapitalismus, sondern seine schließliche Überwindung zum Ziel und sind ihrem Inhalt nach Bestandteil des Prozesses zur revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft, der Er kämpfung der Demokratie und des friedlichen Weges zum Sozialismus, das heißt Form der Revolution.

30 Von besonderer Bedeutung ist die Entwicklung eines demokratischen Programms der Wirtschaftspolitik und seine Durchsetzung im Kampf gegen die Monopole. Dieses Programm muß sich auf die Sicherung der Vollbeschäftigung und die Bekämpfung der Krisen und ihrer Folgen für die Werktätigen, auf eine demokratische Wirtschaftsplanung an Stelle der staatsmonopolistischen Regulierung orientieren und statt monopolistischer Verstaatlichungen die demokratische Nationalisierung entscheidender Produktionsmittel vorsehen. Für die Arbeiterklasse geht es darum, den Kampf aufzunehmen, um den Apparat zur Lenkung und Leitung der Wirtschaft, wie er sich durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus in den imperialistischen Staaten herausgebildet hat, den Monopolen zu entreißen und den Interessen des Volkes unterzuordnen.

Einen zentralen Platz nimmt dabei die Abrüstungsfrage und die konkrete Entwicklung einer nationalen Friedenswirtschaft ein. In der Programmatischen Erklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands „Der Weg zur Rettung des Friedens, zum Schutze der demokratischen Rechte, zu sozialer Sicherheit“ und in dem Grundsatzprogramm des DGB wurden bereits wichtige Forderungen der demokratischen Kräfte Westdeutschlands zusammengefaßt. Wenn diese Forderungen im gemeinsamen Kampf der demokratischen Kräfte durchgesetzt werden, wenn die Arbeiterklasse ihren Einfluß in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erhöht, können grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erreicht und die Errichtung demokratischer Verhältnisse und ihre Weiterentwicklung zur sozialistischen Gesellschaft friedlich verwirklicht werden.

31. Nunmehr, da es offensichtlich wird, daß es bereits nicht nur neue Formen des Weges zum Sozialismus gibt, sondern durch den siegreichen Sozialismus und die Stärke der antiimperialistischen Kräfte selbst weitere neue, friedliche Wege der proletarischen Revolution und des gesellschaftlichen Fortschritts eröffnet werden können, ist es von entscheidender Bedeutung, diese beiden Hebel maximal auszunutzen und weiterzuentwickeln.

Der Kampf um die Durchsetzung grundlegender Reformen gegen Militarismus und Monopolherrschaft wird in dieser Entwicklung zum organischen Bestandteil des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse um die Eroberung der Macht. Das internationale Kräfteverhältnis und der Einfluß der DDR schaffen neue Möglichkeiten zu grundlegenden Veränderungen zugunsten der Werktätigen und eröffnen auch in Westdeutschland die Perspektive eines friedlichen Weges für den gesellschaftlichen Fortschritt über die Er kämpfung demokratischer Verhältnisse bis zur Einleitung der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Aus den Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse in Westdeutschland ihren Kampf führt, ergibt sich, daß die Zurückdrängung und Überwindung der Monopolmacht im täglichen Kampf der vereinigten demokratischen Kräfte zur praktischen Aufgabe der Arbeiterklasse geworden ist, daß es darum geht, die neuen Möglichkeiten praktisch zu realisieren.

Wenn sich aus den objektiven neuen Bedingungen diese neuen, günstigen Möglichkeiten für die Strategie und Taktik des revolutionären Klassenkampfes ergeben, so stellen sie aber auch gleichzeitig neue, höhere Anforderungen an unsere Parteien und jedes einzelne Mitglied. Daß die Kampfbedingungen günstiger sind, heißt ja nicht, daß ihre Ausnutzung und bewußte Weiterentwicklung einfacher geworden ist. Die neue Qualität der objektiven Situation erfordert daher auch eine neue, höhere Qualität sowohl der marxistischen Analyse als auch ihrer Umsetzung in die Praxis.

